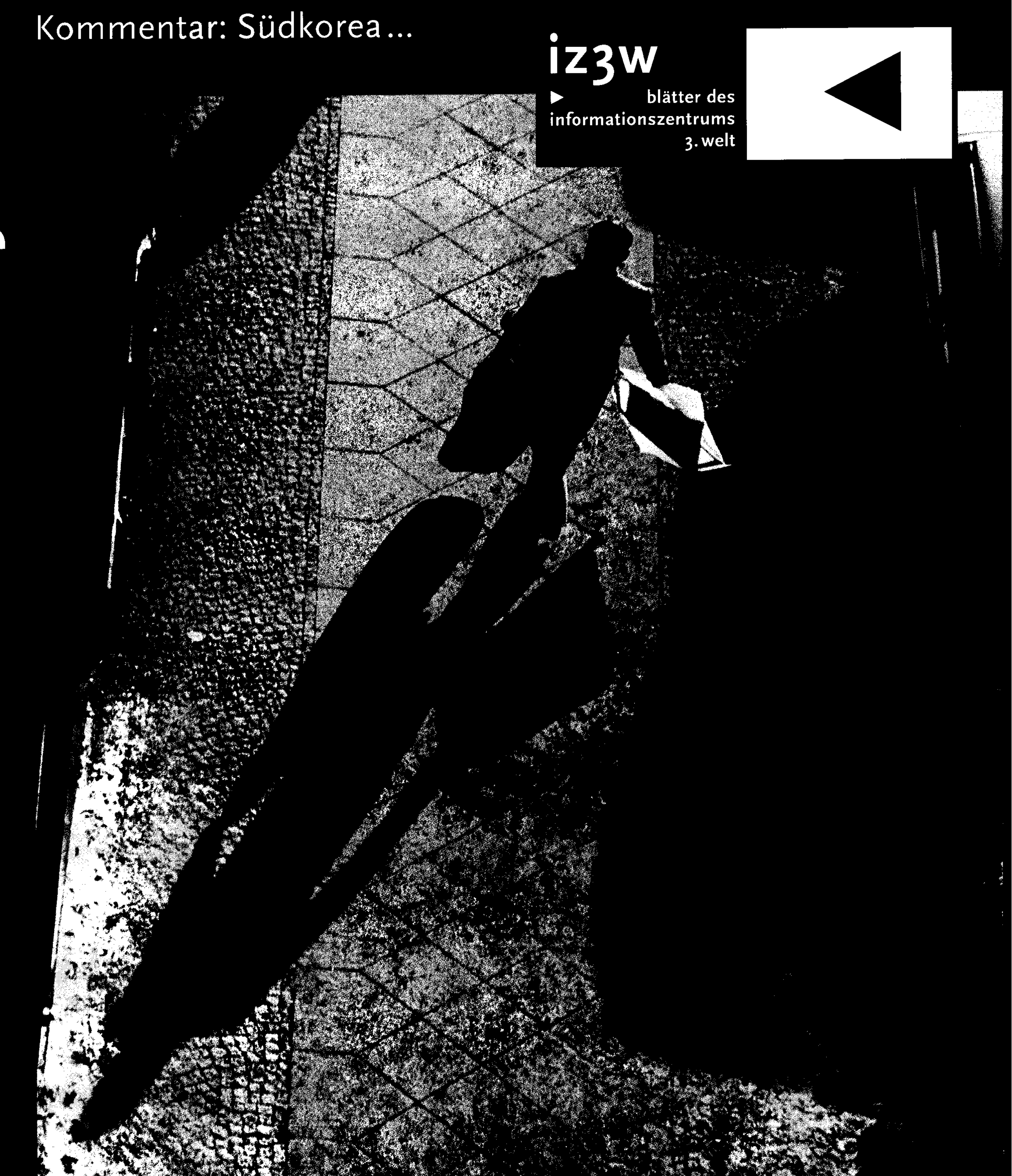
Schwerpunkt: Des Kaisers neue Kleider – Globalisierung von Politik und Ökonomie

▶ Welthandel: Bananen und Multis ▶ Kuba: Literatur der Stunde Null ▶ Menschenrechte: Modethema oder Initiative gegen Verelendung ▶ Soziokultur: Schwarze Boxer in den USA ▶ Kommentar: Südkorea...

iz3w

▶ blätter des informationszentrums 3. welt



▶ blätter des informationszentrums 3. welt



Titelbild: R. Maro/version

In dieser Ausgabe

Politik und Ökonomie



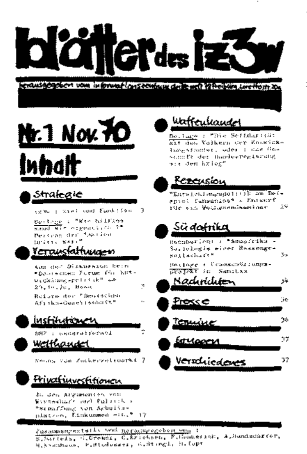
Schwerpunkt:

Des Kaisers neue Kleider – Globalisierung von Politik und Ökonomie

Kultur



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.


blätter des iz3w

Nr. 1 Nov. 70

Inhalt

iz3w bleibt *ie-zett-drei-weh*

»Freiburg '75, mensch war das gemütlich. Da schien noch ein richtiger Mond in der Nacht, die blätter ham' wir noch mit der Hand gemacht...« - so nostalgisch schallte es in diesen Wochen so manches Mal aus der Redaktion über unseren kleinen Freiburger Hinterhof. Zwar scheint noch immer kein virtueller Mond in der Nacht, aber nach 25 Jahren und 215 Ausgaben kommen nun die 'blätter des iz3w' dem Zeitgeschmack ein Stück entgegen. Ab heute wird das Layout nicht mehr von Hand gemacht, sondern mit dem Computer erstellt. Der Drang zur Modernisierung siegte schließlich über den Hang zur Nostalgie.

Das Ergebnis halten Sie in der Hand - wir hoffen, es gefällt. Dabei dürfte einigen auffallen, daß wir entgegen unseren Ankündigungen, den Namen der Zeitschrift doch (noch) nicht geändert haben. Weiterhin heißt die iz3w also ie-zett-drei-weh. Zum einen, weil dieser Name als Markenzeichen für über 20 Jahre Analyse und Kritik des Nord-Süd-Geschehens steht - unter diesem Namen sind wir bekannt. Zum zweiten ist es uns nicht gelungen, uns auf einen neuen Namen zu einigen. »Transnational« war der Begriff, aus dem wir alle gerne einen Titel gebastelt hätten, weil er zum Beispiel in der Kombination »Transnationale Kritik - Die Zeitschrift zwischen Nord und Süd« am ehesten unsere Position zum Ausdruck bringen kann. Letztendlich war den meisten von uns dieser Titel allerdings zu sperrig und zu akademisch.

Wir bleiben mit dem alten Namen auch bei der Bezeichnung »Dritte Welt«. Dies könnte für Verwirrung sorgen, ist doch der Begriff einerseits Ausdruck hierarchischer und paternalistischer Nord-Süd-Denkgewohnheiten. Außerdem suggeriert er eine Einheitlichkeit der zusammengefaßten Staaten, die so nicht existiert. Andererseits sind wir aber der Meinung, daß der Begriff der »Einen Welt« mindestens so ideologisch ist, wie der der »Dritten« (vgl. den Themenschwerpunkt 'Entwicklungspolitik in der Einen Welt', iz3w Nr.213).

Letztendlich steht kein Begriff für sich, sondern kann immer nur das bedeuten, was wir damit verbinden. Und der Begriff der Dritten Welt, wie wir ihn verstanden wissen wollen, ist keineswegs verstaubt, sondern weltweit akuter denn je. Erstens entstammt er dem französischen Sprachgebrauch, wo er zunächst nicht in einem hierarchisierenden Sinn verwandt wurde. Vielmehr wurde mit »Tiers Monde« der Dritte Stand assoziiert. Der Dritte Stand, das waren die marginalisierten Menschen des Südens. In diesem Verständnis wurde dort auch der Begriff »Dritte Welt« im Bemühen um Emanzipation verwendet. Und in diesem Sinn als sozialer Ort und als Streben nach Gerechtigkeit verstanden, kann er auch heute noch bestehen.

Zweitens lassen sich die Manifestationen der »Dritten Welt« wie Armut, Unterdrückung und die vielen Formen der »Unterentwicklung« nicht mehr nur in den Ländern des Südens feststellen. Die Grenzen zwischen Nord und Süd verschwimmen. Es entsteht ein Flickenteppich und zugleich vertiefen sich die Disparitäten zwischen »Erster« und »Dritter« Welt. Die Phänomene der vielzitierten »Globalisierung« rücken die Attribute eines Dritten Standes auch wieder in unsere Umgebung, wo sie für einige Jahrzehnte verbannt schienen. Zunehmende soziale Spaltungen sind das Kennzeichen der 'Einen Welt', in der die Dritte bald überall zuhaus' sein wird. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen bleibt unser Thema die Dritte Welt. Dabei hebt deren geographische Ausweitung zwar noch nicht die Widersprüche zwischen Nord und Süd auf - diese werden weiter unser Hauptthema sein - aber sie zwingt uns dazu, den Blick noch mehr als bisher zwischen den Polen hin- und herschweifen zu lassen.

Dabei bleibt wenig Raum für Nostalgie. Die Zeiten, in der die Bösen böse und die Guten gut waren, sind vorbei. Doch mit dem »Tiers-Mondisme« ist längst abgerechnet worden, und heute sucht der größere Teil der entwicklungspolitischen Community mit dem System, das früher als das Problem geoutet wurde, zu Lösungen zu kommen. So soll denn auch das neue Outfit der 'blätter' nicht als Bruch mit irgendetwas oder als Aufbruch zu wo auch immer gesichteten Ufern verstanden werden. Sollte aber die modernisierte Gestaltung des Heftes neben der Steigerung des ästhetischen Leseerlebnisses zu einem Stop des beängstigenden Abo-Rückganges führen, würde hier in unserem kleinen Hinterhaus im kalten, ungemütlichen Freiburger Spätsommer 1996 niemand meckern. Wird auch sie nicht helfen, den Trend zu stoppen, dann bleiben nur Erinnerungen an die »gute alte Zeit«. Die zumindest war schon immer gemütlich und wird immer gemütlich bleiben.

die redaktion

Signale in der Morgenstille

Vergangenheitsbewältigung auf koreanisch

von **Rainer Werning**

▶ Kaum waren die Tränengasschwaden verflogen, mit denen ein Großaufgebot der Riot Police in der südkoreanischen Haupststadt Seoul aufmüpfige Studenten eingenebelt hatten, sorgten neue Nachrichten aus der 10 Millionen Metropole für Aufsehen: Am 26. August verurteilte das Bezirksgericht in Seoul den Ex-Präsidenten Chun Doo-Hwan (1980-88) zum Tode und seinen Nachfolger Roh Tae-Woo (1988-93) zu einer hohen Haftstrafe. Hohe Haftstrafen und Geldbußen erwarten auch ein paar hochrangige Generäle sowie Topmanager einiger mächtiger Chaebol (Wirtschafts- und Finanzkonglomerate - u.a. Daewoo, Samsung oder Hyundai). Allen Verurteilten wurden Kapitalverbrechen während der letzten 14 Jahre der Militärherrschaft zur Last gelegt, die von 1961 bis 1993 andauerte - Rebellion, Hochverrat und Korruption.

Diese Urteile stellen, ob sie auch nach der Berufung noch Bestand haben oder nicht, in Südkorea ein Politikum ersten Ranges dar. Sie rücken die Betrachtung und Bewertung der jüngsten Geschichte des »Landes der Morgenstille« ins öffentliche Bewußtsein. Während der vergangenen Jahrzehnte bis zu den Wahlen und dem Amtsantritt des jetzigen Präsidenten und einstigen Oppositionellen Kim Young-Sam vor drei Jahren waren kritische Gedanken zur Geschichte des Landes und zur Militärherrschaft tabu. Die Schuldsprüche gegen einige Persönlichkeiten aus Militär und Wirtschaft könnten jetzt den Beginn eines Prozesses historischer Aufarbeitung signalisieren.

Bis 1991 galt das deutsche Modell als Vorbild der Wiedervereinigung.

Ein solcher Aufarbeitungsprozeß könnte einige Fixpunkte im gesellschaftlichen Selbstverständnis Südkoreas berühren und ins Wanken bringen. Dazu zählt das Verhältnis zu den USA. Lange haben die westlichen Demokratiefreunde, allen voran die USA, weggeschaut, als der Staatsterrorismus Südkorea dirigierte, weil das Land als eines der letzten Bollwerke des Antikommunismus auf dem asiatischen Festland galt. Seine Wirtschaft entwickelte sich im Schatten der Repression zu einem Paradebeispiel nachholender Entwicklung. Gern bemühte man im Ausland und in Südkorea den Slogan »Modell Südkorea«, um von den sozialen Bedingungen abzulenken, unter denen dieser Weg ermöglicht wurde: die weltweit längsten Arbeitszeiten, extreme Unfallquoten am Arbeitsplatz, Niedrigstlöhne und Manchester-kapitalistische Methoden, Verbot unabhängiger Gewerkschaften und härteste Repression gegen Demokratiebewegungen. Zuletzt waren es Ende der 80er Jahre die auf Druck von USA und IWF erfolgende Öffnung und Deregulierung des staatsgelenkten Kapitalismus, die Südkoreas Eliten den Vorwurf der Studentenbewegung eintrug, »Marionetten des US-Imperialismus« zu sein.

Auch in der Diskussion um den Aufstand von Kwangju - Inbegriff eines ebenso tragischen wie bis heute traumatisch nachwirkenden Schlüsselerlebnisses in der Geschichte Südkoreas - spielen die USA eine Rolle. Brutal zerschlugen im Mai 1980 Eliteeinheiten unter Führung des damaligen Generals Roh, der jetzt lediglich für eine Militärrebellion verurteilt wurde, einen Aufstand von Zivilisten, die gegen den Ausnahmezustand, für Demokratie, Wiedervereinigung und die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen protestierten. Laut Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen fanden damals 2.000 Menschen den Tod. Eine nähere Betrachtung dieses Ereignisses könnte nicht nur die Position des Militärs empfindlich treffen. Sollte sich zusätzlich der Verdacht bestätigen, daß die Aktion nur unter Billigung der USA, die bis heute 40.000 Soldaten in Südkorea stationiert haben, geschehen konnte, würde das neben einer empfindlichen Belastung der bilateralen Beziehungen für weiteren innenpolitischen Zündstoff sorgen.

Zuletzt ist es das Thema Wiedervereinigung, das sich bei einer kritischen Betrachtung der Geschichte als Lebenslüge Südkoreas herausstellen könnte. Denn obwohl immer lauthals als oberstes Politikziel verkündet, könnte sich erweisen, daß Korea nicht nur Opfer hegemonialer Interessenpolitik gewesen ist, sondern daß die südkoreanische Führung nie ernsthaft an einer Aufhebung der Teilung interessiert war. Dies würde den wesentlichen Bestandteil der Idee der »nationalen Identität« Südkoreas infrage stellen. Bis 1991 wurde das deutsche Modell als Vorbild einer Vereinigung gepriesen, die für die Eliten seit jeher nur als Vereinnahmung Nordkoreas vorstellbar ist. Dann stellten sich sogar an dieser Version der Wiedervereinigung Zweifel ein, und am deutschen Beispiel wurden deren untragbare Kosten vorgerechnet.

Mit der Verurteilung der beiden Ex-Präsidenten und einiger Generäle und Konzernmanager könnte also die Büchse der Pandora geöffnet worden sein. Insofern ist der Prozeßausgang nach den Jahrzehnten der Militärdiktatur als Signal einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung zu bewerten. Ob nun in Südkorea aber tatsächlich gelingt, was den von der Militärherrschaft befreiten Gesellschaften z.B. in Südamerika so viele Probleme bereitet, ist nicht abzusehen. Der Verlauf der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist unkalkulierbar. Er könnte soviel Unerfreuliches für die Seilschaften aus Militär, Politik und Wirtschaft des Landes ans Tageslicht bringen, daß diese nun ihrerseits den Gerichtsprozeß instrumentalisieren und mit ihm die »Vergangenheitsbewältigung« als erfolgreich abgeschlossen erklären, weitere »Wühlarbeiten« verhindern und zur Tagesordnung übergehen könnten. Das läge nicht nur im Interesse der Generäle und Wirtschaftsbosse. Zur Tagesordnung übergehen würden am liebsten auch große Teile der im Wirtschaftswunderland breit gewordenen Mittelschicht, die kein gesteigertes Interesse an einer Destabilisierung des Systems haben dürften. Selbst der gewählte Präsident Kim Young-Sam ist ein Produkt traditioneller Ränkepolitik, der seine Oppositionsrolle längst zugunsten von Macht und Pfründen preisgegeben hat und mit aktiver politischer und finanzieller Unterstützung von Roh Tae-Woo ins Blaue Haus, den südkoreanischen Präsidentenpalast, eingezogen ist. Heute gilt seine Reformpolitik als halbherzig, und es ist offensichtlich, daß Kim während seiner Amtszeit das Militär stets mit Samthandschuhen anfaßte.

Die Fortsetzung des in der westlichen Presse bejubelten Prozesses ist also zweifelhaft. Daran ändert auch die jetzt plötzlich ins Auge gefaßte Errichtung eines Mahnmals für die Opfer von Kwangju nichts. Das Vorhaben drückt eher böse Ahnungen seitens der Regierung aus, als es für ihre Interesse an weiterreichender kritischer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit spricht. Auch hier gilt das deutsche Modell: Es zeigt, daß mit der Errichtung einer 'Nationalen Gedenkstätte' mehr verschleiert als bewegt wird.

▶ **Rainer Werning** ist freier Journalist und war langjähriger Herausgeber und Redakteur des Korea Forums im Asienhaus/Essen.


Photo: BanaFair

Geldbäume
Bananenmultis, Märkte & Monopole

von **Rudi Pfeifer**

Nach Citrusfrüchten und Weintrauben liegen Bananen auf Rang drei im internationalen Fruchthandel. Wie bei keinem anderen Produkt sind Produktion und Vermarktung in den Händen weniger transnationaler Unternehmen konzentriert. Die Errichtung der »Gemeinsamen Marktorganisation für Bananen« (GMO) durch die Europäische Union vor zwei Jahren hat diese Strukturen gefestigt.

► »Bananenbäume sind wie Geldbäume, ich wünschte wir hätten mehr davon!«, träumte schon vor zwanzig Jahren der damalige Präsident von Del Monte. Rund 11 Mio. Tonnen Bananen wurden 1994 nach FAO-Angaben weltweit gehandelt. Die Europäische Union gilt dabei mit etwa 33 % als größter Abnehmer, dicht gefolgt von den USA. Allein die BundesbürgerInnen verdrücken weiterhin Höchstmengen: rund 14 kg pro Kopf. Verkauft werden sie vor allem von Chiquita, Dole und Del Monte. Diese drei »Bananen-Multis« beherrschen gut zwei Drittel der Weltproduktion und kontrollieren weitgehend die Vermarktung. Seit Inkrafttreten der EU-Bananenordnung spielt auch das irische Unternehmen Fyffes eine gewichtige Rolle. Kleinere Anbieter und unabhängige Produzenten, die selbst vermarkten möchten, haben kaum eine Chance. Die durch das verderbliche Produkt bedingte Notwendigkeit einer schnellen und funktionierenden Logistik, von der Plantage bis in den Obstladen, und der damit verbundene hohe finanzielle und technische Aufwand begünstigen kapitalkräftige Unternehmen, die sich auf allen Ebenen dieser Kette engagieren können, eigene Schiffe, Reifereien und Großhandelsbetriebe besitzen. »Vertikale Integration« ist das Zauberwort für Kontrolle und Gewinn.

So hat die *Chiquita Brands International*, Inbegriff der »Bananisierung Zentralamerikas« (Galeano), Anfang August '96 einen Gewinn von 37,5 Mio. US-$ für das zweite Quartal 1996 verkündet. Chiquita kann die Dollars gebrauchen. Zwischen 1992 und 1994 hat der Bananenriese aus Cincinnati einen Verlust von 346 Mio. US-$ angehäuft und gilt mittlerweile als hochverschuldet. Der Multi sieht sich als Opfer der EU-Bananenmarktordnung (siehe Kasten), die einen bevorzugten Marktzugang für Bananen aus der EU und ihren früheren Kolonien (AKP-Staaten) gewährleistet, während die Einfuhr von »Dollar-Bananen«, die überwiegend aus Lateinamerika kommen, begrenzt und verteuert wird.

Dementsprechend nutzt das Unternehmen jede Gelegenheit, gegen die GMO zu Felde zu ziehen. Die Transferierung von Dollarsummen an einflußreiche Politiker gehörte schon immer zu den erfolgreichen Strategien des Konzerns. So pflegt Chiquita beste Beziehungen zu Bob Dole, dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Der »Bananenrepublikaner« wollte denn auch im Herbst vergangenen Jahres mit Handelssanktionen und dem Entzug der Meistbegünstigung die beiden Produktionsländer Kolumbien und Costa Rica gefügig machen. Zusammen mit Nicaragua und Venezuela hatten die beiden Staaten dem mit der EU vereinbarten »Framework-Agreement« zugestimmt, das ihnen gegen eine faktische Anerkennung der EU-Marktordnung einen prozentual garantierten Marktzugang zusicherte.

Das blue label: Weder sozial noch öko

► Das schwerste Geschütz ist mittlerweile mit der Einleitung eines Streitschlichtungsverfahrens vor der Welthandelsorganisation WTO aufgefahren. Die US-Administration hat sich die Position von Chiquita zu eigen gemacht und beklagt eine evidente Benachteiligung und Beeinträchtigung geschäftlicher Interessen von amerikanischen Unternehmen. Um die Erfolgsaussichten dieses WTO-Panels zu erhöhen, haben sich die USA vier lateinamerikanische Produzentenländer mit ins Boot geholt: Ecuador, Guatemala, Honduras und Mexiko. Das gemeinsame Vorgehen vor der WTO ist aber offenbar nicht mehr als ein Zweckbündnis, an dessen Zustandekommen ein gewisser Druck seitens des Multis Chiquita beteiligt war.

Wie dieser in der Praxis aussieht, wurde kürzlich in Honduras vorexerziert. Dort hatte der Fruchtkonzern schon 1994 insgesamt 1200 ha Plantagenfläche stillgelegt und die Beschäftigten entlassen, nachdem der vorausgegangene Streik um Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen nicht beigelegt werden konnte. Offiziell begründet wurden die Stillegung der Produktion und die Massenentlassungen mit Absatzproblemen infolge der EU-Marktordnung. Die arbeitslos gemachten Bananeros entschlossen sich zur Besetzung des Landes, auf dem sie teilweise schon seit Generationen gelebt und gearbeitet hatten. Im Gegenzug reklamierte Chiquita die Ländereien

als ihr Eigentum und verlangte die Räumung. Eine erste brutale Militär-Operation fand im Sommer 1995 statt. Nach internationalen Protesten sagte dann die honduranische Regierung eine gerichtliche Prüfung zu. Vor einem Entscheid allerdings wurden im Februar 1996 Fakten geschaffen: Etwa 500 Militärs und Polizisten gingen gegen die LandbesetzerInnen von Tacamiche vor, schleiften die Hütten und kesselten über 250 Menschen mehrere Tage ohne Strom, Wasser und Nahrung in zwei Kirchen ein. Für die Landarbeitergewerkschaft CNTC ist unstrittig, daß die Regierung auf Druck von Chiquita handelte. Wegen der andauernden Landbesetzung hatte der Bananenkonzern mit dem Stop aller Investitionen im Land gedroht.

Für den Herbst 1996 ist nun eine europaweite Marketing-Offensive angekündigt. In einer PR-Kampagne soll das »famous blue label« von Chiquita bei den KonsumentInnen gleichzeitig als Sinnbild einer »umweltfreundlichen« Produktionsweise etabliert werden. Ausgerechnet mit einer »sanfteren« Banane wollen die Nachfolger der berüchtigten United Fruit Co. verlorenes Terrain zurückerobern. Dabei kooperiert der Multi mit der US-amerikanischen Umweltorganisation Rainforest Alliance, die sich bereits in der zweifelhaften Zertifizierung von Tropenholz engagiert und für den Bananenbereich ein »ECO-O.K.«-label kreiert hat. Der zugrundegelegte Kriterienkatalog verlangt jedoch allenfalls die Einhaltung bestehender Gesetze und Schutzvorschriften, etwa im Umgang mit Pestiziden. Dementsprechend erklären Kritiker, etwa seitens der deutschen Bananen-Kampagne oder von Basisorganisationen wie Gewerkschaften und Umweltgruppen vor Ort, daß sich der multinationale Konzern lediglich reinwaschen wolle. Bemängelt wird auch, daß das Siegel keine Gewähr für soziale Verbesserungen, etwa hinsichtlich der Verletzung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten, dem Rückgang der Produktion von Grundnahrungsmitteln oder der ungerechten Verteilung des Reichtums aus dem Bananengeschäft biete. Als »weder Öko noch O.K.« bezeichnet so Gilberth Bermudez, Sprecher der costaricanischen Bananengewerkschaften, die label-Bananen.

Mit einer »sanften« Banane will Chiquita Terrain zurückerobern.

Somalia als Bananenschleuse

► Auch die *Dole Food Co.* vermeldet einen Gewinn von 63 Mio. US-$ für das zweite Quartal '96. Der Multi mit Sitz im kalifornischen Westlake Village operiert in über 80 Ländern und ist beispielsweise Chiles wichtigster Exporteur von Trauben und Äpfeln. In Europa macht das Bananengeschäft mehr als 60% des Umsatzes aus. Hier gehört Dole eindeutig zu den Gewinnern des Verteilungskampfes, den die GMO ausgelöst hat.

Schon im Herbst 1993 sicherte sich der Konzern zusätzliche Einfuhrlizenzen für den europäischen Markt durch die kurzfristige Rücknahme des nicaraguanischen Exports. Nachdem die Firma 1982 dem politischen Druck seitens der damaligen US-Administration nachgegeben und ihre jahrelangen Aktivitäten in Nicaragua kurz nach der sandinistischen Revolution eingestellt hatte, konnte der Staatsbetrieb BANANIC über ein Jahrzehnt lang die nicaraguanischen Bananen selbst vermarkten - ein Novum in der Geschichte der zentralamerikanischen »Bananenrepubliken«. Nach der Privatisierung ab 1991 kam der ökonomische Niedergang, die Grundbesitzer verweigerten notwendige Investitionen, die Produktivität sank, Fincas wurden geschlossen und die ArbeiterInnen entlassen. Ein eigenständiger Export war schon wegen der hohen Kosten des Schiffstransportes kaum noch rentabel. Vor dem Bankrott »rettete« die erneute Übernahme durch Dole. Dole übernahm die der europäischen Niederlassung von BANANIC zustehenden EU-Einfuhrlizenzen gleich mit. Seither vermarkten die Kalifornier die Nica-Bananen wieder in den USA und bringen auf dem Ticket der nicaraguanischen Einfuhrlizenzen Ware aus anderen Ländern Lateinamerikas nach Europa.

Wie beim Konkurrenten Chiquita lag auch der Schwerpunkt der Aktivitäten des Branchenzweiten traditionell zunächst in Lateinamerika. Dole verfügte also im Sprachgebrauch der Marktordnung hauptsächlich über »Drittlandsbananen«, die Einfuhrbeschränkungen unterworfen wurden. Anders als Chiquita hat Dole aber frühzeitig Beteiligungen auch in den begünstigten Produktionsgebieten und Absatzmärkten erworben. So vermarktet der Konzern über ein Joint-Venture mit der französischen Cie. Fruitière Bananen aus Kamerun und der Elfenbeinküste.

Weniger glimpflich ging das Abstecken der claims in einem anderen AKP-Land, Somalia, aus. Hier versuchte Dole mittels seiner Tochterfirma Sombana in eine Lücke zu stoßen, die das italienische Unternehmen Somalfruit 1991 hinterlassen hatte. Nachdem infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Aidid, Ali Mahdi und anderen Clan-Chefs der Wirtschaftszweig der Bananenproduktion vollends zusammengebrochen war, mußte Somalfruit die Geschäfte einstellen. Mit Unterstützung der US-Botschaft und von UN-Offiziellen begann Dole im Sommer 1994 monatlich drei Schiffsladungen zu exportieren, nachdem General Aidid die Bananen als Einnahmequelle entdeckt hatte. Als auch die Italiener, die in ihrer ehemaligen Kolonie vor dem zweiten Weltkrieg die Bananenproduktion aufgebaut und erst in den letzten Jahren noch mehrere Millionen Dollar investiert hatten, Ende 1994 wieder einstiegen, kam es zu einer direkten Konfrontation, betrachteten sie doch die Exporte von Dole als illegal. Offenbar heuerten beide Seiten bewaffnete Milizen aus rivalisierenden Gruppen an, denen sowohl Sombana- wie Somalfruit-Beschäftigte sowie ein italienischer Journalist zum Opfer fielen. Aidid kassierte »Steuern« von beiden Firmen, die sich fortan die Vermarktung teilten. Vor allem zur Abwicklung seiner Exporte aus den afrikanischen Produktionsgebieten baute Dole im italienischen Livorno eine hochmoderne Löschanlage auf. Lateinamerikanische Gewerkschafter argwöhnen, daß hier, praktisch durch die EU-Hintertür, auch schon mal Ecuador-Bananen zoll- und lizenzfrei »eingeschleust« werden könnten.

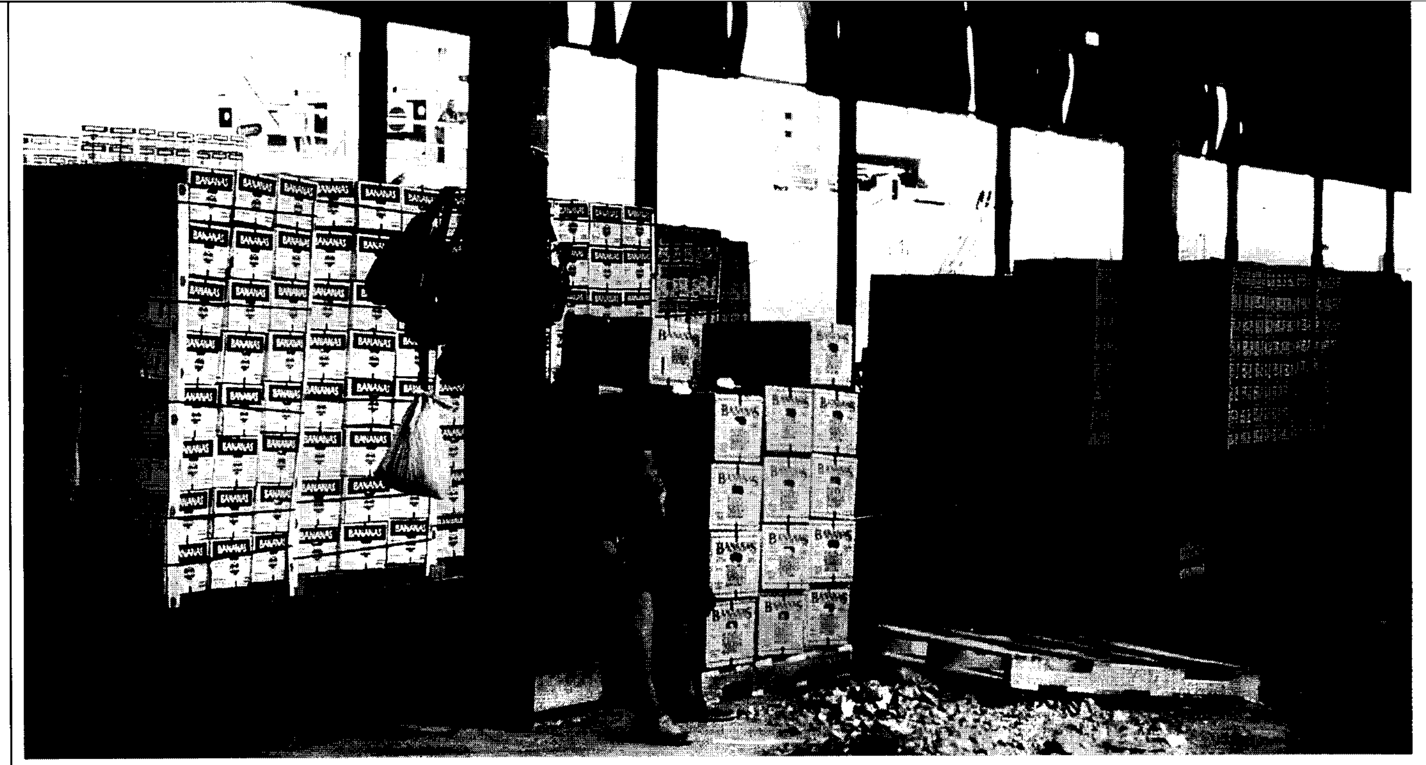
Fyffes times better?

► Den größten Nutzen aus den veränderten Importbedingungen in Europa hat bislang das irische Unternehmen *Fyffes* ziehen können. 1913 von der damaligen United Fruit Co. als 100-prozentige Tochter übernommen, war es lange Zeit lediglich Namensgeber für eine Zweit-Marke im Chiquita-Imperium und hatte so, u.a. auch in Deutschland, nach dem Krieg eine relative Bekanntheit erreicht. 1986 erfolgte der Verkauf an die irische Familie McCann. Heute ist Fyffes auf allen relevanten europäischen Märkten und in allen drei Produktionsgebieten, die die GMO unterscheidet, d.h. EU-, AKP- und Drittstaaten, präsent und zieht daraus wechselseitigen Nutzen. Der Marktanteil wird auf bis zu 15 % beziffert.

Der Aufstieg des Unternehmens begann 1990. Damals bot Fyffes unabhängigen Bananen-Pflanzern in Honduras, die für Chiquita produzierten, einen 50 % höheren Abnahmepreis. Die Auseinandersetzung, in deren

Die EU-GMO

► Die »Gemeinsame Marktorganisation für Bananen« (s. auch iz3w Nr. 202) regelt die Einfuhr von Bananen in die Gemeinschaft. Sie verspricht, die EU-eigene Produktion sowie den Anbau in den früheren europäischen Kolonien (AKP-Staaten) vor der übermächtigen Konkurrenz der agroindustriell produzierten Massenware aus Lateinamerika zu schützen. Vor allem auf den karibischen Inseln wird noch überwiegend kleinbäuerlich produziert. Doch sind dort die Produktionskosten höher und die Rentabilität geringer. Die Marktordnung gewährt ihnen zollfreien und mengenmäßig garantierten Zugang. Die Einfuhr von Bananen aus Lateinamerika, sog. Drittlands-Bananen, ist dagegen mengenmäßig beschränkt und mit Zoll belegt. Zudem sind Einfuhr-Lizenzen notwendig. Etwa 2/3 des Einfuhrkontingentes für Drittlandbananen ist für Importeure vorgesehen, die auch früher mit Bananen aus Lateinamerika gehandelt haben, knapp 1/3 ist solchen vorbehalten, die früher im Geschäft mit EU- oder AKP-Bananen waren. Dies sind v.a. britische, französische und spanische Firmen, während zur ersten Gruppe nahezu alle deutschen Importeure gehören. Diese Regelung für die Vergabe der Importlizenzen wurde zum Dauer-Streitpunkt innerhalb der EU.



Warten auf die faire Banane — Photo: BanaFair

Verlauf der US-Konzern bereits beladene Fyffes-Schiffe mit Gewalt am Auslaufen hinderte, ging als »Bananen-Krieg von Honduras« in die Geschichte ein. Fyffes erhielt schließlich den vertraglich gesicherten Zugriff auf 40 % der Ernte. Damit war das erste Standbein im »Dollar-Bananenbereich« geschaffen, weitere Kontrakte mit unabhängigen Produzenten in Guatemala, Costa Rica, Kolumbien und Ecuador kamen später dazu. 1993 begann das Unternehmen, sich auch im EU- und AKP-Bereich auszudehnen. Einem Joint-Venture mit der größten kanarischen Produzentenvereinigung folgten 1994 Beteiligungen an zwei französischen Fruchthandelsfirmen und der Einstieg in die Produktion in Jamaica. Auf der Vermarktungsseite kamen zu den schon bestehenden (Mehrheits-)Beteiligungen an bedeutenden dänischen, deutschen und holländischen Fruchtvermarktern in jüngster Zeit Anteile an wichtigen Marktbeteiligten in Italien und Österreich hinzu.

Zu dem Ergebnis beigetragen hat auch die Übernahme der Bananen-Sparte des britischen Konkurrenten Geest. Mehr als 40 Jahre verfügte dieses Unternehmen über ein Monopol in der Vermarktung der Bananen der karibischen Windward Islands. Nach 1993 hatte sich Geest stärker direkt in die Produktion vorgewagt, um seine im Handel mit AKP-Ware begründeten EU-Einfuhrlizenzen für »Dollar-Bananen« unmittelbar von eigenen Plantagen ausnutzen zu können. Kurz nachdem jedoch die ersten Plantagen in Costa Rica angelegt waren, wurde das Unternehmen der illegalen Rodung mehrerer hundert Hektar tropischen Primärwaldes beschuldigt. 1994 gab es Streiks der Beschäftigten, überwiegend illegal in Costa Rica lebender nicaraguanischer MigrantInnen, die für Hungerlöhne arbeiteten. Der Arbeitskonflikt wurde militärisch durch einen brutalen Einsatz der staatlichen Guardia Rural und firmeneigener Milizen beendet. Den Garaus des Experimentes allerdings bereitete schließlich eine gefürchtete Pilzerkrankung der Pflanzen, die Sigatoka Negra.

Fyffes übernahm die Bananensparte von Geest, stieß die Plantagen in Costa Rica ab und macht seither wieder Gewinn mit Geest-Bananen, während die kleinen Farmer auf den Windward Islands über fortwährende Einnahmeverluste von bis zu 30 % klagen. Keinesfalls ist das Unternehmen also »Fyffes times better« als die US-amerikanische Konkurrenz, wie es die Werbung glauben machen will. Zumal im Frühjahr 1996 Berichte aus Belize über massive Arbeitskonflikte, Auseinandersetzungen mit Gewerkschaften, ausbeuterische Bedingungen für Wanderarbeiter und Kinderarbeit publik wurden.

Alles Banane?

► Die Einführung der EU-Marktordnung hat durch ihre Deregulierung der vorhandenen Marktstrukturen und der quotenbedingt erzwungenen Umverteilung von Absatzmärkten den Kampf um die Marktanteile noch weiter verschärft. Kostendruck im Markt wird in die Produktion weitergegeben. Auf den Plantagen wird rationalisiert und mehr Produktivität aus den ArbeiterInnen gepreßt. Die Bananen-Multis machen ihre Gewinne auf Kosten Hunderttausender von PlantagenarbeiterInnen, die mit niedrigen Löhnen, mangelhafter sozialer Absicherung, gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen und der Vergiftung ihrer Umwelt bezahlen. Wer sich gewerkschaftlich organisiert und gegen diese Bedingungen zur Wehr setzt, muß um seinen Arbeitsplatz fürchten oder ist von anderen Repressionen bedroht. Die GMO leistet keine Verbesserung der menschenrechtlichen und ökologischen Situation in den Produktionsländern Lateinamerikas und hat selbst für die Kleinbauern in der Karibik permanent sinkende Einnahmen gebracht. Dabei war sie mit dem Versprechen etabliert worden, den Schutz der eher kleinbäuerlich strukturierten Produktion in den AKP-Ländern zu sichern.

Die deutsche Bananen-Kampagne und EUROBAN (European Banana Action Network - ein Netzwerk von etwa 30 NGOs, die zur Bananenproblematik arbeiten) fordern daher die Einführung einer spezifischen Quote für Bananen, die unter Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards produziert und fair gehandelt werden. Über weitere Schritte in Richtung einer generellen Konditionierung des Bananenhandels durch sanktionsfähige Umwelt- und Sozialklauseln wird auf EUROBAN-Ebene heftig diskutiert. Die Position von Kleinbauernorganisationen aus der Karibik und den Gewerkschaften Lateinamerikas ist klar: »Solange unsere Regierungen nicht willens oder einfach zu schwach sind, die Einhaltung elementarer Arbeits- und Gewerkschaftsrechte auf den Plantagen durchzusetzen, solange die natürlichen Ressourcen auf Kosten künftiger Generationen bedenkenlos ausgebeutet werden und der gnadenlose Verdrängungswettbewerb auf dem Weltmarkt zu Lasten kleinerer Produzenten und der Arbeiter fortgesetzt wird, benötigen wir handelspolitisch verankerte Umwelt- und Sozialstandards. Eine Importquote der EU für Fair-Trade-Bananen wäre jetzt ein wichtiger Schritt«, so ein Sprecher der Koordinationsgruppe lateinamerikanischer Bananengewerkschaften.

Seit jedoch das WTO-Panel über die GMO zu Gericht sitzt, ist vor dessen Entscheidung erst recht nicht mit einer Reforminitiative der EU-Kommission zu rechnen. Trost kommt in dieser Situation von anderer Seite: »Faire Bananen? Es gibt sie bereits überall zu kaufen, sie heißen Fyffes!« ließ das Management kürzlich verlauten.



► **Rudi Pfeifer** ist Mitarbeiter von BanaFair. Kontakt und Informationen bei: BanaFair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen
Telefon: 06051/16350, Fax: 06051/16260, e-mail: banafair@link-f.rhein-main.de

Der gemeine Feind
Zum »Interkontinentalen Treffen« gegen den Neoliberalismus in Chiapas

von **Ulrich Brand**

Vom 27. Juli bis 3. August fand auf Einladung der zapatistischen EZLN im mexikanischen Chiapas das »Erste interkontinentale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus« statt. Das »Encuentro Intercontinental« konzentrierte sich vor allem auf zwei Ziele: Öffentlichkeit für den Kampf der Zapatisten und Diskussionen, wie Leben und Widerstand zu Zeiten des Neoliberalismus aussehen können.

► Am Rande des lakandonischen Urwaldes trafen sich knapp 3.000 Menschen. Mit den mehr als ca. 1.700 Nicht-MexikanerInnen, ca. 800 MexikanerInnen und über 400 JournalistInnen waren die organisatorischen und räumlichen Kapazitäten ausgelastet.

Am ersten Tag kamen alle Teilnehmer in Oventic zusammen, wo mehrere tausend Zapatistas aus den indigenen Gemeinden einen phantastischen Empfang bereiteten. Die Comandantes des EZLN gaben in der bekannt poetischen Sprache Einschätzungen zum Stellenwert ihres Kampfes ab und wiesen neben der regionalen und nationalen Bedeutung auf dessen internationalen Charakter hin.

Am zweiten Tag wurden die TeilnehmerInnen auf fünf »Aguascalientes« (Ortschaften) verteilt, um in Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen über zwei bis drei Tage zu den folgenden Themen zu diskutieren: Welche Politik haben und welche brauchen wir?; Patriarchat, Homosexualität, Zivilgesellschaft und Militarisierung; Kultur und Medien; Indígenas; ökonomische Fragen. Im Vorfeld konnten schriftlich ausgearbeitete Beiträge eingereicht werden. Am Ende formulierte jede Unter-AG ein Abschlußdokument, das auf dem Abschlußplenum vorgetragen wurde.

Die Ergebnisse der Gruppen werden in einem Buch nachzulesen sein, dessen Übersetzung ins Deutsche sich lohnen dürfte, auch wenn die schriftlichen Resultate die Diskussionen teilweise verzerren, da sie aufgrund des großen Zeitdrucks eher additiv sind und widersprüchliche Meinungen nicht immer auftauchen. Einige Aspekte verdienen auf jeden Fall weitere Diskussionen.

Keine Grautöne

► Politisch relevant sind etwa die deutlichen Differenzen, was denn überhaupt »der Neoliberalismus« sei. Den einen dient er allgemein als Inbegriff alles Schlechten, was zu bekämpfen sei. Der gemeinsame Feind (el enemigo común) scheint klar definiert. Andere verstehen unter neoliberaler Politik durchaus umkämpfte Strategien, die sich in verschiedenen Ländern oder Regionen trotz gemeinsamer Merkmale unterschiedlich ausformen. Nach der Krise des Kapitalismus in den 70er Jahren werde versucht, die Restrukturierung seiner verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse (Kapital, Arbeit, Geschlechterverhältnis, Naturverhältnis u.a.) voranzutreiben. Eine Minderheit versteht unter Neoliberalismus weniger ein umkämpftes Gesellschaftsprojekt, sondern vielmehr eine staatliche Wirtschaftspolitik, die anscheinend mittels einer anderen, »besseren« staatlichen Wirtschaftspolitik ersetzt werden könne. Insgesamt wurde das Thema Neoliberalismus mit einer gewissen Geschichtslosigkeit behandelt, als gäbe es diesen erst seit ein paar Jahren. Das greift zu kurz. Neoliberale Grundsätze wurden beispielsweise schon in Chile direkt mit der Machtübernahme Pinochets im Jahr 1973 realisiert.

Wenn es um die Kräfte radikaler gesellschaftlicher Veränderungen ging, bezogen sich alle Beiträge auf ein vereinheitlichendes »wir«. Widersprüche jenseits des gesellschaftlichen »Oben« (Großkapital, Regierende) und »Unten«, wie etwa das in vielerlei Hinsicht quer dazu liegende patriarchale Geschlechterverhältnis oder die Ambivalenzen des Nationalismus - mit dem Verweis auf die EZLN und Mexiko wurde von vielen auf die Notwendigkeit eines Befreiungsnationalismus hingewiesen - werden damit tendenziell ausgeblendet. So blieben auch »Grautöne« zwischen »oben« und »unten« und die damit verbundenen komplexen Probleme für emanzipatorische Politik außen vor. Und auch das von westlichen Vorstellungen geprägte Verhältnis von Gesellschaft und Natur wurde nur dann erwähnt, wenn die Natur eben auch noch vom Kapitalismus zerstört wird bzw. wenn ein indigenes Naturverständnis als »besser« dargestellt wird. Analyse hier? Null.

Ein letzter Aspekt: Die These, daß der Kampf um Demokratie bereits im voraus verloren sei, da es sich bei Demokratie ja schon immer um ein Instrument der Herrschenden handelte, vertrat kaum jemand auf dem Treffen. Ganz im Gegenteil wurde der Kampf um wirklich demokratische Verhältnisse als Strategie gegen heute herrschende Verhältnisse ins Zentrum gerückt: Was das genau heißt, darüber müßte noch mehr gestritten werden, als es auf dem Treffen in Chiapas möglich war.



Waten am Rande des lakandonischen Urwalds — Photo: B. Högner/Vista

Public Relations an erster Stelle

► Eine politische Einschätzung des Treffens kann zu solch einem frühen Zeitpunkt natürlich nicht vollständig sein. Kann mit dem Treffen und anderen Verhandlungen die Militarisierung in Chiapas gebremst werden? Kommen die EZLN und die mit ihr verbundenen Kräfte in die politische Offensive? Konnten Schritte gemacht werden, um die Analyse der

heutigen Entwicklungen voranzutreiben und um verschiedene Politikformen und Widerstandsmöglichkeiten abzuschätzen und auszutauschen? Dazu einige kritische Überlegungen:

Zum ersten ist die internationale Öffentlichkeit nach wie vor von zentraler Bedeutung für die zapatistische Befreiungsbewegung, denn der Krieg niederer Intensität, den die mexikanische Regierung und die lokale Bourgeoisie führen, findet weiterhin statt, und eine neue Offensive durch die Regierungsarmee ist nicht unvorstellbar. Die Militarisierung der Region war auch während des Treffens an vielen Orten sichtbar. So waren es nicht nur die schwierigen Bedingungen (Fahrtwege - manche TeilnehmerInnen waren fast 50 Stunden und an fünf von acht Tagen unterwegs, Regenzeit, Sprachprobleme u.a.), sondern auch die Gewichtung auf die Gewährleistung einer internationalen Öffentlichkeit, die dazu führte, daß Diskussionen und Möglichkeiten zum Austausch zu kurz kamen. Entsprechend war z.B. auch die Auftaktveranstaltung in Oventic zwar eindrucksvoll und bot breiten Raum zur Selbstdarstellung der EZLN, doch dafür entfiel ein ganzer Tag für inhaltliche Diskussionen.

Eine international geführte Debatte um Neoliberalismus und Alternativen hat für die Zapatistas nicht oberste Priorität. Aus Sicht der EZLN, der indigenen Gemeinden und der anderen (linken wie rechten) politischen Kräfte, die das System der Staatspartei PRI bekämpfen, ist etwa die Debatte um eine mexikanische Staatsreform, bei der eine schrittweise Demokratisierung des politischen Systems angestrebt wird, viel konkreter. Die EZLN will hier im Gegensatz zu den Oppositionsparteien nicht die eigenen Wahlmöglichkeiten verbessern, sondern vertritt ein umfassenderes Demokratisierungskonzept. Dennoch läßt sie sich auf die mühevolle Diskussion um den Umbau staatlicher Institutionen ein. Bester Beweis dafür ist das Anfang Juli von der EZLN in San Cristóbal veranstaltete Forum zur Staatsreform mit über 1000 TeilnehmerInnen. Außerdem fand wenige Tage vor dem »Interkontinentalen« in Oventic das zweite nationale Indígena-Forum statt, bei dem es vor allem um die Verankerung und Sicherung indigener Rechte ging. Auch diese Diskussion ist für die indigene Gemeinschaft konkreter. Drängender als die internationale Debatte sind für die EZLN ebenso die Anfang August begonnenen Verhandlungen mit der mexikanischen Regierung, wobei letztere eine Doppelstrategie zwischen Dialog mit der EZLN und dem Krieg niederer Intensität in der Region fortführt.

Zum zweiten waren die inhaltlichen Diskussionen sehr unterschiedlich. Das lag auch an dem immer noch relativ weitverbreiteten Politikverständnis, erstmal die eigene »Wahrheit« verbreiten zu müssen. In einer Untergruppe der Arbeitsgruppe zu ökonomischen Fragen konnte selbst eine exzellente Koordinatorin das 20 Jahre alte Gerede von US- amerikanischen Ökonomisten (allesamt Männer), die fast religiös immer dasselbe wiederholten, nicht im Zaum halten. Die Zapatistas, so wird immer wieder betont, wollen Räume zum Austausch bieten. Sie wollen Verständigungsprozesse vorantreiben, ohne sie vorzugeben. Diese Räume und die Offenheit wird angesichts der Dialogunfähigkeit vieler Linker in Frage gestellt. Austausch und Toleranz müssen noch gelernt werden, sind Teil eines »neuen Internationalismus«. Apropos Toleranz: Daß Sub Marcos höchstpersönlich einen französischen Journalisten von dem Treffen auslud, weil er sich in »Le Monde« kritisch mit der EZLN auseinandersetzte, spricht nicht gerade für die Verwirklichung der eigenen hohen verbalen Standards und schlug in Mexiko hohe Wellen.

Die EZLN vertritt ein umfassendes Demokratiekonzept.

Zum dritten gibt die absolut unkritische Haltung vieler TeilnehmerInnen gegenüber der EZLN und vor allem gegenüber Marcos zu denken. Nichts gegen Enthusiasmus, aber teilweise schien das skandieren von »EZLN« und »Viva Zapata« die fehlende Distanz zur zapatistischen Bewegung auszudrücken. Politisch wird eine solche Position vor allem dann gefährlich, wenn sie permanent auf ein vereinheitlichendes »wir« rekurriert, das es gar nicht gibt. (Auch wenn die EZLN für die indigenen Gemeinschaften in Chiapas Recht haben mag, daß dort das »wir« das zentrale Moment des zapatistischen Diskurses ist.) Zum anderen läßt die Überschätzung der »eigenen« Kräfte (häufig und vehement wurde die »Krise des Neoliberalismus« herbeigeredet) angesichts der kaum nachlassenden Wucht neoliberaler Politik Frustrationen vorprogrammiert erscheinen.



Wahl der Waffen... Photo: B. Högner/Vista



...gegen den Neoliberalismus Photo: B. Högner/Vista

Das Treffen war dennoch ein großartiges Ereignis, wenn man die Kriterien nicht im Vorfeld zu hoch angesetzt hatte. Daß eine Bewegung wie die zapatistische mit kritischer Solidarität betrachtet werden muß, versteht sich von selbst. Deutlich wurde, daß sich radikale Politik trotz der Globalisierung des Kapitalismus und der Notwendigkeit internationalen Austausches vor allem auf konkrete regionale und nationale Verhältnisse und spezifische historische Erfahrungen beziehen muß. Vor einer politischen Überbewertung (»Der erste Schritt...«) sei gewarnt, dennoch können von diesem Treffen einige Impulse für die Debatte und konkrete Praxis einer zeitgemäßen internationalistischen Politik ausgehen.

► **Ulrich Brand** ist Politologe und Mitarbeiter der Zeitschrift »links«.

Progressiver Abwehrkampf

Soziale Menschenrechte – Modethema oder Initiative gegen Verelendung?

von **Sabine Jecht**

Meist stehen die politischen Menschenrechte wie das Recht auf Meinungsfreiheit im Vordergrund der Menschenrechtsdebatte. Doch die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung, Arbeit, Wohnung, Gesundheit und der anderen wirtschaftlichen und sozialen Rechte sind die Grundlage für eine menschenwürdige Existenz. Wo die sozialen Menschenrechte nicht erfüllt sind, können auch die politischen Rechte nicht wahrgenommen werden.

► In ihren neuen Leitlinien für Kirchlichen Entwicklungsdienst wendet sich die Kammer der EKD gegen ein Menschenrechtsverständnis, das sich einseitig auf die bürgerlich-politischen Menschenrechte konzentriert. Auch auf der kommenden Jahrestagung von amnesty international steht eine Debatte um die sozialen Menschenrechte auf dem Programm. Jetzt fordert eine Initiative von mehr als 50 deutschen Nichtregierungsorganisationen in einem Aufruf an die Bundesregierung mehr Einsatz für den Ausbau der UN-Menschenrechtsinstrumentarien, die sich auf das Recht auf Nahrung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Bildung beziehen. Was ist der Hintergrund dieser Entwicklung, und wie tragfähig ist diese neue Allianz?

Wenn heute das Thema der sozialen Menschenrechte von den Nichtregierungsorganisationen aufgegriffen wird, so ist dies vor allem eine Antwort auf die sich zuspitzenden nationalen wie globalen Verteilungs- und Überlebenskämpfe: wachsende soziale Gegensätze nicht nur in der sogenannten Dritten Welt sondern Kriege und Flüchtlingsbewegungen auch in Europa.

Auch multilaterale Entwicklungsprojekte verletzen Menschenrechte und sind in jüngster Zeit in die öffentliche Kritik geraten. So haben von der Weltbank mitfinanzierte Großprojekte Millionen von UreinwohnerInnen oder Kleinbauern vertrieben, ohne für adäquate Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen zu sorgen. Grundlegende wirtschaftliche Menschenrechte sind bedroht und verletzt. Doch Weltbank und IWF - formal eigentlich UN-Organisationen - unterliegen bis heute nicht der Kontrolle durch die UN-Menschenrechtsgremien. Eine solche Rechenschafts- und Berichtspflicht, wie sie die Menschenrechtskommission im vergangenen Jahr gefordert hat, wäre ein wichtiges menschenrechtliches Korrektiv für verfehlte Tendenzen multilateraler Entwicklungspolitik.

Wer in seinem Recht auf Nahrung oder Wohnung beispielsweise durch Landvertreibung verletzt ist, hat auf internationaler Ebene keinerlei Klage- oder Beschwerderecht. Die Opfer müssen aber im Mittelpunkt jedweder Menschenrechtspolitik stehen. Die Einführung eines Individualbeschwerderechts zu den wirtschaftlich-sozialen Rechten, wie es für die bürgerlich-politischen Rechte bereits seit langem existiert, ist dringend geboten.

Die NGO-Initiative stützt sich bei der Durchsetzung dieser Forderungen auf den UN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (Sozialpakt), der in den siebziger Jahren gleichzeitig mit dem Pakt über die bürgerlich-politischen Menschenrechte (Zivilpakt) in Kraft getreten ist.

Fortschreitend rückschrittlich

► Das Hauptproblem heute besteht darin, daß der Sozialpakt - von 133 Staaten unterzeichnet - nicht gleichermaßen anerkannt ist wie der Zivilpakt. Selbst manche Völkerrechtler sprechen den sozialen Menschenrechten den Rechtscharakter ab und bezeichnen sie lediglich als Politikziele, die bei vollen Kassen vielleicht zu erfüllen seien. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 waren sich noch alle darin einig, daß die Würde des Menschen nur erfüllt ist, wenn politische und soziale Rechte gleichermaßen verwirklicht werden. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der sich daraus entwickelnden faschistischen Regime befürwortete der Präsident der USA Roosevelt gegen Ende des II. Weltkrieges eine »Economic Bill of Rights«: »Es ist uns bewußt geworden, daß es keine individuelle Freiheit im wahrsten Sinne des Wortes ohne wirtschaftliche Sicherheit und Selbständigkeit geben kann. Bedürftige Menschen sind abhängige Menschen, denn Armut und Freiheit schließen einander aus. Hunger und Arbeitslosigkeit sind der Nährboden einer Diktatur.«

Der Nachkriegskonsens reichte jedoch nur bis zur Abfassung einer Allgemeinen Menschenrechtserklärung mit einem unverbindlichen Charakter. Die Verhandlungen über weitere Verträge zur Umsetzung standen unter dem Schatten der sich neu herausbildenden politischen Blöcke bzw. der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West. Die Kräfte, die vorher zusammengearbeitet hatten, zerfielen in unterschiedliche Lager. Die USA waren aus dem II. Weltkrieg wirtschaftlich erstarkt hervorgegangen. Es setzte sich dort die Überzeugung durch, daß sozialer Wohlstand von selbst wachsen würde und rechtlich nicht mehr abgesichert werden müsse. Zudem trat die Gruppe der entkolonisierten Staaten als dritte Kraft auf den Plan und formulierte gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten eigene Interessen im Hinblick auf eine finanzielle Entschädigung.

Am Verhandlungstisch sprach sich daher das von den USA geführte Lager gegen die Aufnahme der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in den Menschenrechtspakt aus, während es für starke Durchsetzungsinstrumente im Bereich der bürgerlichen Freiheitsrechte eintrat. Das sozialistische Lager und die meisten der blockfreien Länder setzten sich dafür ein, alle Menschenrechte in einem Pakt zusammenzufassen. Es war einem Kompromißvorschlag Indiens - dem Anführer der Blockfreienbewegung - zu verdanken, daß man sich schließlich nach 18 Jahren Verhandlung auf zwei getrennte Vertragswerke einigen konnte, wobei es allerdings noch einmal 10 Jahre dauerte, bis die nötigen 35 Unterschriften zusammenkamen, die zum Inkrafttreten der Pakte im Jahre 1976 führten.

Hatten die USA einen Sozialpakt nicht verhindern können, so bestand die neue Verhandlungstaktik nun darin, möglichst unscharfe Formulierungen zu finden, die die Staaten nicht wirklich zum Handeln zwangen. In diesem Zusammenhang ist auch der umstrittene Artikel 2 des Sozialpaktes zu verstehen, nach dem sich jeder Unterzeichnerstaat verpflichtet, »unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach (im englischen »progressively«) mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maßnahmen, die volle Verwirklichung der in diesem Pakt verwirklichten Rechte zu erreichen.« Insbesondere die UdSSR sahen in der Formulierung »progressively« eine Schwächung, da nicht die sofortige Umsetzung verlangt war und dies als ein Vorwand für zeitliche Verzögerungen dienen konnte. Die Gegenseite hob hervor, daß mit dieser Formulierung die jeweilige ökonomische Situation der Staaten besser berücksichtigt werden könne. Heute dient das »progressively« vor allem den Kräften als Argument, die beweisen möchten, daß die sozialen Rechte in ihrem Rechtsgehalt schwächer formuliert sind als die politischen Rechte und daher weniger bindend.



Das Menschenrecht auf Wohnung — Photo: R. Maro/version

Menschenrechte ohne Mittel

▸ Vor dem Hintergrund dieser politischen Kräfteverhältnisse war es nicht verwunderlich, daß für die beiden Menschenrechtspakte unterschiedliche Durchsetzungsinstrumentarien geschaffen wurden. Der Zivilpakt sieht schon im Vertragstext die Einrichtung eines Überprüfungsausschusses vor. Im Rahmen eines Zusatzprotokolls wurde auch ein Beschwerdeverfahren für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen geschaffen, die vor nationalen Gerichten kein Gehör gefunden haben. Ebenso gibt es die Möglichkeit der Staatenbeschwerde, bei der ein Staat gegen einen anderen Beschwerde führen kann. Der Sozialpakt sah nichts von alldem vor. Die Staaten sollten zwar gemäß den Paktbestimmungen ihre Berichte liefern, doch wie dies zu kontrollieren sei, blieb offen. Erst in den achtziger Jahren wurde ein ordentlicher Ausschuß für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte eingerichtet, der, mit unabhängigen ExpertInnen besetzt, die Aufgabe hat, Regierungsberichte zu prüfen. Diese werden mit abschließenden, durchaus kritischen Stellungnahmen versehen. Schließlich arbeitet der Ausschuß zur Zeit an dem Entwurf für ein Individualbeschwerdeverfahren.

So sehr auch der Ausschuß um mehr Anerkennung, wissenschaftliche Unterstützung und Finanzen bemüht ist - die ursprüngliche Staatenkoalition, die für die sozialen Rechte eintrat, ist zerfallen. Es gibt derzeit keine Regierung, die ernsthaft an der Arbeit des Ausschusses, geschweige denn an einem Beschwerdeverfahren, interessiert ist. Und nicht nur dies, der Vorstoß der USA im Vorfeld der Habitat-Konferenz, das Recht auf Wohnen zu diskreditieren (vergl. iz3w Nr. 213), muß als Angriff auf den gesamten Komplex der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verstanden werden. Mit der Nichtanerkennung dieses Rechts fiel die Habitat-Erklärung hinter die entsprechende Formulierung im Sozialpakt zurück.

Wenn in der heutigen Debatte die Position vertreten wird, die Menschenrechte seien im Ost-West Konflikt zerrieben worden, und nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz sei nun die Bahn frei für eine ehrliche, nicht ideologisch geführte Auseinandersetzung, so verkennt diese Sichtweise den historischen Verlauf der Menschenrechtsdiskussion und die Schärfe des gegenwärtigen weltweiten Sozialabbaus. Gerade die Blockkonfrontation hat mit dazu beigetragen, daß es überhaupt zu einem Sozialpakt gekommen ist. Zur Zeit entwickeln sich die Menschenrechte zwar wieder zu einer Art Kampfbegriff in der zwischenstaatlichen Auseinandersetzung. Hier stehen sich aber nunmehr der Norden und der Süden gegenüber. Der Norden mit seiner Fixierung auf universell gültige, individuelle Freiheitsrechte und viele Stimmen im Süden, die dem demonstrativ kollektive Werte entgegensetzen. Diese Auseinandersetzung ist auf beiden Seiten grundsätzlich nicht an den Menschen orientiert, sondern von außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen beherrscht.

Nur ein Mindestkonsens

▸ Nachdem also auf der staatlichen Ebene keine Bündnispartner für die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte zu finden sind, lohnt sich dann der Einsatz der NGOs für den Ausbau der entsprechenden UN-Instrumentarien? Und weiter gefragt, sind die sozialen Menschenrechte nicht nur ein Thema, das die Nichtregierungsorganisationen ihrer sozial orientierten Politik überstülpen können, ohne dabei die Systemfrage ansprechen zu müssen?

Die Forderung nach sozialen Menschenrechten ist sicherlich lediglich ein Mindestkonsens - ein Feld, wo sich Reformpotential aus unterschiedlichen Feldern sammelt. Nicht umsonst haben sich im Forum Menschenrechte, einem anläßlich der Wiener Menschenrechtskonferenz gegründeten Zusammenschluß von Nichtregierungsorganisationen, Bündnispartner unterschiedlichster politischer Couleur zusammengefunden. Der Einsatz für soziale Rechte ist ein Abwehrkampf gegen das Zusammenbrechen jeglicher sozialstaatlicher Regulierungen bei uns und gegen die weitaus schlimmeren sozialen Folgen des Privatisierungswahns in den Ländern des Südens. Es ist eine Auseinandersetzung im Rahmen der bestehenden Spielräume.

Die entsprechenden UN-Instrumentarien können dabei durchaus nutzbar gemacht werden. Jeder der verschiedenen UN-Menschenrechtsausschüsse kann zu einem politischen Instrument werden, sofern die Nichtregierungsorganisationen die Spielregeln kennen und sie zu nutzen wissen. Im Vergleich zu den populäreren Ausschüssen wie z.B. für bürgerlich-politische Rechte, Frauen- oder Kinderrechte führt der Ausschuß für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte bisher noch ein Schattendasein. Je größer die Öffentlichkeit, die sich dafür interessiert, desto mehr werden die Stellungnahmen dieses Ausschusses transparent und politisch aufgewertet.

Der Weg braucht einen langen Atem. Und: Wo es keine soziale Bewegung vor Ort gibt, hilft auch die UN-Ebene nicht.

▸ **Sabine Jecht** ist Mitarbeiterin bei FIAN, einer 1986 von amnesty-Mitgliedern gegründeten internationalen Menschenrechtsorganisation, die sich auf das Recht auf Nahrung konzentriert. FIAN hat den Aufruf an die Bundesregierung für die Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte mitinitiiert. Nähere Informationen bei: FIAN, (Food First Informations-Aktionsnetzwerk), Overwegstraße 31, 44625 Herne, Telefon: 02323/490099, Fax: 02323/490018

Befreiung oder Unterwerfung?

Politisierte Religionen jenseits der Fundamentalismusdebatte

von **Beate Sträter**

Vor dem Hintergrund von Modernisierungskrisen sind in vielen Ländern des Südens religiös-politische Bewegungen entstanden (s. iz3w Nr. 215). Ein Vergleich der Befreiungstheologie in Brasilien mit dem politischen Islam in Ägypten zeigt, daß die Auseinandersetzung mit säkularen politischen Kräften darüber entscheidet, welche Formen die Politisierung von Religion annimmt.

► Verbindliche religiöse Sinnhorizonte, die bisher als selbstverständlich angesehen wurden, sind in den Ländern der Dritten Welt zunehmend Angriffen ausgesetzt. Dies geschieht nicht nur durch die Globalisierung westlicher Wertesysteme, Lebensstile und Konsumorientierung sondern in gleichem, wenn nicht noch stärkerem Maße durch die sozialen und ökonomischen Auswirkungen rapider Modernisierungsprozesse und der Auflösung von Solidar- und Gemeinschaftsstrukturen.

Während es in der »islamischen« Welt ein politisierter Islam ist, der bei uns meist mit dem Etikett des Fundamentalismus belegt wird, entstanden in Ländern Lateinamerikas mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung befreiungstheologische Bewegungen. Meist im Bund mit einer linken revolutionären Bewegung, fordern diese Demokratisierung (im Sinne eines demokratischen Sozialismus), umfassende Partizipationsmöglichkeiten gerade für die Marginalisierten und die Gleichstellung der Frauen. Diese Form politisierter Religion stößt auf weniger Ablehnung, als es bei islamistischen[1] Bewegungen der Fall ist. Sie bestreiten die Universalität der Menschenrechte und die Gleichheit von Mann und Frau und hinterfragen den Parteienpluralismus. Dem wird ein »authentisch« islamisches Verständnis von Demokratie und Menschenrechten entgegengestellt.

Katholische Linke zwischen Revolution und Reform

► Beide Bewegungen haben sich in den letzten 20 Jahren formiert, blicken jedoch auf eine wesentlich längere Vorgeschichte zurück.

Brasilien erlebte nach dem 2. Weltkrieg einen enormen Industrialisierungsschub, der im Süden zur Entstehung eines großen Industrieproletariats führte. Die Industrialisierung der Landwirtschaft verschärfte das Landproblem. Massive Verelendungsprozesse lassen bis heute das Heer der Armen immer weiter anwachsen.

Die katholische Kirche in Brasilien war am Ende des 19. Jahrhunderts gesellschaftlich weitgehend bedeutungslos, erlebte jedoch zu Beginn einen stark von Laien getragenen Aufschwung. Nach dem 2. Weltkrieg entstanden christliche Studentenorganisationen und eine christliche Arbeiterjugend. Als eine Antwort auf das dauerhafte Problem des Priestermangels und die Erfolge der protestantischen Missionen, besonders unter der neu entstehenden Industriearbeiterschaft, wurden Gruppen der »Katholischen Aktion« (einer katholischen Laienbewegung) initiiert, um die kirchliche Präsenz in Staat und Gesellschaft zu verstärken. Gleichzeitig formierte sich in dieser Zeit die brasilianische Linke. Eine breite bildungspolitische Basisbewegung, die sich die bewußtseinsbildenden und politisierenden Methoden Paolo Freires zu eigen machte, wurde weitgehend von Aktivisten der Katholischen Aktion getragen und organisiert und war maßgeblich an der Entstehung von Basisgemeinden beteiligt.

Die engen Kontakte zwischen der katholischen Jugendbewegung und der brasilianischen Linken führte zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie und einer politischen Radikalisierung. Die kubanische Revolution 1959, die die erste selbständige Befreiung eines lateinamerikanischen Landes aus der US-amerikanischen Abhängigkeit bedeutete, markierte den Anfang einer neuen Epoche in der lateinamerikanischen Geschichte. Die von der politischen Aufbruchstimmung ergriffene christliche Linke fand in der kirchlichen Hierarchie nur begrenzte Unterstützung, auch wenn beim 2.

Auf der Suche nach »Wegzeichen«... Photo: R. Maro/version



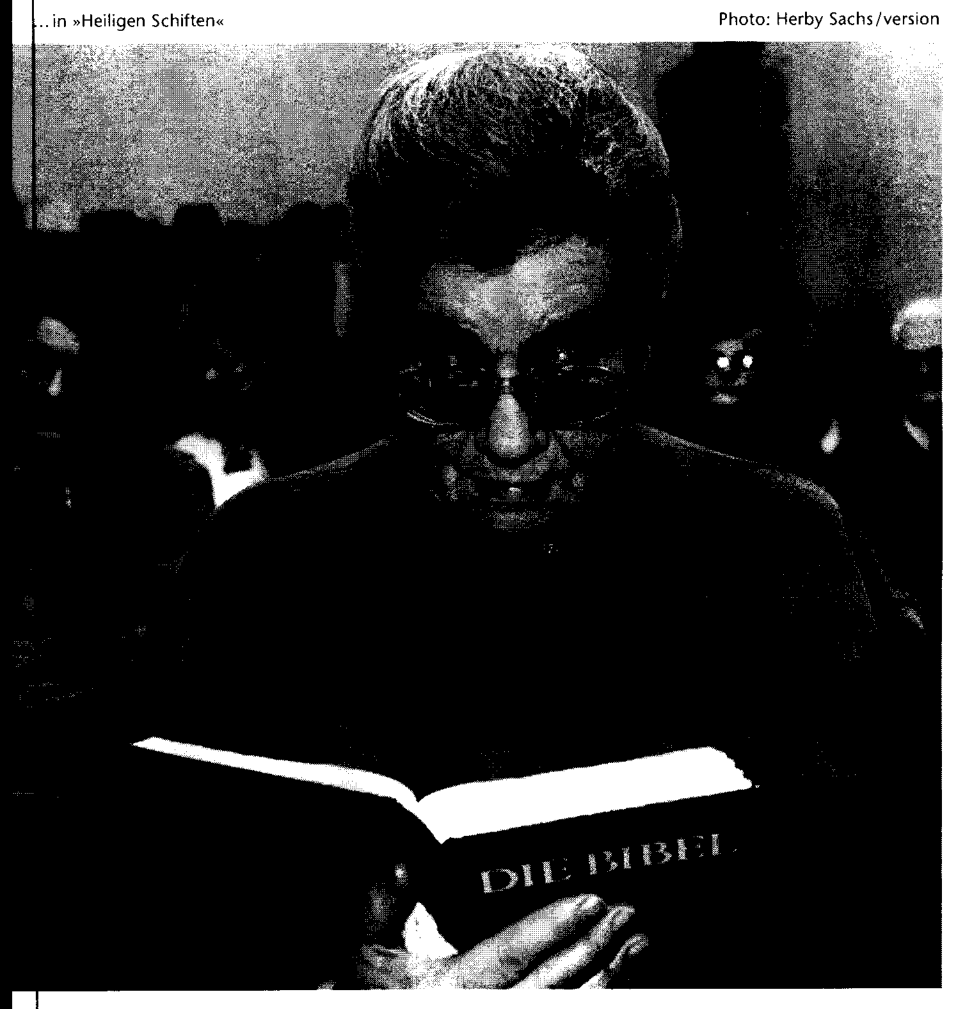
Treffen lateinamerikanischer Bischöfe 1968 in Medellin die »vorrangige Option für die Armen« formuliert wurde. Begünstigt wurde dies durch das 2. Vatikanische Konzil (1963-1965), das einen massiven Schub für Reformen gab.

»Wegzeichen« zum politischen Islam

▶ Die islamistische Bewegung in Ägypten hat ihre Wurzeln ebenfalls in einer Kultur, Bildungs- und Missionsbewegung, in der sich vorrangig Laien engagierten. Die Gründung der Moslembrüder durch den Volksschullehrer Hassan al Banna 1928 war eine Reaktion auf die damalige Krise Ägyptens, welches das Scheitern eines parlamentarischen Versuchs erlebte. Unter den Bedingungen der weiter bestehenden britischen Dominanz konnte diese Form der Demokratie nur als Farce erscheinen. Die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre führte zu einem hohen Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Migranten, die in die Städte kamen, konnten von der kolonialen Gesellschaft nicht mehr absorbiert werden. Zur Erklärung ihrer Situation nahmen sie Deutungen aus dem modernistischen Salafiya-Islam auf, der als Kombination aus einer idealisierten islamischen Frühzeit mit der Integration von Fortschritt und modernen Institutionen charakterisiert werden kann. Mit diesen Erklärungsmustern konnte die koloniale Gesellschaft zurückgewiesen werden. Die Moslembrüder popularisierten so die bereits Ende des 19. Jahrhunderts angesichts der Erfahrung mit dem europäischen Kolonialismus geführten Debatten der muslimischen Reformdenker. Mit dem Aufbau eines sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Netzes entstand gleichzeitig eine breite islamische Gegenöffentlichkeit. Ende der dreißiger Jahre fand eine zunehmende Politisierung statt, ohne daß es ausgearbeitet politische Konzepte gab.

Während die Mehrheit der Muslimbrüder gegenüber dem Staat einen reformistischen, integrativen Kurs vertrat und sich weitgehend innerhalb eines national bestimmten Bezugsrahmens bewegte, fand unter dem Eindruck massiver staatlicher Repression unter Nasser eine Radikalisierung von Teilen der Moslembruderschaft statt. Der aus dem Süden Ägyptens stammende Sayyid Qutb verfaßte während seiner Haft die berühmt gewordenen »Wegzeichen«, das Manifest einer radikalen islamistischen »Befreiungstheologie«, das in den folgenden Jahrzehnten zum Programm militanter islamistischer Gruppen werden sollte. Von Sadat als Gegengewicht zu linken, nasseristischen Kräften unterstützt, dominierten die islamistischen Studentenorganisationen der gama'a islamiyya bald die Universitäten. Die wirtschaftliche Öffnungspolitik Sadats, zu deren Verlierern gerade die gebildete Mittelschicht gehörte sowie der Friedensschluß von Camp-David, der in den Augen der Islamisten Ausdruck tiefsten Verrats sein mußte, ließ sie jedoch bald zu den erbittertsten Feinden der Regierung werden, die ihre Glaubwürdigkeit auch durch religiös verpackte Legitimationsversuche nicht retten konnte. Während sich die Muslimbrüder eher zu einem 'Marsch durch die Institutionen' aufmachten, setzt sich der Konflikt zwischen der gama'a islamiyya und dem Regime bis heute fort und entlädt sich immer wieder in Anschlägen und gewalttätigen Auseinandersetzungen.

...in »Heiligen Schiften« Photo: Herby Sachs/version



Befreiende Bibellektüre

▶ Beide Bewegungen haben unterschiedliche Konzepte zur Deutung der gesellschaftlichen Situation und mögliche Strategien zur Veränderung hervorgebracht. Hierin unterscheiden sich revolutionäre, militante Gruppen und reformorientierte Kräfte, wobei die letzteren in beiden Bewegungen die Hauptströmung darstellen.

Der Exodus, d.h. der Auszug des Volkes Israel aus der Ägyptischen Knechtschaft ist das entscheidende theologische Paradigma in der Befreiungstheologie. Der Begriff der Befreiung wird hier betont gegenüber dem Konzept der Erlösung, ein Begriff, der sich stärker auf das individuelle, jenseitige Heil beziehen läßt. Dies hat Konsequenzen für den Sündenbegriff: Anstelle einer individuellen Verfehlung wird starkes Gewicht auf die Sünde in den Strukturen bzw. »institutionelle Sünde« gelegt, die sich in der Abhängigkeit des Südens vom Norden, dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, ungerechten Verhältnissen, Unterdrückung und Gewalt äußert. Die Theologie der Revolution, die Beteiligung an Guerillabewegungen (wie z.B. der Priester Camillo Torres in Kolumbien) und die »Christen für den Sozialismus« (1972 in Chile gegründet) werden noch als Ausdruck einer europäisch geprägten Theologie gesehen, die von Intellektuellen der Mittelschicht und des Kleinbürgertums getragen werden. Mit dem Begriff der »Kirche des Volkes« bzw. der »Armen« wird dieser Avantgarde-Gedanke abgelehnt: Die Armen sollen selbst das Subjekt ihrer Befreiung sein. Der Begriff des Volkes ist dabei durchaus schillernd und wird häufig nicht klar definiert.

Die befreiende Praxis hat eindeutigen Vorrang, Aufgabe der Theologie ist es, sie zu reflektieren. Indem die Armen selbst die Bibel lesen und auf ihre Situation beziehen, verstehen sie ihre Lage und können ein befreiendes Handeln aus der Bibellektüre entwickeln. Auf das Handeln wird dabei großes Gewicht gelegt: Der Glaube muß seinen Ausdruck in einem entsprechenden Handeln an der Seite der Unterdrückten finden, sonst ist er wertlos. Die Verbindung mit dem Marxismus ist dabei eher instrumentell. Abgelehnt werden die historisch materialistische Geschichtsbetrachtung und der Atheismus, benutzt werden marxistische Ansätze zur Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Betont wird jedoch die Autonomie der Wissenschaften wie auch die der nicht-christlichen gesellschaftlichen Gruppen. Von kirchlicher Seite existiert weder ein Hegemonieanspruch auf gesellschaftliche

Gruppen, noch wird ein privilegierter Zugang zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse durch den christlichen Glauben behauptet, der nach befreiungstheologischer Auffassung kein eigenständiges historisches Modell anzubieten hat.

Die Souveränität Gottes

► Bei einer islamischen Deutung der Wirklichkeit unterscheiden sich reformorientierte Konzepte der Muslimbrüder und radikalere Varianten.

Als Ursache für die soziale und politische Krise wird ähnlich wie bei der Dependenztheorie, auf die kulturelle, wirtschaftliche und politische Fremdbestimmung durch den Westen verwiesen. Im Unterschied zu befreiungstheologischen Konzepten gehen jedoch reformistische und radikale Islamisten davon aus, daß der Islam durchaus ein eigenständiges Gesellschaftsmodell anzubieten hat. Meist wird dieses als »Dritter Weg« zwischen Kommunismus und Kapitalismus bezeichnet. Dieser soll von sozialer Gerechtigkeit - so der Titel einer einflußreichen Schrift von Qutb - und durch die kollektive Solidarität der Gemeinschaft geprägt sein. Dabei soll das Pivateigentum geschützt werden, jedoch eine stärkere Sozialbindung erhalten. Der Ansatzpunkt islamischer Reformen ist die Gemeinschaft der Muslime, nicht das Individuum und nicht die Gesellschaft.

Um die gegenwärtige gesellschaftliche Situation zu beschreiben, werden häufig Bilder aus der historischen Erfahrung islamischer Gesellschaften benutzt oder neu besetzt. Eine idealisierte Konstruktion der islamischen Frühzeit wird zum utopischen Modell für die Gestaltung der Gegenwart. Durch die Rückkehr zu den Bestimmungen aus Koran und Sunna[2] soll jeder Muslim ohne Vermittlung durch religiöse Spezialisten, Kriterien für eine islamistische Reform der Gesellschaft erheben können. Zentrale politische Forderung ist die Umsetzung des islamischen Rechts, auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft. Die Spannbreite dessen Auslegung ist dabei sicher ein Grund für die Popularität dieser Forderung.

Qutb, auf den sich die radikaleren Gruppen beziehen, behauptet die absolute Souveränität Gottes (hakimiya). Nur er hat legislative Gewalt, nur ihm hat der Mensch zu dienen. Dies bedeutet die Negation jeder von Menschen gesetzten Ordnung. In diesem Sinn ist in Bezug auf Qutb von einer islamischen »Befreiungstheologie« die Rede. Ihm geht es um die Befreiung des Menschen aus jeder Form der Beherrschung durch den Menschen. Allein Gott und seinem Gesetz ist der Mensch zu Gehorsam verpflichtet. Gesellschaften, die dies nicht umsetzen, befinden sich im Zustand der Barbarei, sind keine muslimischen Gesellschaften, auch wenn die Mehrheit der Menschen sich als Muslime bezeichnen. Das Verhältnis zu solch einer Gesellschaft kann nur im radikalen Bruch mit ihr bestehen. Die Deutung der Gesellschaft als jahiliya, Zeit der Unwissenheit, (ursprünglich die Bezeichnung für den Zustand vor der Offenbarung des Korans), konnte von reformerischen Kräften, die eine politische Beteiligung suchen und sich innerhalb der Gesellschaft sozial engagieren nicht mitgetragen werden.

Organisation an der Basis

► Die entscheidenden befreiungstheologischen Organisationsformen sind die Basisgemeinden. Sie befinden sich in der Regel in den städtischen Randgebieten und Slums oder auf dem Land. Ihre Entstehung ist eng mit den kirchlichen Kampagnen zur Alphabetisierung und Bewußtseinsbildung verbunden. Sie vereinen in sich Bibellektüre, soziale Analyse sowie Formen der Selbstorganisation, die vor Ort besonders im sozialen Bereich wirksam wurden. Caritative Arbeit wird jedoch abgelehnt.

Zur Zeit der Militärdiktatur in Brasilien bildete die Kirche die letzte gesellschaftliche Instanz, die angesichts der massiven Unterdrückung jeglicher Opposition und Gleichschaltung von Parteien und Gewerkschaften letztlich erfolgreich für eine Demokratisierung eintrat. Sie diente als ein Surrogat der Zivilgesellschaft. Mit der Schaffung von neuen Institutionen wie z.B. das Land-Pastoral und das Arbeiterpastoral setzte sie sich für die Bevölkerungsteile ein, die an den Frontlinien kapitalistischen Zugriffs standen.

In der islamistischen Bewegung ist die Moschee Äquivalent zur Organisationsform der Basisgemeinden. Sie ist nicht nur Ort des Geschehens sondern wird in zunehmendem Maße zu Zwecken der medizinischen und sozialen Versorgung und als Bildungseinrichtung genutzt. Die vielfältigen sozialen Dienstleistungen, die von Zentren dieser Art angeboten werden, bieten soziale Versorgung, während der Staat sich aus diesen Bereichen immer weiter zurückzieht. Sie sind sicher nicht selbstorganisiert, wie dies bei Basisgemeinden - idealerweise - der Fall ist, und haben auch nicht diesen Anspruch. Dieser Bereich der islamistischen Bewegung wird in der Regel vom gemäßigten Lager der Muslimbrüder getragen und ist Ergebnis gesellschaftlicher, vom Staat unabhängiger Organisationen.

Die Muslimbrüder als solche und auch die kleineren militanten Gruppen sind von einigen Ausnahmen abgesehen streng hierarchisch aufgebaut.

Die »Welt« im Raum des Religiösen

► Auffällig ist, daß beide Bewegungen sehr stark von Laien getragen werden, auch wenn es immer Theologen gibt, die die sozialen und politischen Forderungen und Interpretationen der Bewegungen theologisch fundieren und legitimieren. Dabei wird dem einzelnen Gläubigen weitgehende Kompetenz zur Auslegung der Quellen zugestanden. Bei beiden Bewegungen kam es zu einem Konflikt mit den Kreisen in der kirchlichen Hierarchie bzw. dem religiösen Establishment, die die offizielle Religion vertreten und besonders auch ihr Auslegungsmonopol zu schützen versuchen. Eine Ablehnung der Politisierung von Religion wird dabei meist von den Kreisen vorgenommen, die auf Seiten der herrschenden Kräfte stehen und deren Politik legitimieren. Die Laienorientierung bringt die 'Welt' in den Raum des Religiösen, d.h. soziale und politische Konflikte, Fragen der Lebenswelt werden religiös qualifiziert und unter religiösen Gesichtspunkten diskutiert.

Gemeinsam ist beiden Bewegungen im ideologischen Bereich eine Analyse der Situation, bei der als ein Hauptgrund der gesellschaftlichen Krise die Abhängigkeit vom kapitalistischen Norden und die Folgen des Kolonialismus gesehen werden.

Beide Bewegungen sind aktivistische Bewegungen und zwar in dem Sinn, daß Glaube und ethisches Handeln untrennbar verbunden sind und sie eine individuelle Frömmigkeit, die sich rein auf den spirituellen Bereich bezieht, ablehnen. Hier entsteht ein unvermeidbarer Konflikt mit dem westlichen Verweis der Religion in den Privatbereich. Ein entscheidender Grund, warum aus der Katholischen Aktion, die noch den 'König Christus' in der Welt regieren lassen wollte und die katholische Durchdringung aller gesellschaftlicher Bereiche zum Ziel hatte, sich eine Bewegung wie die Befreiungstheologie entwickeln konnte, war das Bündnis und die Auseinandersetzung mit der brasilianischen Linken bzw. die Situation vor dem Militärputsch 1964, in der es möglich war, daß gesellschaftliche Kräfte sich gegenüber dem Staat formieren konnten.

Dieser Prozeß, der heute mit dem Begriff der Zivilgesellschaft belegt wird, fand nach dem abgebrochenen Versuch in den 20er Jahren in Ägypten zur Zeit Nassers und Sadats nicht statt und wird bis heute von staatlicher Seite, begründet mit der Gefahr des Islamismus, weiterhin massiv blockiert. So bleibt die islamistische Bewegung als eine Bewegung, die sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen mit sehr unterschiedlichen Interessen umschließt, die einzige Opposition. In erster Linie durch den äußeren Druck zusammengehalten, würde sie sich schnell ausdifferenzieren, wenn es eine größere Öffnung des Systems, und eine ernstzunehmende säkulare Opposition gäbe, zu der sie sich verhalten müßte. Unter solchen Bedingungen wäre auch das Entstehen einer emanzipatorischen islamischen Befreiungstheologie denkbar.

Anmerkungen:

1 Als islamistisch bzw. Islamismus werden die verschiedenen politischen islamischen Bewegungen bezeichnet.

2 Koran und Sunna sind die Hauptquellen traditioneller islamischer Rechtsprechung. Unter Sunna werden Überlieferungen zu Lebensgewohnheiten und politischen Entscheidungen des Propheten Muhammad verstanden.

► **Beate Sträter** ist Politologin und promoviert derzeit zu dem Thema »religiös-politische Bewegungen in Ländern der Dritten Welt.«



*»Die Tendenz,
den Weltmarkt zu schaffen,
ist unmittelbar im Begriff
des Kapitals selbst angelegt.«
(Karl Marx)*

Glaubt man der Ökonomie, Politologie, Soziologie oder Journaille, gleich welcher politischen Couleur, dann befindet sich der (post-)moderne Kapitalismus in jenem Stadium, das ihm vor knapp 150 Jahren seinem Begriff nach bescheinigt wurde: Er ist global geworden. Nach dem Wegfall der scheinsozialistischen Systemalternative und mit dem allseits wohlwollend aufgenommenen medientheoretischen Mythos von der Welt als globalem Dorf lasse sich, so die gängige Argumentation, die derzeitige (neoliberale) Phase des Kapitalismus als Globalisierung beschreiben. Globalisierung - klingt eigentlich ganz nett und paßt so richtig schön ins Bild von der Friede-Freude-Einen Welt, in der Klassengegensätze nurmehr Gegenstand historischer Forschung sind und antikapitalistische Politikansprüche von zivilgesellschaftlichem Engagement abgelöst wurden.

Weshalb wird soviel Aufhebens gemacht um etwas, das dem Kapitalismus seit jeher inhärent ist? Ist überhaupt etwas neu am »globalen« Kapitalismus? Dies fragten wir uns und begannen, uns bei der inflationierenden Literatur zum Thema Globalisierung kundig zu machen (von der ein Bruchteil in der Zeitschriftenschau vorgestellt wird). Neben den genannten Merkmalen - Wegfall der Systemalternative, informationstechnologische Verdichtung des Raumes zum »Global Village« und Beschleunigung der Zeit zur Echtzeit - werden als typische Strukturmerkmale ökonomischer Globalisierung angegeben: der Bedeutungsverlust bzw. -wandel der Nationalstaaten und die damit häufig verbundenen Hoffnungen auf Bedeutungszuwachs zivilgesellschaftlicher Kräfte; der Machtgewinn für transnationale Konzerne, wodurch bisherige politische Entscheidungsträger ins Abseits gestellt werden und die Standortfrage neu gestellt wird; das sprunghafte Wachstum des internationalen Finanzwesens, woraus häufig eine Entkoppelung der monetären von der produktiven Sphäre gefolgert wird - was unter dem Schlagwort »Kasinokapitalismus« in die Debatte einging. Teilweise ist in diesem Zusammenhang von der »Entstofflichung« der Ökonomie die Rede, womit gemeint ist, daß das internationale Finanzwesen sich in ein »selbstreferenzielles System ohne Kontakt zur stofflichen Wirtschaftswelt« (U. Menzel) verwandelt habe.

Soweit die Strukturmerkmale des »neuen« Kapitalismus. Was aber verbirgt sich genauer hinter dem Gerede von der Globalisierung? Oder anders gefragt: Was wird durch Begriffe wie Globalisierung, Neoliberalismus, Marktwirtschaft etc. verhüllt? Schlägt es doch jeder aufmerksamen Zeitungsleserin allmorgendlich ungeschönt ins Gesicht: Der Umbau des Sozialstaats, die Zurücknahme von erkämpften Zugeständnissen im Sozialbereich sind weltweit angesagt. Denn - und auch dies wird unverblümt gesagt - der internationale Konkurrenzdruck ist enorm: wer mithalten will, muß den Sozialstaat abbauen, um so den Standort wettbewerbsfähig zu halten. Wenn also Hermann L. Gremliza, Herausgeber der Zeitschrift *konkret*, schreibt: »Der parlamentarisch-demokratische Sozialstaat war die Luxusversion der kapitalistischen Klassenherrschaft. Seine Zeit ist vorbei« (konkret 8/96), dann ist dies nicht etwa linksradikale Propaganda eines Ewiggestrigen. Unverdächtige Zeitgenossen wie etwa der US-Wissenschaftler Paul Kennedy bestätigen diese einfache Wahrheit und sind in Gedanken bereits einen Schritt weiter: »Das System wird angesichts der demographischen und technischen Vorhersagen des weltweiten freien Marktsystems nicht lange halten, und es wird einen backlash gegen den Kapitalismus des freien Marktes geben«, so Kennedy auf der Tagung »Globale Wirtschaft - nationale Sozialpolitik: Wie lange geht das noch gut?« (siehe Frankfurter Rundschau 1.6.96).

Und wenn es nicht mehr gut geht? Was dann passiert, lehrt die Geschichte. Seit der industriellen Revolution, so Kennedy, entwickelt sich der Kapitalismus »in Phasen, in denen es erst in Richtung auf mehr freie Marktwirtschaft geht und dann ein Rückschlag kommt.« Es sei denkbar, daß zu Beginn des 21. Jahrhunderts Kräfte aufkommen, die »an der Liberalisierung der Finanzkontrollen Rache nehmen wollen und die mehr Ordnung, mehr Kontrolle, mehr Schutz fordern werden.« Kräfte, so möchte man ergänzen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Deutschland aus die gesamte Welt unter ihre Ordnung zwingen wollten. Das Resultat dürfte bekannt sein auch wenn oft genug dem Vergessen anheim gegeben.

Doch auch in der zur zweiten Natur gewordenen kapitalistischen Gesellschaft ist der Verlauf der Geschichte nicht zwangsläufig. Gesellschaftliche Entwicklung ist immer auch das Ergebnis von Handlungen, auch wenn die Handelnden in bestimmte Strukturen eingebunden, ihr Tun strukturell vorgeprägt ist. Diese Strukturen sich zu vergegenwärtigen ist umso dringlicher, je bewußtloser der Großteil derjenigen, die es eigentlich gut meinen, ihr Unbehagen an der Modernisierung durch ein Mitmachen um jeden Preis kompensieren. Deshalb haben wir in unserem Themenblock den Schwerpunkt auf Fragen nach dem Neuen an der Struktur des Kapitalismus des ausgehenden 20. Jahrhunderts, und den damit einhergehenden Bedingungen für (linke) Politik (siehe die Beiträge von G. Lutz, E. Altvater und das Interview mit J. Hirsch) und dem Alten (siehe Ebermann/Trampert und M. Janz) gelegt. Neben der kritischen Auseinandersetzung mit der Ideologie der internationalen Zivilgesellschaft (C. Parsdorfer), waren noch zwei weitere Beiträge - zur Bedeutung des Finanzmarktes und über die Rolle transnationaler Konzerne - vorgesehen. Nicht zuletzt jahreszeitlich bedingt mußten wir diese auf den zweiten Teil des Themenblocks (blätter 219, Anfang 1997) verschieben, der sich schwerpunktmäßig mit räumlichen Aspekten der »Globalisierung« beschäftigen wird.

die redaktion



Im Westen nichts Neues?

Globale Verwirrungen um ein neues Theorem

von **Georg Lutz**

Die Globalisierung der Weltwirtschaft ist mit Händen zu greifen. Flugananas aus Westafrika und Kiwis aus Neuseeland sind keine teuren 'Kolonialwaren' mehr, sondern bereichern jedes Supermarktsortiment. Globalisierung ist aber auch ein Gewürz, mit dem scharfe ideologische Süppchen gekocht werden können. Im folgenden sollen einige Mißverständnisse und reduktionistische Sichtweisen der Globalisierungsdebatte aufgedeckt werden.

► Die Kombination der Wörter Globalisierung und Weltmarkt treibt jedem Betriebsrat, der seine Firma gefährdet sieht, und jedem Bürgermeister, der um seinen Standort fürchtet, den Schweiß auf die Stirn. Globalisierung und Weltmarkt sind im Rahmen der Standortdebatte zu ideologischen Kampfbegriffen mutiert, die jedem unternehmerischen Erpressungsargument zu durchschlagendem Erfolg verhelfen - und das weltweit. Es findet sich immer noch eine Region, die vermeintlich oder wirklich billiger produziert.

Wie das Kaninchen vor der Schlange erschaudern 'wir' als Mitleidende der 'Deutschland GmbH' bei der morgendlichen Zeitungslektüre vor der Meldung, welcher 'Südostasiatische Tiger' 'uns' jetzt wieder einen potentiellen Investor weggeschnappt hat. Wer schlicht über den nationalen Tellerrand hinausschauen oder den Exportweltmeister Deutschland auch unter einer Täterperspektive analysieren will, geht im Standortgedröhne unter.

Globalisierung bedeutet keine homogene lineare Dynamik.

Um sofort ein oft bewußt verwendetes Mißverständnis auszuräumen: Globalisierung bedeutet keine homogene lineare Dynamik, die zunehmend jede/n ErdenbürgerIn mit dem 'global village' kompatibel macht, sondern ist ein sehr differenzierter, ja widersprüchlicher Prozeß. Die Gleichzeitigkeit von integrierenden, Unterschiede abschleifenden Vorgängen geht einher mit gewaltigen sozialen und ökonomischen Verwerfungen. Das muß nicht gleich in sogenannten Ethnokriegen enden. Diese veranschaulichen aber auf drastische Weise, wie Vereinheitlichung und Differenzierung im Weltmarktkontext zusammengehören. Auf der einen Seite trinken immer mehr Menschen Cola, surfen im Internet, hören die gleichen Popstars und essen die bekannten Fleischklöpse, auf der anderen Seite kann es sein, daß sie sich im Schützengraben gegenüberliegen, da der Nationalstaat auseinander gebrochen ist und sie nach ethnischen Vorurteilskriterien denken und handeln.

Wer spezifischer werden will, ist sofort mit der historischen Ebene konfrontiert. Die Frage, was an dem ganzen Gerede über Globalisierung und Weltmarkt eigentlich qualitativ neu ist, ist berechtigt. Nehmen wir zwei Beispiele: die Zeit Ende letzten Jahrhunderts und die Situation vor zwanzig Jahren.

Ende des neunzehnten Jahrhunderts formierte sich im Nordosten der USA mit Kern um den Eisenbahnknotenpunkt Chicago eine international ausgerichtete Kapitalfraktion, in Teilen aus europäischem Kapital gespeist, die mit modernsten Technologien nicht nur ungeahnte Produktivitätsschübe erzielen, sondern auch die Facharbeitergewerkschaften der ArbeiterInnnen, vergleichbar mit der heutigen Situation, aushebeln konnte.

In der Fleischverarbeitung, aber auch im Textilbereich, setzte sich die Fließbandfertigung durch. Es waren kaum qualifizierte Arbeitskräfte mehr gefragt, sondern nur noch ungelernte ArbeiterInnen. Auch sie bekamen schon eingeimpft, daß es in Neuseeland oder Argentinien Betriebe gibt, die auch den europäischen Markt erobern wollen.

Über Telegraphen erhielt die Börse Nachrichten aus aller Welt. Natürlich dauerten internationale Termingeschäfte nicht wenige Millisekunden sondern einige Stunden, aber das Bewußtsein, schon damals ideologisch aufgeschäumt von weltweiter Konkurrenz und multinationalem Handeln, war bei beiden Seiten vorhanden. Die ArbeiterInnnen wurden, je nach ihrer Stellung in den Migrationsprozessen in die USA, nach ethnischen und rassistischen Linien gespalten. Auch das kommt uns bekannt vor. Und auch schon damals begegnete einem das Argument von den vielen scheuen Rehen, die nur darauf warteten, mit ihrem Kapital woanders hin zu gehen.

Mitte der 70er Jahre gab es in der Bundesrepublik die erste 'Standortkrise'. Rollei verlegte sein Werk nach Singapur und die Textilindustrie auf der schwäbischen Alb konnte ihre Läden weitgehend dicht machen. Gegen südostasiatische Billiganbieter hatten sie keine Chance. Das Schlagwort von der 'neuen internationalen Arbeitsteilung' machte die Runde. Die Weltwirtschaft schien arbeitssteilig und offener zu werden. Der Export von Massenkonsumgütern aus einigen Staaten der 'Dritten Welt' und die Herstellung technologisch komplizierter Produkte aus den Staaten der Metropolen schienen die klassische kapitalistische Arbeitsteilung auf etwas höherem Niveau zu bestätigen.

Auch hier könnte man auf den ersten Blick bemerken: nichts Neues unter der kapitalistischen Sonne. Es gab schon vor hundert Jahren Weltausstellungen. Früher wurden fremde Länder kolonisiert, heute geht es um neue Märkte und um die letzten Refugien, die noch nicht der Verwertung unterworfen sind.

Neue Regulierungsinstanzen

► Diese Kontinuitäten und historischen Gemeinsamkeiten sind aber nur die eine Seite. Auf der anderen Seite sind wir mit qualitativ völlig neuen Strukturen konfrontiert. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter dem Schirm der US-Hegemonie ein qualitativ neuer globaler Politik- und Wirtschaftsraum mit einem weltweiten Institutionensystem geschaffen. Um die UNO herum formierten sich Regulierungsinstanzen oder -treffen wie IWF, Weltbank, die UNCTAD oder die GATT-Runden. Zwei Gründe waren für diese politischen Anstrengungen entscheidend. Erstens saß den damaligen Technokraten die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre und der Faschismus noch in den Knochen, und zweitens spürten sie das Konkurrenzprojekt der Moderne, die Versprechungen des realsozialistischen Blocks in ihrem Nacken.

Durch die Entkolonisierung und die 'Unabhängigkeit der Fahne' erhielten auch die sogenannten 'Entwicklungsländer' das formale Versprechen der Teilnahme am 'american way of life'. Mittel zum Zweck waren kreditfinanzierte riesige Infrastrukturprogramme, mit denen der große Sprung auf das Metropolenniveau realisiert werden sollte. Es kam bekanntlich etwas anders. In diesem Zusammenhang ist der Blick auf die Nachkriegsentwicklung der westeuropäischen Staaten von Bedeutung.

Um die Unterschiede zum heutigen Weltmarktgeschehen zu verstehen, muß man sich die zentralen Strukturelemente des 'fordistischen Akkumulationsregimes' (siehe blätter des iz3w Nr. 213, Mai 1996, S. 17-19) vor Augen halten. Der 'Wirtschaftswunderstaat' der 'sozialen Marktwirtschaft', von Mitte der fünfziger Jahre bis Mitte der siebziger Jahre in Westeuropa dominierend, gab dem Kapitalismus

ein neues Gesicht. Fordismus bedeutet die Verknüpfung von Massenproduktion und Massenkonsum. Die Masse der Bevölkerung konnte Kredite aufnehmen und hochwertige Konsumgüter kaufen. Neben dem Nierentisch stand bald der erste Fernseher und Mutti und Vati fuhren mit ihrem ersten Käfer an die Adria. Wirschaftswunderunternehmer wie Grundig hatten gut zwanzig Jahre lang Rationalisierungsspielräume, die ein hohes Wirtschaftswachstum und steigende Profite bedeuteten. Lohneinkommen und Profit behinderten sich kaum.

Zum ersten Mal in der Geschichte Westeuropas wurde die soziale Frage in zentralen Teilen entschärft - dies geschah allerdings erst nach heftigen Kämpfen und im Rahmen der bipolaren Systemkonkurrenz. Gleichzeitig war die 'soziale Marktwirtschaft' Voraussetzung und Instrument, um sich in den Weltmarkt integrieren zu können. Allerdings dienten die hohen Wachstumsraten und eine verstärkte staatliche Regulierung in erster Linie dazu, ein nationalstaatliches Binnenprojekt zu entwickeln. Der Ausbau des sogenannten Wohlfahrtsstaates und die Liberalisierung des Welthandels waren zwei Seiten der selben Münze.

Vorlage für den Neo-Liberalismus

► Eine weitere neue Qualität der Globalisierung begann Mitte der siebziger Jahre mit der Krise des sogenannten 'fordistischen Akkumulationsregims' in den Metropolenstaaten. Sie war die Grundlage für das heutige hegemoniale Modell des Neo-Liberalismus. Gleichzeitig mit dem politischen Bedeutungsverlust der US-amerikanischen Hegemonie erschöpfte sich die kapitalistische Reproduktion. Die Rationalisierungsspielräume der starren, tayloristisch organisierten Fließbandproduktion stießen an Grenzen. Auf den Punkt gebracht: Fließbänder lassen sich nicht immer weiter beschleunigen. Das ist übrigens schon in dem Film 'Moderne Zeiten' von Charly Chaplin zu bewundern. Die Folge waren rückläufige Wachstumszahlen und immer weniger Produktivitätsgewinne.

Über sogenannte 'Eurogeldmärkte', die nicht unter der Kontrolle der nationalen Bankenaufsicht lagen und liegen, wurde Kapital nicht mehr in Fabriken, sondern zunehmend in Finanzpapiere investiert. Das Schreckensbild der 'Stagflaktion' (Stagnation plus Inflation, d.h. kaum wirtschaftliches Wachstum mit Unterbeschäftigung bei steigenden Preisen) war im ökonomischen Nachkriegsmodell nicht vorgesehen. Die Wirtschaftsminister waren ratlos.

Das sind sie heute auch, aber im Unterschied zu damals haben sie ein ideologisch schlagkräftiges Gegenprojekt. Das Kampfprojekt Neo-Liberalismus versprach Lösungen mit einfachsten, aber harten Mitteln. Ab Mitte der siebziger Jahre kamen sie aus ihren Hörsälen in die Regierungszentralen.

Die Vordenker in der Nachfolge des Monetaristen-Gurus Milton Friedman machten dem Kapital wieder 'Angebote' (Angebotsim Unterschied zur damals dominierenden Nachfragepolitik). Zentrales Mittel dabei war die Bekämpfung der Inflation mit einer restriktiven Geldpolitik. Die innerbetriebliche Organisation stützte sich auf die technologische Offensive der computergesteuerten flexiblen Automation. Die tayloristische Arbeitsteilung verschwand zwar nicht, wurde aber zunehmend durch 'Gruppenarbeit' und der Ausgliederung in Subunternehmen (lean production) 'schlanker' gemacht. Der 'Sozialstaat', sein institutionelles System und die nationalstaatliche Regulierungsweise kollidierte mit dieser Entwicklung. Er wurde schlicht als anachronistisches Relikt verspottet.

Gegenwehr gab es kaum. Die Gewerkschaften waren (teilweise sind sie das heute noch) im Denken der vorangegangenen Dekaden verhaftet oder fielen auf die versprochenen Segnungen der neuen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft herein. Das Gerede vom Ende des industriellen Zeitalters vergaß, daß genau der verpönte Klassenkampf eine zentrale Voraussetzung für eine soziale Kohäsion war. Jetzt war wieder soziale Ausgrenzung angesagt.

Soziologisch vereinfacht gesagt hat sich das Bild von der fordistischen Zwiebel mit vergleichsweise wenigen Superreichen, wenigen Armen und einem dicken Mittelteil in eine Eieruhr verwandelt: In den untersten Teil sind die gefallen, die der kapitalistische Reproduktionsprozeß nicht mehr benötigt; darüber kommen die vielen ZeitarbeiterInnen, die sich unter immer härteren Umständen mit manchmal auch mehreren Tätigkeiten gerade über Wasser halten können; im dünnen Mittelsegment befinden sich die Facharbeiter und Angestellten, denen zunehmend die Arbeit abhanden kommt; und oben agieren die Geldvermögensbesitzer, die sich trotz einiger Belastungen als Modernisierungsgewinner verstehen. Die Einkommensschere geht weltweit immer weiter auseinander. Nur der Winkel ist noch unterschiedlich, die Tendenz aber die gleiche. Auf jeden Fall profitieren die 358 Dollar-Millionäre, die über mehr Geld verfügen als fast die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung, von dem Auseinanderklaffen der Schere.

Die soziale Frage wird wieder auf die politische Tagesordnug kommen.

Auf diese 358 Geldvermögensbesitzer können sich die Neoliberalen auf jeden Fall stützen. Heute aber müssen sie mit neuen schrillen Angeboten, dem rosa Bild von der uns allen beglückenden Informations- und Kommunikationsgesellschaft, eine neue Offensive starten. Die ist auch nötig, da inzwischen warnende Stimmen selbst in der konservativen Presse, die wahlweise die Gefahr sozialer Unruhen oder schwerwiegender ökologischer Probleme an die Wand malen, unüberhörbar sind.

Anspruch und Wirklichkeit des Neoliberalismus sind deutlich auseinandergetreten. Auch in der politischen Klasse wird nicht mehr unisono das Hohelied des unbeschränkt freien Kapitalverkehrs gesungen.

Es lassen sich zwei Fraktionen ausmachen: Der moderne Prototyp der Neo-Liberalen in dieser Republik heißt Guido Westerwelle. Mit einem schon bewundernswerten Dauergrinsen verkündet er gebetsmühlenartig die uralte Botschaft vom schwachen Staat und starken Markt, der alles richten werde. Seine Adressaten sind die Geldvermögensbesitzer, die ihr Geld in erster Linie im Finanzbereich machen.

Die andere Fraktion wird am ehesten von den sogenannten Landesfürsten repräsentiert. Edmund Stoiber, Gerhard Schröder und Kurt Biedenkopf tun alles, um ihr Land auf den transnationalen Wettbewerb zu trimmen. Dazu gehören Waffenexporte, der Besuch in der Oper mit Konzernchefs, das Einrichten von Eliteuniversitäten und Ausschütten von Subventionen an Firmen. Der Staat gewinnt in diesem Rahmen seine Bedeutung zurück. Es geht aber nicht mehr um die Festigung der 'Sozialpartnerschaft' der sechziger und siebziger Jahre, sondern um das Fitmachen für den weltweiten 'Wettlauf der Besessenen' (Elmar Altvater).

Sollte die Bundesrepublik nicht weiter in der Poolposition (erster Startplatz in der Formel I) stehen, steht eine dritte Fraktion auf Abruf bereit: die VertreterInnen eines nationalchauvinistischen oder regionalistischen Projekts, die in Frankreich mit der 'Front National' bzw. in Italien mit der 'Lega Nord' bereits an Bedeutung gewonnen haben.

In fast allen Ländern der Welt lassen sich inzwischen diese drei politischen Fraktionen ausmachen. So wird die dritte Fraktion in Indien vom Mikronationalismus der Hindus, in Brasilien von der Abspaltungsbewegung repräsentiert, die das südostliche Industriedreieck Sao-Paulo, Rio und Belo-Horizonte vom restlichen Brasilien abspalten will.

Im Unterschied zum 'fordistischen Akkumulationsregime' ist die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten auch für die interne Entwicklung zu einem bestimmenden Element geworden. Das führt zu dem zentralen Widerspruch, der nationalstaatlichen Politikern eine Gratwanderung aufnötigt. In der sich dynamisch aufbauenden transnationalen Weltmarktgesellschaft stehen die nationalstaatliche Integrationspolitik und die Förderung der ökonomischen Konkurrenzfähigkeit in fast allen Teilen im offenen Widerspruch zueinander.

Am härtesten spürten dies zunächst die nationalrevolutionären Bewegungen auf der südlichen Halbkugel. Der qualitativ neue Globalisierungsschub ab Mitte der siebziger Jahre entzog ihnen die Basis für eine nationale Entwicklung. Einige Jahre konnten sie sich noch dem östlichen Block an die Brust werfen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde der Kapitalismus wieder universal.

Auch die letzten, mit einem klassisch sozialdemokratischen Konzept angetretenen Regierungen in Frankreich und Spanien scheiterten Anfang der achtziger Jahre an diesem Widerspruch. Nationalstaatliche Regulierungsspielräume verschwinden zwar nicht, aber sie finden unter den Vorzeichen des 'Wettbewerbsstaates' (Joachim Hirsch) statt.

Diese 'Sachzwänge' mußten auch die Gesellschaften in Schweden und Östereich begreifen, die ihren 'Wohlfahrtsstaat' drastisch abbauen mußten.

Clubcard nur für VIP

▶ Bei der Frage nach der externen Seite des neoliberalen Projekts werden die qualitativen Veränderungen noch deutlicher. Schematisch lassen sich die Strukturveränderungen nach folgendem Muster abhandeln: In den fünfziger Jahren kam es zu einer Internationalisierung des Warenkapitals, die in den sechziger und siebziger Jahren durch eine Internationalisierung des produktiven Kapitals ergänzt wurde. Das an Bedeutung gewinnende zinstragende Kapital kam ab Mitte der siebziger Jahre dazu. Geld wird zunehmend selbst zur Ware. Heute besteht der zentrale Teil des Finanzmarktes aus einer Art elektronischem Hochgeschwindigkeitshandel mit Schuldscheinen oder anderen Optionspapieren.

Seit dem Ende der siebziger Jahre bis heute haben sich die Welthandelsumsätze etwa verdreifacht, während sich gleichzeitig die Devisenumsätze aber verachtfacht haben. Die Finanztransaktionen haben offensichtlich immer weniger mit dem klassischen Handel zu tun.

Die Speerspitze der Akteure sind dabei die Transnationalen Konzerne (TNK). Es geht nicht mehr wie vor zwei Jahrzehnten um den Handel, der ökonomische Interdependezen schafft. Direktinvestitionen in einer anderen Region dienen vielmehr dem Aufbau einer transnational integrierten Produktion. Ein Drittel des Welthandels entfällt inzwischen auf interne Transaktionen. Und jeder transnationale Konzern hat mittlerweile eine Finanzabteilung, die sich nicht nur um die Buchhaltung kümmert, sondern auch auf den 'Eurogeldmärkten' agiert. Selbstbewußt bezeichnet man sich als 'global player'. Sie haben ihre weltweiten Standorte in eine Art Netzwerkverbund zusammengefaßt. Wo die Forschungsabteilung sitzt, wo welches Modell oder Teil produziert wird und welche Unternehmensabteilungen ausgelagert werden, entscheidet sich in diesem Verbund. Das Verschwinden der Raum- und Zeitstrukturen ermöglicht auch Arbeitsteilungen neuerer Dimension. So kann eine Forschungsabteilung im Dreischichten-Rhythmus gefahren werden, wenn die bearbeitete Software auf drei Kontinenten rund um die Uhr zum selben Projekt bearbeitet werden kann.

Die Folge ist dabei aber nicht, wie in den Siebzigern noch vermutet, ein offenerer Weltmarkt. Im Gegenteil: Der Weltmarkt entwickelt sich immer mehr zum exclusiven Club, in der sich die Produktions- und Investitionsentscheidungen auf wenige Ländergruppen konzentrieren.

Die neuen Segmentierungen des Weltmarktes durch die Schaffung von Handels- und Wirtschaftsblöcken ist offensichtlich. Der nur scheinbare Widerspruch zwischen Vereinheitlichung und Fragmentierung bestätigt sich auch hier. Die Musik, sprich die ökonomischen Austauschprozesse, spielt innerhalb der großen kontinentalen Blöcke wie der EU oder dem ASEAN-Verbund. Die NAFTA und der Mercosur versuchen hier noch anzudocken.

Auch auf betrieblicher Ebene setzten sich die Konzentrations- bzw. Ausschlußprozesse fort. Die von den Neo-Liberalen gepriesene Deregulierung hat einen Fusionsboom ohne Ende ausgelöst. Sogenannte strategische Allianzen von TNK haben alles andere als mit den gepriesenen freien Märkten zu tun.

Ob es aber bereits ein neues Akkumulationsregime gibt, ist völlig offen. Begriffe wie 'Postfordismus' haben die Diskussion bisher eher vernebelt. Vorsichtig formuliert kann aber in folgender Richtung von qualitativen Brüchen gesprochen werden: »Die kapitalistische Weltökonomie erhält insofern eine historisch neue Qualität, als sie sich in einen von den nationalen Ökonomien abgehobenen immer mehr Eigenständigkeit gewinnenden Verwertungsraum verwandelt, von dem ein wachsender Anpassungsdruck auf die Teilsysteme, bis hinein in die kulturellen Wertvortstellungen ausgeht.« (Ziebura 1996, S.94)

So richtig es also ist, davor zu warnen, Globalisierung nur als Keulenschlagwort zu verwenden, so sind die negativen Folgen dieses sich ohne Frage verstärkenden Prozesses absehbar: die 'Wettbewerbsstaaten' sehen sich einer immer schärfer werdenden Konkurrenz ausgesetzt. Es geht um die Bereitstellung von verwertungsfreundlichen Produktionsbedingungen für 'meine' Region. In diesem Spiel gibt es viele Verlierer und wenige Gewinner. Die Staaten verlieren, da sie ökologische und soziale Standards immer weiter runter fahren müssen. Die Masse der Gesellschaft verliert, da sie immer weniger ihre Nachfrage befriedigen können. Die Realisierung der produzierten Waren ist gefährdet.

What's left? Die Linke könnte theoretisch wieder Oberwasser bekommen, da sich die Anzeichen mehren, daß sich das Projekt des Neo-Liberalismus selbst an die Wand fährt. Die soziale Frage wird wieder auf die politische Tagesordnug kommen. Allerdings ermöglicht dieser Befund seltsamerweise noch lange keine positiven Aussichten für einen neuen reformerischen Schub mit transnationaler Perspektive wie Ende der sechziger Jahre.

Die Linke knabbert noch an ihren negativen historischen Erfahrungen, unter anderem an ihren eigenen platten Formen des sogenannten Internationalismus. So kommen viele Linke und Ex-Linke nicht über ihren nationalen Begriffshorizont hinaus und haben daher Probleme, die neuen qualitativen Veränderungen im Weltmarktgeschehen zu erfassen. Der Unterschied zwischen dem fordistischen Akkumulationsregime und der heutigen Formation ist beträchtlich. Es gibt daher auch kein Zurück zu einer modifizierten, klassisch nationalstaatlich sozialdemokratischen Regulierung. Es existieren schlicht zu viele mächtige transnationale Akteure und Netzwerke. Implizit hoffen aber große Teile der parlamentarischen Opposition und Gewerkschaften doch wieder auf den gestärkten Nationalstaat. Die Nachkriegsgenerationen, nicht nur der Kanzler, haben ihr 'Wirtschaftswunder' im Kopf. Daß es auch einen 'Manchesterkapitalismus' gab und wieder geben kann, ist für sie schwer vorstellbar. Daher liegt auf den Gegenvorschlägen der parlamentarischen Linken oft ein Schleier von Mehltau.

Für die außerparlamentarische Restlinke stellt sich die Frage, ob sie, die sich nicht ausschließlich unter den hegemonialen Schirm der Standortdebatte stellt, nur noch ein historische Reminiszenz ist? Gibt es die Forderung nach Solidarität, Gleichheit und demokratische Selbstbestimmung nur noch in Chiapas? Nein, es gibt im weltweiten Beton der 'Sachzwänge' noch weitere Lücken, die größer werden könnten.

▶ **Georg Lutz** ist Mitarbeiter beim iz3w.

Literaturangaben

▶ Altvater, Elmar (1996): Globale Finanzinnovationen, privates Comutergeld und sozialisierte Schulden, in: PROKLA Nr. 103, Berlin.

▶ Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin/Amsterdam.

▶ Hübner, Kurt (1995): Normalität und Apokalypse, in: konkret 7/95, Hamburg.

▶ Keegan, Victor (1996): Highway robbery by the super rich, in: The Guardian, 22.7.1996, London.

▶ Krugman, Paul (1995): Globales Dorf – lokale Wirtschaft, in: der überblick, 1/95, Hamburg

▶ Neyer, Jürgen (1995): Das Ende von Metropole und Peripherie? Soziale Inklusion und Exklusion in der entgrenzten Weltwirtschaft, in: Peripherie Nr. 59/60, Berlin.

▶ Wiesenthal, Helmut (1996): Wer aber bestimmt die Spielregeln? Die Ambivalenz der Globalisierung - Fünf Bemerkungen zur Dimension des Welthandels, in: Frankfurter Rundschau, 23.7. 1996, Frankfurt/M.

▶ Ziebura, Gilbert (1996): Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke? Eine Problemskizze, in PROKLA Nr. 102, Berlin.



»Globalisierung ist Klassenkampf«

Interview mit Joachim Hirsch

In der von Joachim Hirsch vertretenen Regulationstheorie wird Globalisierung nicht als zwangsläufiges Durchgangsstadium der kapitalistischen Entwicklung begriffen, sondern als politisches Projekt. Gesellschaftliche Transformationsprozesse werden immer auch als Resultat von politischen Kräfteverhältnissen verstanden. Gleichzeitig wird so der Blick auf Handlungsspielräume linker und oppositioneller Bewegungen gelenkt, die Hirsch im folgenden Gespräch entlang der »demokratischen Frage« ausmacht.

Jörg Später: Was ist am Ende des 20. Jahrhunderts neu am Kapitalismus ?

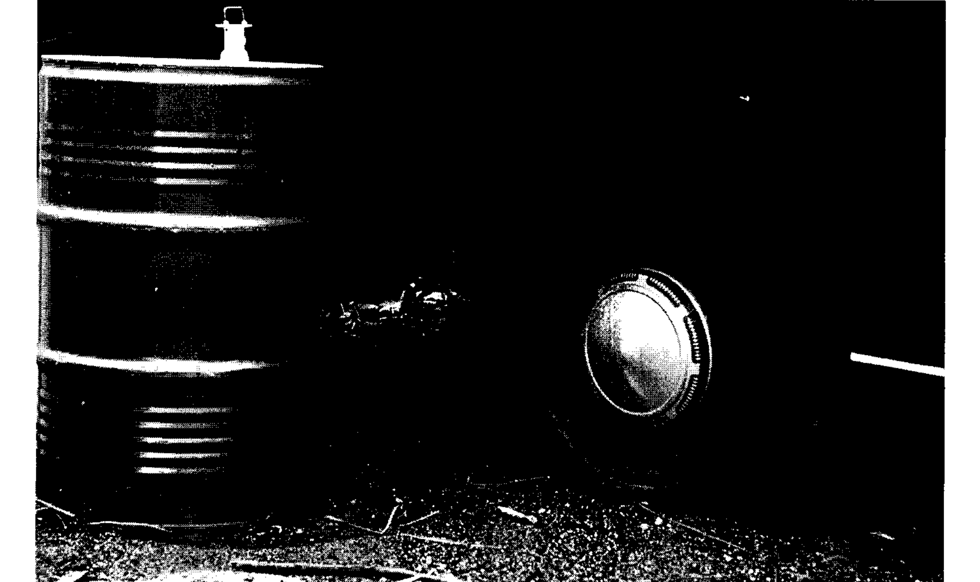
► Joachim Hirsch: Was nicht so ganz neu ist: Er befindet sich in der Krise. Aber der Typus der Krise ist neu. Im 20. Jahrhundert waren wir dominiert von einer Form des Kapitalismus, den man als Fordismus bezeichnen kann. Das war ein bestimmtes Regime von Produktion: Produktion von Massenkonsumgütern, wobei der Massenkonsum durch relativ starke Gewerkschaften und den Sozialstaat stabilisiert wurde. Es gab eine relativ egalitäre Einkommensverteilung. Den Fordismus kann man im Gegensatz zum Manchester-Kapitalismus als zivilisierten Kapitalismus bezeichnen. Die historischen Bedingungen dafür waren ziemlich komplex: zuerst natürlich die russische Revolution, aber auch die Kämpfe in den westlichen Staaten zu Beginn des Jahrhunderts, die in Niederlagen endeten, aber eine Konzessionsbereitschaft des Kapitals zur Folge hatten. Dieses Modell ist in den 70er Jahren in die Krise geraten, zunächst mal aus ökonomischen Gründen, weil sich die Produktivitäts- und Gewinnreserven erschöpft hatten. Aber auch der Wegfall der äußeren machtpolitischen Bedingungen, das Ende des Kalten Krieges, hat eine Rolle gespielt. Neu ist der großangelegte Versuch, durch eine Reorganisation des globalen Kapitalismus aus der Krise herauszukommen.

Wenn Sie sagen, es sei eine neue Qualität von Krise festzustellen, handelt es sich dann um mehr als den tendenziellen Fall der Profitrate?

► Der tendenzielle Fall der Profitrate ist keine ausreichende Krisenerklärung. Die Theorie ist nicht ganz falsch, aber der darin beschriebene Mechanismus spielt sich immer in einem historisch-politischen Kontext ab. Es sind also nicht nur ökonomische Größen am Werke, sondern auch Kräfteverhältnisse, politische Orientierungen, es geht um Kämpfe, Handeln, Personen. Als Hintergrund ist die Marxsche Theorie brauchbar, aber sie erklärt die Krisen nicht konkret. Der Fordismus zum Beispiel ist zwar schon dadurch in die Krise geraten, daß die Profitrate zurückgegangen ist, aber das entscheidende auslösende Moment der Krise war, daß die institutionalisierten Klassenkräfteverhältnisse nur beschränkte Spielräume für Kapitalstrategien zugelassen haben. Mit starken Gewerkschaften, einem institutionalisierten Sozialstaat und bestimmten Ansprüchen an Konsumniveaus lassen sich die Einkommensverhältnisse nicht einfach so verschieben, daß der Fall der Profitrate kompensiert werden könnte. Da bedarf es eines historischen Bruchs mit einer gesamten Gesellschaftsformation, und das macht die Besonderheit der Krise aus. Deshalb ist der Sozialstaat zwar nicht die Ursache, aber in gewissem Sinne ein Auslöser der Krise.

Krisenerscheinungen...

Photo: R. Maro/version



Diese Beschreibung ähnelt der von Thomas Ebermann und Rainer Trampert, die sagen: Dem Kapitalismus geht es im Prinzip ganz gut, wir haben es mit einer normalen Überakkumulation zu tun, und deshalb muß einfach eine Sanierung der Profitrate erfolgen. Von Globalisierung und neuen Formationen auszugehen, finden sie absurd.

► Das halte ich für falsch, wenn es auch Übereinstimmungen in der Argumentation gibt. Ihre These besagt: es ändert sich eigentlich nie etwas. Ich betone dagegen sehr stark, daß es wirklich unterschiedliche kapitalistische Formationen gibt, in denen sich die Klassenverhältnisse, die Produktionsbedingungen und damit auch die Möglichkeiten politischen Handelns dramatisch unterscheiden.

Und wie sehen sie im Zeitalter der Globalisierung aus ?

► Entscheidend sind zwei Punkte. Globalisierung heißt heute nicht einfach Ausdehnung des internationalen Geld- und Handelsverkehrs, sondern Internationalisierung der Produktion. Internationale Firmennetzwerke entstehen, die relativ flexibel an unterschiedlichsten Standorten der Welt produzieren können und diese Orte wechseln unter Umständen sehr schnell. Der Kolonialismus des 19. Jahrhunderts spielt keine große Rolle mehr, sondern die feinverzweigte Internationalisierung der Produktion.

Der zweite Punkt betrifft den Staat. Aufgrund der Internationalisierung der Produktion sind die Eingriffsmöglichkeiten für Nationalstaaten beschränkt. Das Charakteristische am 20. Jahrhundert: die nationale Akkumulation und Regulation, daß es also eine nationale Konjunktur-, Beschäftigungs- und Einkommenspolitik gab, ist am Auslaufen. In der

Zu den Theorien von Robert Kurz und Karl-Heinz Roth

► Mit der Veröffentlichung von Robert Kurz' »Kollaps der Modernisierung«[1] gelangte die »fundamentale Wertkritik« der Nürnberger »Krisis«-Gruppe zu einer breiteren Rezeption. Kurz interpretiert darin den Zusammenbruch des Realsozialismus nicht als Endsieg des Kapitalismus, sondern vielmehr als Vorboten eines Kollaps' des warenproduzierenden Weltsystems insgesamt. Weil im totalisierten Weltmarkt nur bestehen kann, wer auf der Höhe des international erreichten Produktivitätsniveaus arbeitet, bestehe das Problem für immer größere Regionen bzw. ganze Kontinente (Afrika) nicht in einer von Linken halluzinierten »neokolonialen Ausbeutung«, sondern vielmehr in deren Ausbleiben: Die Späteinsteiger in den Weltmarkt können den technologischen Vorsprung nicht einholen, werden niederkonkurriert und letztlich abgekoppelt. Doch die Weltmarktgewinner erlangen damit auch nur einen Pyrrhus-Sieg. Zum einen entfallen die weltmarktunfähigen Regionen als Absatzmärkte. Weil außerdem die Konkurrenzfähigkeit der »Sieger« auf hoher Kapitalintensität und der »Produktivkraft Wissenschaft« basiert, geht die betriebswirtschaftliche Vernutzung abstrakt-menschlicher Arbeitskraft zurück. Insbesondere in den angeblichen Zukunftstechnologien (Mikroelektronik etc.) entstehen keine nennenswerten Arbeitsplätze. Dies hat fatale Konsequenzen für das warenproduzierende System. Denn mit der »Abschaffung der Arbeit« wird die Substanz des Werts aufgehoben und damit das Fundament der auf Verwertung von Wert basierenden Gesellschaft untergraben. Das kapitalistische Rentabilitätsprinzip trägt sich damit selber zu Grabe.

Die Prosperität der Metropolen ist demnach nur eine scheinbare, die in Wahrheit auf »monetärer Simulation« durch Staatsschulden und Kreditsystem beruhe (als Beispiel ließe sich die Ex-DDR anführen, die wesentlich am Tropf der Transferzahlungen aus Bonn hing, weil der erhoffte marktwirtschaftliche take-off ausblieb). Da allerdings die produktive Basis am kollabieren sei, muß es früher oder später zum großen Finanz-Crash kommen.

Vor diesem Hintergrund machen Wiederbelebungsversuche des Klassenkampfes keinen Sinn, weil dieser sich ebenfalls auf dem Boden der Warenform bewegt und lediglich eine andere Verteilung oder Besitzstruktur einklagt. Statt dessen müsse eine Bewegung angestrebt werden, die sich die Aufhebung des warenproduzierenden Systems zur Aufgabe macht, in dem nur produziert wird, was betriebswirtschaftlich rentabel ist, also nicht die menschlichen Bedürfnisse, sondern die kaufkräftige Nachfrage entscheiden.

► In eine vollkommen andere Richtung weist die Diskussion, die Karl-Heinz Roth (Hamburger Institut für Sozialgeschichte) mit seinem Referat über die »Wiederkehr der Proletarität« auf dem KONKRET-Kongreß 1993 entfachte[2]. Roth geht davon aus, daß die Suche des Finanzkapitals nach neuen Verwertungsmöglichkeiten weltweit eine aggressive Umstrukturierung der Produktion in Gang gesetzt habe. Das neue Akkumulationsregime, das Roth auch als Toyotismus bezeichnet, werde von der Jagd nach billiger Arbeitskraft angetrieben. Toyotismus bedeutet radikale Deregulierung der Arbeitsmärkte und des Sozialstaats, Auslagerung der Produktion an Zulieferer und »Schwitzbuden« (just-in-time-Produktion), was auch eine »neue Selbstständigkeit« hervorbringe. Immer mehr Menschen fallen aus geregelten Arbeitsverhältnissen heraus und landen in vollkommen ungeschützten, »prekären« Arbeitsverhältnissen. Entscheidend ist, daß die Tendenz zur Reproletarisierung sich global vollzieht und der nationale Sozialstaat als Vermittlungsebene zwischen Kapital und Arbeit zunehmend entfalle. Die tendenzielle Nivellierung der weltweiten Klassenlagen verunmögliche die nationale Fixierung von sozialer Emanzipation und erfordere eine internationale Bewegung der Proletarisierten.

Anmerkungen:

1 Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie. Eichbaum Verlag, 1991.

2 Karl-Heinz Roth, Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken. In: Wolfgang Schneider, Boris Gröndahl (Hg.), Was tun? Über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik. Konkret Verlag, 1994.

Verbindung von Internationalisierung der Produktion und Deregulierung der Währungs- und Finanzmärkte ergibt sich eine neue Situation, in der es immer fraglicher wird, wie weit politische Kämpfe auf nationaler Ebene noch geführt werden können.

Das betrifft auch die Peripherie. Unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus wird dem Typus Nationaler Befreiungsbewegungen der Boden unter den Füßen weggezogen, weil es diese Nationalökonomien nicht mehr gibt und damit auch nicht die Möglichkeit, eigenständige Entwicklungen politisch durchzusetzen.

Globalisierung ist also zuerst ein ökonomischer Prozeß, dem ein Funktionswandel des Staates folgt ?

► Ja, wenn man Ökonomie als politische Ökonomie begreift, also nicht als einen technischen Vorgang, sondern als soziales Verhältnis. Heute müßte ich es eigentlich klarer ausdrücken und sagen: Globalisierung ist Klassenkampf. Globalisierung ist politisch gemacht worden um die ökonomischen Produktionsbedingungen zu verändern. Das Kapital war in den 70ern in der Krise, bis in die 80er hinein, und hat reagiert mit einer Globalisierungsoffensive, um eine neue Technologie, neue Produktionsbedingungen und eine neue internationale Arbeitsteilung durchzusetzen - das ist Klassenkampf. Das bezieht sich im wesentlichen auf die Ökonomie, die Staaten haben das nur gutwillig begleitet, teilweise auch widerwillig, aber es ist Handeln, dahinter steht eine Strategie und ein politisches Projekt.

Robert Kurz begreift das Kapitalverhältnis dagegen als subjektlosen Prozeß. Er geht davon aus, daß der Kollaps der realsozialistischen Staaten nur der Vorbote des Zusammenbruchs des westlichen Kapitalismus ist.

► Von der Theorie halte ich gar nichts, weil die realsozialistischen Staaten keine kapitalistischen Staaten waren und deshalb der Kollaps im Westen anders aussehen muß. Vom Kollaps des Kapitalismus zu reden ist ohnehin fragwürdig, weil sich der Kapitalismus durch eine ungeheure Flexibilität auszeichnet in der Reaktion auf sogenannte Herausforderungen, sei es die Natur oder die Arbeitskraft.

Kurz behauptet, der Wertproduktion ginge die lebendige Arbeit aus...

► Da konstruiert Kurz eine Linearität, die so nicht existiert. Man kann ja sagen, daß die Krise des Fordismus darin besteht, daß der

Anteil der lebendigen Arbeitskraft am Gesamtkapital zurückgegangen ist, also die Zusammensetzung des Kapitals sich geändert hat. Aber das heißt nicht, daß das nicht reversibel wäre. Und im Moment passiert genau das: Es wird versucht, die Arbeitskraft so billig zu machen, daß sie wieder beschäftigbar ist. Kurz verlängert einfach eine historische Periode, ohne die wirklichen Mechanismen zu betrachten, die dahinter stehen.

Ein anderes Moment in der Beschreibung des Globalisierungsphänomens ist die Entkoppelung des Finanzkapitals von der Produktion, ein Argument, das ja auch Ulrich Menzel mit seiner These von der Entstofflichung aufgreift.

► Das würde genaugenommen heißen, daß das Finanzkapital selbst Wert schöpft. Jeder halbwegs vernünftige bürgerliche Ökonom weiß, daß finanzielle Transaktionen an produktiven Vorgängen hängen. Warum bräuchten wir hier eine Standortdebatte, in der ja um die Bedingungen in der Produktion gerungen wird, wenn das Finanzkapital das Problem wäre ? Der Irrtum der Entkoppelungsthese speist sich aus der starken Zunahme der Finanztransaktionen, so daß der Eindruck entsteht, es sei ein eigenständiger Sektor. Der Hang, dort Gewinne zu machen, ist auch stärker geworden. Aber das hat seinen Grund in der Produktion: Die Möglichkeiten, im produktiven Sektor Gewinne zu machen, sind lange Zeit geschrumpft, so daß viel Kapital in die Spekulation abgewandert ist.

Kurz sagt, da wird eine falsche Rechnung aufgemacht, und weil die produktive Basis fehlt, wird irgendwann die wirkliche Rechnung präsentiert, und dann kommt der große Kladderadatsch.

► Die Rechnung wird auch präsentiert, aber die Frage ist, ob das im großen Kladderadatsch endet. Einer bezahlt immer für die Gewinne, und im Moment sind das die Arbeitskräfte in der Peripherie.

Ein wichtiges Argument bei Kurz ist die Annahme, es komme zum »Kaufkraftkollaps«.

► Das dürfte in der Tat ein Problem werden, weil die Sanierung der Krise im wesentlichen darauf hinausläuft, das Einkommen der Lohnabhängigen abzusenken im Vergleich zu den Gewinnen. Und dadurch entsteht ein Problem der Überproduktion. Durch die Rationalisierungen wachsen die Produktionskapazitäten und auf lange Sicht entsteht ein Absatzproblem, von dem ich nicht weiß, wie es gelöst werden kann. Und da zeigt sich ein Unterschied zur Krise der 30er Jahre, die mit einem Kaufkraftpush gelöst wurde, also durch Sozialstaat und Gewerkschaften, außerdem durch einen Militärkeynesianismus, also staatliche Rüstungsausgaben, die im Moment schwer zu legitimieren sind.

Sie würden keine Trennung zwischen Ökonomie, Politik und Gesellschaft vornehmen wollen?

► Man kann das zu analytischen Zwecken unterscheiden, muß sich aber der Grenzen bewußt sein. Es gibt keine Ökonomie außerhalb der Gesellschaft, außerhalb der Politik, da spielen auch Ideologien eine Rolle usw.

Was mich an Ihren Büchern wundert, sind die politischen Handlungsanleitungen, die immer auf die Analysen folgen; gerade, wenn Sie sagen, man kann diese Dinge nicht trennen.

► Die Handlungsanweisungen wundern wahrscheinlich, weil sie ein bißchen hilflos erscheinen. Theoretisch gesehen halte ich es für konsequent. Ökonomie ist nicht einfach ein Prozeß, der über die Individuen hinwegläuft, sondern sie gestalten das immer mit...

Also ist Kapitalismus kein Prozeß, der sich, wie Marx sagt, »hinter dem Rücken« der Individuen vollzieht...

► Doch, aber auch durch sie hindurch. Hinter ihrem Rücken, weil sie diesen Prozeß nicht richtig begreifen, aber ihn dennoch

... sind das tägliche Brot der Krisenmanager.



mitmachen. Der Kapitalismus würde nicht funktionieren, wenn nicht alle, bis hin zu den Leidtragenden, mitmachen würden. Und natürlich läßt sich das aufbrechen.

Man könnte ja auch fragen, warum sie mitmachen.

► Weil sie keine Alternative sehen und das ist ein strikt handlungstheoretisches Problem: Was sind die Bedingungen dafür, daß ich mir noch eine Alternative ausdenken kann? Wovon ich mich ganz stark abgrenze, sind alle objektivistischen Krisen- und Transformationstheorien. Ich glaube nicht, daß der Kapitalismus aus sich heraus zusammenbricht, ich glaube nicht, daß Revolution einfach passiert. Ich glaube, die passiert nur, wenn es ganz schwierige, komplizierte Prozesse gibt, die Verhältnisse zu transformieren und Gesellschaft kollektiv zu verändern. Das ist, in der traditionellen Trennung gesprochen, eine politische Frage, keine ökonomische.

Eine objektivistische Sichtweise könnte auch sagen: Die Revolution wird nicht passieren...

► Das ist die Crux dieser objektivistischen Sichtweise: Zu sagen, sie wird nicht passieren oder sie wird in jedem Fall passieren, ist eigentlich dasselbe. Man hat keinen Einfluß und kann abwarten.

Ihre Perspektive könnte man als voluntaristisch begreifen, weil aus der zunächst festgestellten Totalität das politische Feld als Handlungsterrain herausgenommen wird. Vernunft, die in dieser Totalität nicht vorhanden ist, wird dann eingeklagt.

► Es ist meine Überzeugung, daß es einen Voluntarismus geben muß. Und geschichtlich betrachtet gibt es ihn auch. Die russische Revolution ist nicht aus einer objektiven Notwendigkeit begonnen worden und erfolgreich gewesen, die französische auch nicht. Das waren Akte von Menschen, die der Überzeugung waren: Es muß auch anders gehen. Voluntarimus wird erst problematisch, wenn er gegen Bedingungen gerichtet ist, die zum Scheitern des Handelns führen müssen.

Bedingungen sind ausnutzbar oder auch nicht, darum geht es. Meine Überzeugung ist, daß Menschen aus freien Stücken handeln, auch wenn sich meine wissenschaftliche Arbeit darauf konzentriert, festzustellen, wo die Verhältnisse nicht frei sind und warum nicht. Ich tue das, um den politischen Freiraum, der da ist, deutlich zu machen und zu sagen: Man muß handeln. Ich würde das lieber als existentialistisch bezeichnen, in der Marxschen Tradition gibt es das ja auch.

Aber die von Karl-Heinz Roth beschworene »Wiederkehr der Proletarität« wird es nicht geben ?

► Im kommunistischen Manifest wird die Hervorbringung des Proletariats schlüssig begründet, und wenn man die Statistik ansieht, hatten Marx und Engels recht. Inzwischen ist der überwiegende Teil der Menschheit, selbst in den Metropolen, proletarisiert. Aber die Homogenisierung ist nicht eingetreten und die Verelendung auch nicht, und das ist ja mit dem Begriff der Proletarität immer verbunden.

Und Karl-Heinz Roth meint das ja sogar im internationalen Rahmen...

► Ja, und das ist absurd. Man sollte die aktuellen Strategien des Kapitals ernst nehmen, die auf Spaltung hinauslaufen. Globalisierung heißt ja nicht Vereinheitlichung, sondern Fragmentierung und Spaltung. Dieser Prozeß wird sich verstärken und ist nicht zu übergehen mit einem Voluntarismus im schlechten Sinne. Die spannende Frage ist doch: Wie kann man angesichts der Tatsache, daß sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten der Erde immer mehr unterscheiden, internationale Politik machen ?

Was sind denn angesichts des Bedeutungsverlusts der Nationalstaaten konkret die Möglichkeiten der »demokratischen Politik«, die sie immer an ihre Analysen hinten dranhängen ? Läuft ihre Strategie auf die »internationale Zivilgesellschaft« hinaus ?

► Mit dem Begriff habe ich meine Probleme, weil er ideologisch besetzt ist. Vielleicht könnte man mit dem Demokratiebegriff anfangen. Mit dem gibt es in linken Diskussionen immer Probleme, weil er als bürgerliche Demokratie, als politische Form der Sicherung der Klassenverhältnisse gesehen wird, was er ja auch ist. Aber diese Form der Demokratie, die wir als Linke immer angegriffen haben, ist am Sterben. Jeder weiß, daß demokratische Politik leerläuft, weil man in Bonn nicht mehr viel entscheiden kann, insofern als die Multis bestimmen. Gleichzeitig bekommen immer mehr Menschen das berechtigte Gefühl, auch angesichts der Unterhöhlung der Nationalstaaten im Prozeß der Globalisierung, nur noch Anhängsel einer Maschinerie zu sein, die sie absolut nicht mehr kontrollieren können - und da bekommt die demokratische Frage wieder eine neue Qualität. Es geht um den entscheidenden Punkt: Wer bestimmt eigentlich unser Leben ?

War das jemals anders?

► Nein, aber die Schärfe des Konflikts ist größer geworden. Es gibt Hinweise dafür, daß die demokratische Frage wirklich wichtiger geworden ist: Es ist kein Zufall, daß die Zapatistas in Mexiko die Demokratisierung zum zentralen Anliegen machen - nicht im Sinne eines demokratischen mexikanischen Staates, sondern indem sie sagen: Wir wollen die Selbstbestimmung der Menschen in ihrem alltäglichen Leben eingelöst haben. Zum zweiten denke ich, daß internationale Solidarität nur noch über diese Schiene hergestellt werden kann. Demokratie und Menschenrechte haben an Bedeutung gewonnen. Man kann das kritisieren, ich habe auch Bedenken, wenn es um Menschenrechte geht, aber vielleicht wird die demokratische Frage zur Frage der Zeit wie es die soziale Frage im 19. Jahrhundert war. Nicht, weil es die soziale Frage nicht mehr gäbe, sondern weil man die soziale Frage nur demokratisch lösen kann.

Eigentlich ist das doch schlimm: Die soziale Frage ist nicht gelöst worden, jetzt wird die demokratische Mitbestimmung abgebaut, und auf einmal ist es unsere Aufgabe, diese zu verteidigen. Bislang sah man Demokratie immer an eben jenen Prozeß gebunden, der die Selbstentfaltung der Menschen verhindert - die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft. Das ist doch eine sehr defensive Position.

► Es ist nicht defensiv, wenn man Demokratie »lernt«. Die Linke darf Demokratie nicht nur als bürgerliche Demokratie verstehen, sondern als das, was sie bei Marx ist...

...nämlich?

► Umfassende Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung der Menschen. Und um die Verhältnisse zu kämpfen, die das möglich machen, heißt unter unterschiedlichen Bedingungen auch Unterschiedliches. Das heißt hier in der formal noch einigermaßen demokratischen und rechtsstaatlichen Bundesrepublik etwas anderes als in Birma. Nur die Ziele sollten die gleichen sein, da kann man kooperieren, in Anerkennung der ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Und die soziale Frage ist nicht gelöst worden, weil sie nicht demokratisch gelöst wurde, z.B. in der russischen Revolution. Man könnte darüber spekulieren, ob das nicht das große Versäumnis war.

Das ist aber schon eine defensive Position, weil es nur um den Schutz des Individuums vor dem starken Staat oder vor dem Kapitalverhältnis geht.

► Das finde ich zu eingeschränkt. Demokratisierung hat nicht nur etwas zu tun mit einer rechtlichen Konfiguration, sondern auch mit der sozialen Lage. Wenn Menschen sich nicht demokratisch betätigen können, weil sie hungern, dann ist es eine der ersten Voraussetzungen, das abzuschaffen. Man muß den Demokratiegedanken radikalisieren und substantialisieren. Ich kann mir unter einer freien Gesellschaft gar nichts anderes vorstellen als eine, in der alle Menschen die Möglichkeit haben, aus ihrem Leben etwas zu machen, dies also kooperativ tun können, ohne von fremden Mächten daran gehindert zu werden. Eine befreite Gesellschaft kann nicht am Sozialprodukt pro Kopf gemessen werden, das ist nur eine Voraussetzung. Den Gedanken von Selbstbestimmung sollte die Linke stärker aufgreifen, weil aus vielen Teilen der Welt Menschen darauf Bezug nehmen, obwohl der Gedanken sooft gescheitert ist.

Das Gespräch führte Jörg Später.



► **Joachim Hirsch** ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Frankfurt. Zuletzt erschien von ihm das Buch »der nationale Wettbewerb. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus« (1995).



Der Tanz um das goldene Kalb
Globaler Wettbewerb und lokale Wettbewerbsfähigkeit

Beschleunigung im Standortwettbewerb — Photo: R. Maro/version

von **Elmar Altvater** und **Birgit Mahnkopf**

Anders als in den Zeiten der Kolonialisierung und des Imperialismus vollzieht sich die ökonomische Globalisierung heutzutage nicht mehr als räumlich-territoriale Expansion. Wenn das kapitalistische Wachstum keine Möglichkeit der räumlichen Ausdehnung findet, wendet es sich erstens nach innen. Es werden die Lebensräume kolonialisiert, also jene Refugien in den Prozeß der Globalisierung einbezogen, die für individuelle und soziale Identität so wichtig sind. Zweitens, und dies ist das eigentlich Neue an den Globalisierungstendenzen der letzten zwanzig Jahre, wird räumliches Wachstum durch Beschleunigung in der Zeit ersetzt. Im globalen Konkurrenzkampf um lokale Wettbewerbsfähigkeit, um »Standorte«, führt dies zu sozialer Desintegration und politischer Deregulation.

▶ Die modernen Techniken der Kommunikation, der Produktion und des Transports haben eine dramatische Beschleunigung allen Handelns *möglich* gemacht. *Notwendig* wird die Permanenz der Beschleunigung infolge des Konkurrenzdrucks der globalen Märkte. Die beinahe völlige Deregulierung der internationalen Finanzmärkte spielt dabei eine besonders fatale Rolle. Dort werden die historischen Zeiten zu Computer-Echtzeiten verdichtet, Ungleichzeitiges wird gleichzeitig gemacht, und Gleichzeitiges zu Ungleichzeitigem manipuliert. Unter den Bedingungen deregulierter, liberalisierter Märkte und extrem verkürzter Produktlebenszyklen wird »Zeitwettbewerb« zur kritischen Größe des Erfolgs am globalisierten Markt. Die Zeiten, in denen die Produktionsapparate inaktiv sind, erweisen sich als entscheidende Kostenfaktoren und müssen daher tendenziell auf Null gebracht werden.[1] Demgegenüber fallen die Arbeitskosten für jene Zeiten, die zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen aufgewandt werden, immer weniger ins Gewicht. Die Zeitsouveränität der handelnden Subjekte wird reduziert. In sozialer wie ökologischer Hinsicht haben die hohen Geschwindigkeiten der Veränderung pathologische Züge. Identitäten, etwa auf der Ausbildung von »Beruflichkeit« beruhend, können unter dem permanenten Anpassungsdruck nicht mehr entstehen. Daher spricht viel für eine *Verlangsamung*, also eine Bremsung der hohen Entwicklungsgeschwindigkeit und eine *Verkleinerung* der Reichweite der Bewegungen im Raum.

Gegenwärtig geschieht freilich genau das Gegenteil: Das Größenwachstum der Unternehmen und ihre organisationsstrukturellen Wandlungen hin zu temporären, mehr oder weniger lockeren Verbünden von Teams, Telearbeitern, Zuarbeitern und Zulieferern verweist auf die wachsende Bedeutung des *Zeitwettbewerbs*. Durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik verkürzen sich die Prozesse der Entscheidungsfindung innerhalb und zwischen den Unternehmen. Mit der Beschleunigung von Entscheidungen erhöht sich zugleich der Grad an Unsicherheit, verkürzen sich die Perioden der Sicherheit. Nirgends kommen die so erzeugten Instabilitäten deutlicher zum Tragen als bei der Zirkulation von Geldkapital. Doch auch im Bereich der Realökonomie hat Beschleunigung wachsende Instabilitäten zur Folge. Das »Diktat der Kapitalmärkte« führt dazu, daß sich die Unternehmen durch die »Brille der Börsen« wahrnehmen müssen. In ihren Zielbildungs- und Steuerungsprozessen rückt eine Erhöhung des Marktwerts des Unternehmens auf der Prioritätenliste nach vorn; Kosten und Erlösrechnung werden entsprechend gestaltet, und auch die Finanzberichterstattung zielt in erster Linie auf den Kapitalmarkt. Daß Unternehmen auch Betriebsstätten sind, in denen Menschen beschäftigt werden, die Einfluß in einer Region ausüben, eine Geschichte haben, wird zu einem ungenießbaren Gemisch, »Unternehmenskultur« genannt, verrührt oder in der »Standortdebatte« vermarktet.

Globaler Arbeitsmarkt

▶ In den Kalkülen der Unternehmenszentralen entsteht das Bild eines globalen Arbeitsmarktes mit der Folge, daß die Höhe der Arbeitskosten, das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer oder ihre jeweilige Produktivität als Ausdruck typischer Regulationsmuster behandelt werden, die von der Unternehmenspolitik zu optimieren sind. Es ist ein globaler Arbeitsmarkt entstanden, nicht nur für nicht oder wenig qualifizierte Arbeitskräfte, sondern

für die »Mandarine der Informationsgesellschaft« selbst. Der »Export von Arbeitsplätzen« und der Import von Arbeit finden nicht mehr nur im »low-tech«-Bereich, sondern auch in den »high-tech«-Sektoren statt. Emile Durkheim war weitsichtig, als er 1893 schrieb: »Die Arbeitsteilung wechselt nicht ihre Natur, weil man ihr eine Allgemeinbildung vorschaltet«. Das »Herkunftsland« eines transnationalen Unternehmens hat nicht mehr das selbstverständliche »Monopol« auf die Arbeitsplätze mit den höchsten Qualifikationsanforderungen. Die »alte Vorstellung« von den in Zukunft »blaupausenproduzierenden Metropolen« gerät ins Wanken, denn qualifizierte Programmiertätigkeiten, anspruchsvolle Schreibarbeiten und selbst kommunikative »Kernfunktionen« lassen sich per Satellit, Kabel oder Postdienst von überall her »transportieren« und so optimal gesteuert zusammenführen.

Gewerkschaftlich organisierbare Arbeitsplätze verschwinden.

So erklärt es sich, daß die ökonomische Globalisierung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen gleichgesetzt wird. Dort wo die Löhne im globalen Vergleich (zu) hoch bleiben, gehen am »Standort« Arbeitsplätze verloren, die zum Teil am anderen »Standort« gewonnen werden. Doch ist die Bilanz der Arbeitsplätze auf jeden Fall negativ. Denn der Transfer wird in Richtung jener Standorte vollzogen, an denen die Produktivität komparativ höher, also der Arbeitseinsatz pro Produkteinheit geringer ist. Dabei sind die Zahlen der verloren gehenden Jobs nicht nur quantitativ von Belang. Denn es verschwinden zumeist gerade jene Arbeitsplätze, die noch gewerkschaftlich organisierbar waren. Wohin die »guten Jobs« gehen, hängt heute vom »Wert eines Standortes« ab, wie ihn das Management in den globalen Unternehmensstrategien einschätzt.

Dieser Wert ergibt sich aber immer weniger aus traditionellen Faktoren, z. B. aus der Nähe zum Markt oder durch komparative Kostenvorteile, sondern durch bestimmte kombinierte Eigenschaften eines Standortes, die durchaus erzeugt werden können. Insbesondere elektronische Dienstleistungen können als »footloose industries« nahezu überall erbracht werden, wo entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte und die benötigte Infrastruktur vorhanden sind. Da diese Voraussetzungen heute schon in einer Vielzahl von Ländern wie Brasilien, China, Indien, Mexiko, Korea oder den Philippinen gegeben sind, deutet sich hier ein dramatischer Wandel an: die Möglichkeit eines »alte Hierarchien« zwischen Industrie und Entwicklungsländern mißachtenden totalen, den gesamten Globus einbeziehenden Wettbewerbs. Standorte zeichnen sich also weniger denn je durch ihre »natürliche« Faktorausstattung aus; die Ausstattung wird als »systemische Wettbewerbsfähigkeit« produziert. Daß dabei nicht alle »Standorte« erfolgreich sein können, ergibt sich schon daraus, daß es in der Konkurrenz nur wenige »Sieger«, aber viele »Verlierer« gibt. Doch an allen Standorten wird ein immer verrücktere Formen annehmender Tanz um das goldene Kalb der »Sankt Wettbewerbsfähigkeit« aufgeführt.

Dadurch gewinnen die Widersprüche der Globalisierung eine neue Qualität. Einerseits befördert der Prozeß internationaler Produktionsintegration die Spezialisierung von nationalen Arbeitsmärkten, weil die strategischen Standortvorteile eine größere »Humankapital-Komponente enthalten und weil lokale Standorte nicht mehr die ganze Bandbreite von physischen und sozialen Infrastrukturvorteilen aufweisen müssen, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Andererseits werden gerade durch die Spezialisierung lokaler Standorte innerhalb der Wertschöpfungskette von transnationalen Unternehmen spezielle Segmentationsmuster, die auf der Ebene der nationalen Arbeitsmärkte existieren, verstärkt, und es werden neue geschaffen. Damit verschärfen sich auch die Ungleichheiten zwischen den relativ sicheren und gut bezahlten »Kernarbeitsplätzen« (wo immer sich diese befinden mögen) und den im globalen System der Unternehmen weit verstreuten »peripheren Jobs«. Der »Fordismus« rigider Organisation in der Zeit und räumlicher Fixierung am Ort der Fabrik ist daher ebenso passé wie die nationalstaatliche Interventionspolitik zur Beschäftigungssicherung.

Der Zweck der Globalisierung von Unternehmen bleibt ganz traditionell die langfristige Erzielung einer Profitrate, die an die auf den globalen Finanzmärkten gebildete Zinsrate heranreicht. Anders als in der Phase des »*golden age*« der »Wirtschaftswunder« ist das gleichzeitige, wenn auch unterschiedlich starke Wachstum von Profiten und Löhnen heute eine Ausnahme. Die Steigerung der Profitrate geht auf Kosten der Bezieher von Lohn- und Gehaltseinkommen: An die Stelle des bipolaren Gegensatzes von Löhnen und Profiten tritt der *tripolare* Gegensatz zwischen Zinsen, Profiten und Löhnen. Der Gegensatz von Zinsen und Profitrate hat globale Reichweite und ist daher auf nationaler Ebene kaum zu regulieren; der Gegensatz von Profiten und Löhnen hingegen hat scheinbar immer noch eine nationale Dimension und daher machen sich alle Politiker für eine Begrenzung der Löhne stark, weil sie an die Zinsen nicht herankommen und der Gedanke, daran zu rütteln, ihnen im Zeichen des Neoliberalismus ferner liegt als der an eine Reise zum Mars.

Nicht nur, daß die Zinsen die »harte Budgetrestriktion« für jede reale Investition bilden. Sie sind obendrein Einkommen auf Kapital in Geldform, das in der liquiden Form zeitlich flexibler und räumlich mobiler ist als in Produktionsmitteln fixiertes oder zur Bezahlung der Arbeitskräfte vorgeschossenes Kapital. Daher rührt die Macht, mit der nun auch im Produktionsprozeß die Flexibilisierung und Globalisierung mit all ihren ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Konsequenzen erzwungen werden. Auf der Strecke der ökonomischen Globalisierung bleiben politische und soziale Errungenschaften, die in den Grenzen nationaler Räume durchgesetzt worden sind. Die historisch entstandenen sozialen Formen der Regulation von Arbeit und Lohn werden einem enormen Streß ausgesetzt. Soziale Standards waren so lange von Bedeutung, wie es eine glaubhafte oder vermeintliche Systemalternative jenseits des »eisernen Vorhangs« gab. Der »*Systemwettbewerb*« wurde tatsächlich mit attraktiven Lebensbedingungen geführt, und dazu gehörten an vorderer Linie die sozialstaatlichen Standards. Der *Standortwettbewerb* in der Geoökonomie hingegen wird nur noch mit Kosten und Preisen geführt. Das hat selbstverständlich viel damit zu tun, daß sich die Akteure der globalisierten Finanznetze aus der Gemeinschaft der Steuerbürger längst verabschiedet haben und die Solidarleistungen eines Wohlfahrtsstaats in der Regel nicht benötigen, da sie sich diese privat kaufen können. Wenn die Vergesellschaftung über das Geld und nicht mehr durch Arbeit und kommunikatives Handeln (durch »vita activa« hätte Hannah Arendt gesagt) hergestellt wird, wird der Gegensatz von Geldgesellschaft und Arbeitsgesellschaft strukturprägend als Fiskalkrise des Staates und als Krise des Wohlfahrtsstaats.

Gesellschaftliche Steuerungsformen

► Die Befolgung der Zwänge des globalen Wettbewerbs und die Versuche, Bedingungen der *Wettbewerbsfähigkeit* herzustellen, sind indes zwei Seiten in einem Spiel, in dem eine Zwickmühle geöffnet ist. Folgen die Akteure den kurzfristigen und immer aktuellen und daher drängenden Notwendigkeiten der globalen Konkurrenz, indem sie Kosten senken und alle überflüssig erscheinenden Lasten abwerfen, um sich zu »verschlanken«, dann werden die sozialen, ökonomischen und politischen »Fettpolster« verzehrt und abgehungert, die für den langen Atem der Wettbewerbsfähigkeit nicht nur der gerade anstehenden ersten Runde, sondern auf dem langen Parcours unabdingbar sind. Werden aber umgekehrt Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ergriffen, dann können diese kurzfristig sehr kostspielig sein. Unter den Erwägungen mikroökonomischer Rationalität mögen sie überflüssig erscheinen, so daß sie entweder ausbleiben oder die Kosten steigen via Staatsquote, sofern die Maßnahmen öffentlich finanziert werden. Dann aber erscheinen die Konkurrenten als unfaire Partner, die mit sozialen (oder ökologischen) Dumping-Maßnahmen einen Vorteil zu erringen versuchen.

Im globalen Wettbewerb mitzuhalten und Wettbewerbsfähigkeit an »Standorten« herzustellen, hängt von unterschiedlichen, zum Teil sogar widersprüchlichen Handlungslogiken ab. Im *Wettbewerb* geht es um Äquivalenz, bei der Herstellung von *Wettbewerbsfähigkeit* aber auch um Reziprozität. Das Äquivalenzprinzip bezieht sich auf den einzelnen Tauschakt, ist auf einen Zeitpunkt zugeschnitten. Das Reziprozitätsprinzip hingegen bezieht die Begleitumstände des Tauschakts ein, auch die Erfahrungen von Verträgen aus früheren Zeiten.

Es ist daher auf einen Zeitraum bezogen, hat folglich eine gesellschaftliche Dimension jenseits des Marktes. Die außermarktlichen (externen) Beziehungen, in die Unternehmen regional eingebettet sind, sind wesentliche Faktoren der Produktivität von produktiven Komplexen. So wird auch die in den am meisten deregulierten Gesellschaften des »atlantischen Kapitalismus« einsetzende Debatte über den »*stakeholder-capitalism*« verständlich: Nicht allein die »shareholder«, also die Anteilseigner, sondern alle, die von Unternehmensentscheidungen irgendwie betroffen sind, sollen Einfluß auf ökonomische Entscheidungen nehmen können: die Beschäftigten und die Gewerkschaften, Kunden, Konsumenten, lokale und regionale Gemeinschaften. Nur hat bereits die Erfahrung mit der Mitbestimmung in Deutschland gezeigt, daß es etwas anderes ist, über »stakeholder-capitalism« Seminare zu organisieren oder die Einflußmöglichkeiten der »shareholders« wirklich zugunsten der »stakeholders« zurückzudrängen.

Hier macht sich ein widersprüchlicher Zusammenhang zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Steuerungsformen geltend. Damit die Akteure auf globalen Märkten erfolgreich operieren können, müssen sie »am Ort« staatlich und zivilgesellschaftlich gestützt werden. Darin ist ein prinzipielles Problem eingeschlossen. Das dominante Steuerungssystem mit seiner Handlungslogik ist der Markt. Indem die anderen Steuerungssysteme - das politisch-administrative System, das Wissenschaftssystem oder das Netz der intermediären Organisationen der Zivilgesellschaft - für Marktprozesse instrumentalisiert werden, stehen sie immer unter dem Druck, ihre eigene Logik aufzugeben und sie den Marktprozessen anzupassen.[2] Damit aber wird die Spezifik der legitimierten politischen Machtausübung unterminiert. Der »*Wettbewerbsstaat*« gerät unvermeidlich in Legitimationsdefizite, wenn der Markterfolg ausbleibt. Auch die Mobilisierung der gesellschaftlichen Ressourcen ist dann schwierig, wenn sie vorrangig für den Markterfolg im internationalen Wettbewerb geschieht. Reziprozität wird dem Prinzip der Äquivalenz subsumiert. Auf diese Weise setzen sich auch Raum und Zeitkoordinaten durch, die nicht jene der gesellschaftlichen Netzwerke sind: schneller und räumlich ausgreifender, bis die Netzwerke reißen. Mit anderen Worten: durch Beschleunigung kann es zu einer Überdehnung jener gesellschaftlichen Netze kommen, die eine Vorbedingung dafür sind, daß die Beschleunigung überhaupt ertragen werden kann.

Standortwettbewerb

► Es werden an allen »Standorten« Anstrengungen unternommen, die extraökonomischen Produktivkräfte einer Gesellschaft in ökonomische Produktivitätsgewinne im globalen Konkurrenzkampf umzusetzen. Dazu wird die Kooperation von Unternehmen und Gewerkschaften, von Wissenschaft und staatlichen Institutionen verlangt. Diese ist nur durch sozialen Kompromiß zu erreichen, also durch eine Art »Gesellschaftsvertrag«, und der ist in kapitalistischen Marktgesellschaften wesentlich *Produktivitätspakt*. Während Adam Smith noch den »Wohlstand der Nationen« durch die Ausdehnung der nationalen und internationalen Arbeitsteilung gesteigert sah, wird dieser heute der erfolgreichen Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung zum Opfer gebracht. So haben sich die Zeiten in wenig mehr als 200 Jahren von der frühbürgerlichen zur spätbürgerlichen Phase gewandelt. Es ist nicht mehr so, daß der Wettbewerb dem »Wohlstand der Nationen« dient, sondern Gesellschaften werden durch Verzicht und Leistung zur Wettbewerbsfähigkeit formiert, um im Wettbewerb die Nase vorn zu halten, gleichgültig ob auf diese Weise das Leben im und durch den Wettbewerb besser wird.

Unter den Bedingungen einer zunehmend international integrierten Produktion gibt es keinerlei Garantie, daß Investitionen in die Verbesserung der Unternehmensprofile - was gemeinhin als »Standortpolitik« bezeichnet wird - für die nationale oder die regionale Ökonomie auch bleibende, zumindest längerfristige Vorteile mit sich bringen. Ob die getätigten »Investitionen« in den Standort sich am Ende auszahlen werden, entzieht sich der Macht regionaler und nationaler Akteure. Denn die Determinanten »systemischer Wettbewerbsfähigkeit« werden von der globalen Wirtschaft vorgegeben. Erst im globalen Vergleich erweist sich, wie hoch die Rendite aus produktiven Investitionen sein muß, wie niedrig die Löhne, wie hoch die Produktivitätsgewinne ausfallen müssen, damit ein Standort gehalten wird. Es kommt obendrein hinzu, daß die Normen der Wettbewerbsfähigkeit ständig nach oben geschraubt werden. Denn ein durch räumliche »Konkurrenzgrenzen« nicht mehr gebremster internationaler Wettbewerb der Standorte ist ein dynamischer Prozeß. Pausen zum Atemholen sind nicht vorgesehen, einen Zielpunkt, an dem sich die Kämpen der Standortkonkurrenz ausruhen könnten, gibt es nicht. Und da es so schwierig ist, auf allen Gebieten, die die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes beeinflussen, gleich erfolgreich zu sein, reduziert sich Standortpolitik häufig genug auf einige wenige beeinflußbare Variablen: in den Industrieländern mit ausgebautem Sozialstaat auf die Löhne und Gehälter einschließlich der Lohnnebenkosten. Damit werden Standorte gegeneinander ausgespielt. Dies ist jedoch ein höchst riskantes »Geschäft«. So kann eine Politik der Steuergeschenke das private Sparaufkommen erhöhen und ausländische Direktinvestitionen ins Land locken. Durch die negativen Folgen für die Qualität öffentlich finanzierter Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen kann dieselbe Politik schon in mittlerer Frist die Attraktivität eines Standortes, der gemäß den Unternehmensinteressen gerade »verbessert« wurde, erheblich verschlechtern. Gleiches gilt für Maßnahmen der Deregulierung von Arbeitsmärkten, die kurzfristig Unternehmen zur Ansiedlung »verlocken« mögen, aber möglicherweise den sozialen Frieden unterminieren und das Qualifikationsprofil senken. Die lokale Wettbewerbsfähigkeit kann also durch den Druck des globalen Wettbewerbs zerstört werden.

► **Elmar Altvater** lehrt am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin.
► **Birgit Mahnkopf** ist Politologin, Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin.
Der Text enthält Thesen, die ausführlich in ihrem gemeinsam verfaßten Buch: »Grenzen der Globalisierung - Politik, Ökonomie und Ökologie in der Weltgesellschaft«, August 1996, Verlag Westfälisches Dampfboot, diskutiert werden.

Anmerkungen:

1 Das ist schon von Marx bei der Analyse des »Zirkulationsprozesses des Kapitals« gezeigt worden, hat heute aber globale Dimensionen erreicht, die es zu Marx' Zeiten nicht gab.

2 Für das politisch-administrative System ist dies bereits von Max Weber festgestellt worden. Der Staat unterliegt den gleichen Effizienzkriterien und dem gleichen Rationalkalkül wie ökonomische Akteure, die Staatsagenten folgen der ökonomischen Logik.



Schoß der Heimat
Die Unbeweglichkeit großer Kapitalkomplexe

von **Thomas Ebermann** und **Rainer Trampert**

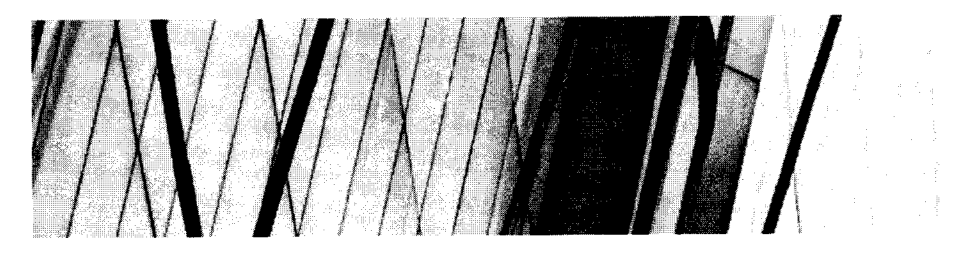
Warum Bayer vorerst in Leverkusen bleibt, Kohl mit DEUTSCHEN Industriellen nach China jettet und die Tibetaner nicht die Führung der US-amerikanischen Ölwirtschaft übernehmen dürfen – Thomas Ebermann und Rainer Trampert über gar nicht so neue globale Verhältnisse

► Ein wichtiger Baustein der neuen Staatstheorie, die das Absterben des Staates, das von der marxistischen Theorie erst in einer reifen sozialistischen Phase vorgesehen war, bereits im heutigen Kapitalismus realisiert sieht, ist die Annahme, Kapital verhalte sich so flüssig wie ein reißender Strom und sei deshalb an kein Staatsgebiet mehr gebunden. Nicht in Zweifel zu ziehen ist, daß sich die Mobilität von Kapital in seiner Geldform mittels moderner Kommunikationstechniken erheblich beschleunigt hat. Es ist sozusagen minutenschnell von einem Kontinent auf den anderen verschiebbar. Moderne Transportsysteme haben den Transfer von Kapital in seiner Warenform ebenfalls beschleunigt, wenngleich dieser langsamer und teurer ist als der Geldfluß. Gleiches gilt für die Werkshalle, die nicht so schnell wie Geld, aber immerhin relativ flexibel irgendwo hingestellt oder in Beschlag genommen und mit einfachen Maschinen bestückt werden kann. Viele industrielle und dienstleistende Kernbereiche sind allerdings so ortsgebunden wie die chinesische Mauer. Der dominante kapitalistische Sektor ist reichlich zähflüssig. Voluminöse Produktionsanlagen, Forschungszentren, industriell erzogene Arbeitskräfte, Marktgebundenheit oder die Nutzung von Agglomerationsvorteilen aller Art zwingen wesentliche Kapitalsegmente zu räumlicher Stabilität. Um sie herum gruppieren sich Bankhäuser, Versicherungspaläste und tausend Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe. Produktionsanlagen wechseln durchaus nicht beständig hin und her auf der Suche nach dem jeweils kostengünstigsten Standort. Viele Großbetriebe in solchen Staaten, die auf eine lange kapitalistische Tradition zurückblicken können, sind seit 150 Jahren mit der Marktausdehnung, der Infrastruktur und der Wissenschaft zu Fabrikanlagen gewachsen, in denen sich mehrere Kleinstädte verstecken können. Wollte Bayer sein Stammwerk in Leverkusen schließen, um es in Indien neu zu bauen, käme diese Maßnahme einem freiwilligen Ruin des Konzerns gleich.

Kapitalverpflanzungen solcher Größenordnungen wären schon finanziell nicht zu verkraften. Hinzu käme, daß die Fertigwaren kostspielig von Indien in den europäischen Markt eingeführt werden müßten, der Betrieb sich von mehreren tausend hochqualifizierten, industriell erzogenen und bestens eingearbeiteten Arbeitskräften trennen und sich von einer hochkarätigen Zulieferindustrie und Dienstleistungsumgebung lösen würde, die täglich abrufbar sein müssen: Werkstattdienste, High-tech-Wartung, Bankendienste, Bautrupps für allerlei komplizierte Spezialbauten, eingespielte Wissenschaftsdienste, Werbedienste, Giftentsorgung, willfährige Bürgermeister und Kommunalparlamente, sicherheitstechnische Spezialtransportunternehmen, schließlich eine allgegenwärtige Vergnügungsindustrie für die Zerstreuung der Beschäftigten. Andere kolossale Produktionszweige wie die Energiewirtschaft oder Raffineriesysteme sind allein wegen ihrer Marktgebundenheit nicht zu transferieren. Auch Kaufhäuser, Groß- und Kleinhändler sind marktgebunden. Aus der relativen Unbeweglichkeit großer Kapitalkomplexe und den operativen Weltmarktvorteilen erwachsen eine starke Bindung an den angestammten Nationalstaat, der Zwang zur forcierten Produktivitätssteigerung und das dringende Bedürfnis nach Ruhe an der Produktionsfront. Das Ausmaß, in dem Produktionsstätten mit ihrem Drumherum räumlich gebunden sind, entlarvt das Standortargument der Kapitalverbände als Propaganda, die nur noch von den linken Globaltheoretikern übertroffen wird. Selbst nach Aussagen des ehemaligen Industriechefs Tyll Necker können etwa 90 bis 95 Prozent des in Deutschland angesiedelten Kapitals nicht auswandern. Der Rest aber wird überwiegend auch durch größere Opfer der Belegschaften nicht zu halten sein, denn mit dem tschechischen Arbeiter, der sich für 300 DM im Monat anbietet, kann der deutsche, der allein 1200 DM Monatsmiete zu tragen hat, nicht konkurrieren.

Viele industrielle Kernbereiche sind so ortsgebunden wie die chinesische Mauer.

Kapital und Nationalstaat stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander und befinden sich nicht in einem Prozeß, der eine Seite dieses Verhältnisses zugunsten der anderen aufhebt. Die Geschichte des Kapitalismus ist



bis heute auch eine konkurrierender Nationalstaaten. Der relative Stand ihrer ökonomischen Entwicklung ist ein Barometer für den Aufstieg und Fall von Weltmächten. Ein Staat wird deshalb immer versuchen, »seine Wirtschaft gegen die schädlichen Auswirkungen des internationalen Wettbewerbs zu schützen, wenn sich dies als notwendig erweist« (Mattick 1974). Andererseits muß er »auf die Wiederherstellung einer automatisch oder in anderer Weise integrierten Weltwirtschaft hoffen oder hinarbeiten« (ebd.). Wieviel Einsatz für die Weltwirtschaft und wieviel für separate Interessen geleistet wird, wechselt mit den Notwendigkeiten. »Solange alles gut geht«, schrieb Marx, »agiert die Konkurrenz, wie sich bei der Ausgleichung der allgemeinen Profitrate gezeigt, als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des eingesetzten Loses, die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um eine Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder einzelne soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem anderen auf den Hals zu schieben...wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen hat..., wird dann zur Frage der Macht und List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und dem der Kapitalistenklasse macht sich dann geltend, ebenso wie vorher die Identität dieser Interessen sich durch die Konkurrenz praktisch durchsetzt.« (Marx 1963)

Unbestritten üben Kapital- und Warenverkehr einen Zwang auf Nationalstaaten aus. Kapital siedelt sich, soweit es flexibel ist, sowohl nach Profit- als auch nach Sicherheitserwägungen an. »Die gewinnträchtigsten Wirtschaftsregionen ziehen«, sollten sie gleichzeitig politische Stabilität und Sicherheit gewährleisten, »das meiste Kapital an und ermöglichen dadurch noch höhere Profite. Dies vermindert die Wettbewerbsfähigkeit der weniger produktiven Länder, die damit noch ärmer an Profitmöglichkeiten werden« (Mattick 1974). Ein Land mit höherer Produktivität übernimmt aus dem Verliererland Warenproduktion und Beschäftigung, während dieses sich verschuldet. Daraus folgt nicht die Angleichung der Nationalstaaten, sondern ihre Ausdifferenzierung in abhängige und dominante.

Globales Kapital fördert nicht das Absterben der Nationalstaaten, sondern benötigt sie. Je globaler das Kapital operiert, desto wichtiger wird ein starker Staat als Basis. Ein wesentlicher Faktor für den globalen Erfolg ist die enge Verknüpfung der Wirtschaft mit der militärpolitischen und diplomatischen Potenz des Heimatstaates. Daimler wird sein Stuttgarter Werk um nichts in der Welt Japanern überlassen, geschweige denn die Zentralverwaltung. Die US-amerikanische Mineralölwirtschaft wird sich nicht einer tibetanischen Führung anvertrauen. Wenn Helmut Kohl China einen Besuch abstattet, begleiten ihn 50 deutsche Industrielle und Finanzmakler, aber kein Japaner. Schließlich soll Kohl mit der chinesischen Regierung Verträge abschließen, die es deutschen Unternehmen erleichtern, dort Fuß zu fassen. Bei jeder Expansion - nicht nur der militärischen - ist Staatspolitik im Spiel. Deshalb werden transnationale Konzerne zwar überschüssiges Geld über die Erde verstreuen, dort Anlagen bauen, wo sie den Markt bedienen wollen, einem geschwächten Konkurrenten Betrieb und Markennamen abkaufen, um eigene Marktchancen zu verbessern, sie werden auch in eingeschränktem Rahmen Abteilungen ausgliedern, aber nie werden sie die kumulierten Vorteile im Stammland aufgeben zugunsten unkalkulierbarer Risiken. In keinem Fall haben transnationale Konzerne wegen eines neuen Marktes in China oder anderswo ihren nationalen Standort aufgegeben. Offenbar ziehen sich in Krisenzeiten selbst Spekulanten mit ihrem Geld in den Schoß der Heimat zurück. Die Finanzwelt nennt dieses Phänomen »homing instinct«. 1987 wurde der Kursverfall unter anderem damit begründet. Mandel/Wolf zitieren die »Financial Times«, die davon sprach, daß »panische ausländische Investoren sich in ihre vertraute Umgebung der eigenen heimischen Märkte zurückzogen«. Die Verschmelzung von Kapital und Nationalstaat beruht auf einer materiellen Basis, die Paul Mattick so beschreibt: »Jedes kapitalistische Unternehmen und jedes kapitalistische Land versucht, sein eigenes Kapital auszudehnen - wenn nötig auf Kosten anderer Unternehmen und Länder.« Nationalstaat und nationales Kapital lassen sich genausowenig trennen wie schaffendes und raffendes Kapital. »Die Regierung ist nicht mehr nur der politische Ausschuß der Kapitalistenklasse. Ihre wirtschaftlichen Interessen sind vielmehr so eng mit denen der Kapitalisten verknüpft, daß Regierungs- und Unternehmenspolitik ein und dasselbe sind.«

Globales Kapital fördert nicht das Absterben der Nationalstaaten, sondern es benötigt sie.

Die Bindung des transnational operierenden Kapitals an einen Nationalstaat ergibt sich auch aus der Notwendigkeit, eine verläßliche Militärmacht im Rücken zu haben. Zwar gibt es Phasen wie die der »Blockkonfrontation«, in denen eine grundlegende Übereinstimmung der kapitalistischen Nationen, eine stellvertretend für alle handelnde Militärmacht und ein reibungsloser Aufschwung die Akkumulation auch in einem Land erlauben, dem eigene Militäreinsätze nicht möglich sind bzw. das über ein hohes Bedrohungspotential nicht verfügt, doch wenn nur eine dieser Voraussetzungen fehlt, macht sich bemerkbar, daß ein nicht kriegsfähiger Imperialismus nur ein amputierter ist. Das erweist sich schon im einfachen Tagesgeschäft. An dem Putsch in Chile hatten die United Fruit Company, einige US-Kupferkonzerne und der Staat USA gleichermaßen Interesse. Es galt, Geschäfte zu sichern, die Versorgung der USA billig zu halten und die Ausbreitung von Ideen, die der eigenen Staatsphilosophie zuwiderliefen, abzuwürgen. Der Putsch ist Sache des Nationalstaates, der seine Geheimdienste, Diplomaten, Militärsachverständigen mobilisiert und - schon in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft - die Putschisten mit Waffen versorgt. Das Abräumen von Mineralstoffen und Früchten, von denen auch die Einwohner der USA profitieren, ist dann wieder Sache der Konzerne, die ihren Staat mit Steuern füttern. Beide ergänzen einander: Der Staat hängt am Tropf der Ökonomie, die Ökonomie ist stark durch den Staat, der ihr die Basen sichert.

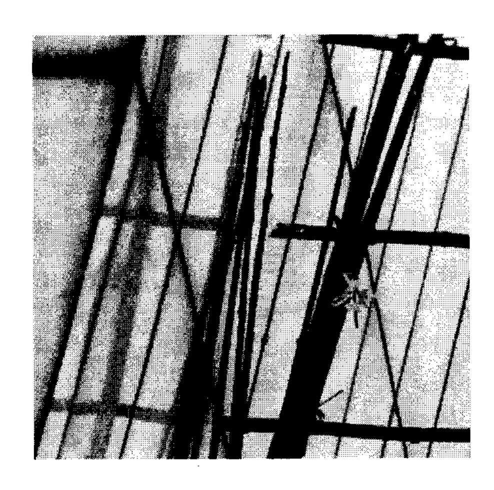
► **Thomas Ebermann** und **Rainer Trampert** leben in Hamburg und schreiben unter anderem für KONKRET. Der Text ist eine Zusammenstellung von Passagen aus ihrem Buch »Die Offenbarung der Propheten. Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft«, das 1995 im Konkret Literatur Verlag erschienen ist (DM 39,-).

Literaturangaben

► Mandel, Ernest / Wolf, Winfried (1989): Cash, Crash & Crisis - Profitboom, Börsenkrach und Wirtschaftskrise, Hamburg

► Karl Marx (1963): Das Kapital Band III (MEW 25), Berlin

► Mattick, Paul (1974): Marx und Keynes. Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems, Frankfurt/M.



Zeitschriften
zum Themenschwerpunkt

Entgrenzt und entstofflicht

▶ Die neue Qualität des kapitalistischen Weltsystems sieht die *Peripherie*-Redaktion in der zunehmenden Infragestellung der gesellschaftlichen Grundlage nationaler Staatlichkeit sowie im Umbruch des kapitalistischen Akkumulationsprozesses auf globaler Ebene.

Ulrich Menzel versucht mit hochverdichtet aufbereitetem empirischem Material die Entgrenzung und Entstofflichung der Weltwirtschaft bis zur völligen Abkoppelung des Tauschwertes vom Gebrauchswert der Waren nachzuweisen; für ihn ist an Stelle der alten Bipolarität im kapitalistischen Weltsystem eine Dreiteilung in postmoderne Dienstleistungsgesellschaften im Norden, neue Zentren der »stofflichen Ökonomie« in Ost- und Südostasien und einem völlig abgehängten »Rest« absehbar. Der Nationalstaat habe dabei »schlicht seine Souveränität an den Markt abgetreten«.

Dieser Sichtweise widerspricht Robert Kappel, welcher in einer fachterminologisch gesättigten Tour de Force durch neuere handels- und standorttheoretische Ansätze vorhandene Handlungsspielräume für nationalstaatlich gesteuerte Aufholstrategien im Süden aufzuzeigen versucht. Auch Wolfgang Hein hebt auf die Herausbildung neuer industrieller Distrikte und Akkumulationskerne bei gleichzeitiger sozialer und ökonomischer Polarisierung im Prozeß der globalen Ausdifferenzierung ab, die er vor dem Hintergrund des Übergangs von fordistisch geprägten zu noch nicht genau auszumachenden postfordistischen Regulationsformen diskutiert. Einen besonderen Stellenwert als globale politische Kraft haben für ihn dabei NRO.

▶ *Peripherie 59/60 (Dez. 1995), 13 DM. Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin*

Money makes the world go round

▶ Mit den Theorien von Marx und Keynes gerüstet – den einzigen »relevanten Alternativen zur (neo-)klassischen Verharmlosung der ökonomischen Bedeutung des Geldes« – versucht *Prokla,* die *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft,* monetäre Probleme in der neuen wirtschaftlichen Entwicklung zu beleuchten.

Michael Heine und Hansjörg Herr knüpfen an der Geldtheorie Keynes an. Die quantitativen und qualitativen Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten werden als Veränderungen innerhalb des Vermögensmarktes interpretiert, die sich negativ auf Produktion und Beschäftigung auswirken. Die Autoren gehen von einer Hierarchie der Märkte aus, an deren Spitze der Vermögensmarkt stehe, der den Güter- und Arbeitsmarkt dominiere: von einer »strikten Kopplung« zwischen Prozessen auf den verschiedenen Märkten. Mit diesem keynesianischen Paradigma könne die (auch in der marxistischen Theorie vertretene) These von der Entkoppelung realer und monetärer Akkumulation zurückgewiesen werden – eine Auffassung, die in dem Artikel von Robert Guttmann »Die Transformation des Finanzkapitals« vertreten wird.

Guttmann geht von einer Schlüsselrolle der Regulierung des Geldes für den Wachtumsprozeß kapitalistischer Ökonomie aus. Mit der veränderten Rolle des Geldes durch neue Geldformen (elektronisches Geld) gehe eine Deregulierung des Geldes einher. Diese führe über Veränderungen des Kreditsystems zu einer Verletzlichkeit der Finanzmärkte und einem raschen Wachstum des »fiktiven Kapitals«. Als Folge ergebe sich eine Gefährdung der Stabilität des Wirtschaftssystems, der mittels einer den Veränderungen adäquaten monetären Regulation begegnet werden müsse.

▶ *Prokla 103 (Juni 1996), 18 DM. Bezug: Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstraße 26a, 48145 Münster*

Konkurrenten

▶ Mit zwei Aufsätzen thematisiert auch die Zeitschrift *Die Beute* jüngste Erscheinungen der Weltökonomie und -politik.

Angesichts des Eifers oppositioneller Kräfte, den Neoliberlismus als das Böse schlechthin zu bekämpfen, bemüht sich der Berliner Ökonom Kurt Hübner um eine inhaltliche Präzisierung des Begriffes. So ist es wesentliches Kennzeichen dieser reinen Marktwirtschaft, die Rolle des Staates auf eine Nachtwächter- und Garantiefunktion zurückzuführen. Der Neoliberalismus ist daher nur eine Spielart des Kapitalismus, der Widerstand gegen ihn also nicht per se antikapitalistisch.

Gleichwohl müsse die Strategie des Neoliberalismus kritisiert werden, da sie makroökonomisch gescheitert sei und eine enorme Umverteilung bewirkt habe. Unter den Bedingungen einer sich globalisierenden Ökonomie werde sich die Dynamik des Neoliberalismus jedoch abschwächen: »Werden nämlich mit zunehmender globaler Mobilität aller funktionellen Formen des Kapitals die politisch definierten Verwertungsräume gegeneinander austauschbar bzw. beliebig kombinierbar, dann bedürfen die nationalen Räume einer auch politisch betriebenen Attraktivitätssteigerung, um das globale Kapital (...) in diesem Raum zu halten oder anzuziehen.«

Die These von der Entwicklung hin zu »nationalen Wettbewerbsstaaten« vertritt auch Joachim Hirsch in einem nachgedruckten Vortrag über die Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems. Die Gestalt der »neuen Weltordnung« sei geprägt vom Sieg des Kapitalismus: Einerseits habe er sich globalisiert, andererseits in mehrere scharf konkurrierende Zentren gespalten.

Der Beutezug des Kapitals wird sich also auch dann fortsetzen, wenn Grüne, Dritt-Welt-Aktivisten und Bayerns Stoiber dem Neoliberalismus Einhalt gebieten können. Die Funktion des wiederbelebten Staates in der globalisierten kapitalistischen Ökonomie besteht nämlich darin, die Gesellschaft auf die Bedürfnisse zuzurichten und dem Kapital optimale Verwertungsbedingungen zu bieten. Die alternativen Mitglieder der Deutschland GmbH und ihre zapatistischen Genossen werden weiterhin objektive Konkurrenten auf dem Weltmarkt bleiben.

▶ *Die Beute. Zeitschrift für Verbrechen und Politik 2/1996, 16 DM. Bezug: Postfach 100624, 60006 Frankfurt*

Eine Welt Wirtschaft

▶ Dem hehren Anspruch folgend, »den Kapitalismus wieder kritisierbar zu machen«, setzt sich die *ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* seit einigen Monaten mit der derzeitigen Verfaßtheit der Weltökonomie auseinander. Die Reihe »Eine Welt Wirtschaft« wurde mit einem Schwerpunktheft eröffnet (Nr. 191), in dem neben einigen Länderbeispielen die wirtschaftliche Entwicklung seit 1945, die Situation von Frauen, Ideologisierungen der kapitalistischen Verhältnisse sowie mögliche Träger von Widerstand analysiert wird. Seitdem folgen in jedem Heft weitere Beiträge, die die theoretische Auseinandersetzung nicht unbedingt voranbringen, durch den Bezug auf die konkrete Situation in lateinamerikanischen Ländern aber soziologisch-geschwätzigen Mega-Theorien einen Riegel vorschieben.

▶ *ila – zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, 8 DM. Bezug: Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205, 53111 Bonn*

Weitere Zeitschriften

▶ *Krisis 18, beiträge zur kritik der warengesellschaft, Horlemann-Verlag, 1996, 155 Seiten, 16 DM*

▶ *Lateinamerika Nachrichten 266/267, August/September 1996; Themenschwerpunkt: Glanz und Elend im Neoliberalismus. 8,50 DM*

▶ *links 302/303, Juli/August 1995; Themenschwerpunkt: Politik Global, 13 DM*

▶ *Spezial 103, Juni-Sept. 1996, 16 DM. Bezug: Verlag Andere Seiten, Hintere Schöneworth 11, 30167 Hannover (Kurzrezension siehe S. 45).*



Daß der Bann sich löse

Globaler Kapitalismus und Krisenbegriff

von **Martin Janz**

Die neueren Theorien zur Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften teilen die Einschätzung, daß sich seit Beginn der 70er Jahre der Nachkriegskapitalismus in einer Krise befindet. Von dieser scheinbar eindeutigen Diagnose ausgehend werden Krisenlösungsstrategien unterschiedlichster Art entworfen. Doch was ist das eigentlich, die Krise des Kapitalismus? Im folgenden der Versuch einer begrifflichen Präzisierung.

► Es ist sicherlich kein Zufall, daß der Gebrauch des Wortes Krise im 18. Jahrhundert aus dem Kontext der medizinischen Fachsprache in den allgemeinen Sprachgebrauch übergeht und sich im Sinne von »entscheidende, schwierige Situation« durchsetzt. Wie ja auch der Begriff des Wirtschaftskreislaufs im 17. Jahrhundert von dem Physiokraten Quesnay in die Wirtschaftstheorie eingeführt, der Medizin entliehen ist. Mit der Übertragung medizinischer Terminologie in den gesellschaftlichen Kontext ist der heute ebenso häufig wie unreflektiert verwendete Begriff der Krise bereits zu Beginn des Kapitalismus virulent.

Wann jedoch befindet sich der Kapitalismus in der Krise? Wenn weltweit 500 Mio. Menschen arbeitslos sind oder erst bei 820 Mio.? Oder sind die Arbeitslosenzahlen in den OECD-Staaten aussagekräftiger? Fängt die Krise dann bei 20 Mio. oder erst bei 36 Mio. Erwerbslosen an? Ist es ein Ausdruck der Krise, wenn ein bedeutendes Bankhaus Pleite macht, wie 1995 Barings? Oder muß ein Börsen-Crash schon auf einen Freitag den 13. fallen, um an den »schwarzen Freitag« von 1929 zu erinnern? So geschehen im Oktober 1989, als der Dow-Jones-Index um 6,7% purzelte. Oder befindet sich der globale Kapitalismus dann in der globalen Krise, wenn der Sozialstaat abgebaut wird? Oder wenn die »Dritte Welt« abgekoppelt wird? Oder wenn die Verschuldung der Entwicklungsländer oder aber der USA ins unermeßliche steigt? Oder kann erst dann von Krise gesprochen werden, wenn die ökonomische Krise von einer Reihe weiterer Krisen begleitet wird: der ökologischen, sozialen, politischen, ethischen oder psychologischen?

Was auf empirischer Ebene bereits reichlich unklar bleibt, klärt sich auf der theoretischen nicht im geringsten. Sämtliche Theorien zur Entwicklung kapitalistischer Gesellschaft, auch die hier zur Diskussion stehenden neueren Arbeiten, gehen davon aus, daß der Kapitalismus sich in einer Krise befindet. Der krisenhafte Verlauf wird jedoch unterschiedlich bestimmt. Je nach Standpunkt wird davon ausgegangen, daß sich zur Zeit ein bestimmtes Akkumulationsmodell - das fordistische - auflöse und von einem neuen abgelöst werde (J. Hirsch); daß sich der Kapitalismus in seiner finalen Krise befinde und demnächst zusammenbrechen werde (R. Kurz); daß es dem zur Zeit die Profitrate sanierenden Kapitalismus eigentlich ganz gut gehe (Ebermann/Trampert); daß eine Entstofflichung der Ökonomie stattfinde, was einen weltweiten Dualismus von entstofflichter Dienstleistungsökonomie der Metropolen einerseits, stofflicher Produktionsökonomie in den Billiglohnländern andererseits nach sich ziehe. Der Rest werde abgekoppelt (Menzel).

Ein leichtes wäre es, die eine durch die andere Theorie zu widerlegen. Über den gemeinsamen Gegenstand der Theorien kapitalistischer Entwicklung ließe sich so in Erfahrung bringen, daß es sich um einen in sich widersprüchlichen handeln muß. Je nach politischer Vorentscheidung kann er als »radikaldemokratisch« reformierbar dargestellt werden (J. Hirsch); oder die systemsprengende Wirkung eines angeblich jenseits von Markt und Staat angesiedelten »dritten Sektors« gemeinschaftlicher Selbsthilfe von »Non-Profit-Organisationen« (R. Kurz) postuliert oder an der Perspektive der revolutionären Aufhebung durch ein »neues Proletariat« (K.H. Roth) festgehalten werden. Doch egal ob NGOs, NPOs oder das neue Proletariat als Subjekt gesellschaftlicher Veränderung herhalten müssen: die »Folie«, auf der Kapitalismus reflektiert wird, ist jeweils dieselbe. Alle angesprochenen Theorien bewegen sich auf dem Fundament der Krisen- und Zusammenbruchstheorie, die vor einhundert Jahren unter der Fragestellung »objektive Entwicklungstendenz des Kapitalismus und revolutionäres Subjekt der Geschichte« als Revision der Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx entstand.

Am Anfang war die Revision

► Angesichts der Verwertungskrise Ende des letzten Jahrhunderts, die 1873 beginnt und mit zwei kurzen Augenblicken des Aufschwungs bis 1895 andauert, unterzieht Bernstein die Marxsche Ökonomiekritik einer Revision. Sein Ausgangspunkt ist das »politische Testament« von Friedrich Engels[1], in dem

dieser rückblickend ein politisches Fehlurteil eingesteht. Marx und er hätten in der Zeit der 48er Revolution die Möglichkeit, die kapitalistische Produktionsweise durch proletarische Revolution zu überwinden, zu positiv eingeschätzt. Bernstein greift dieses Zugeständnis einer politischen Fehleinschätzung auf und folgert daraus, die Marxsche Ökonomiekritik müsse einer theoretischen Revision unterzogen werden.

Die sich hieraus entwickelnde Theoriedebatte, an der neben Bernstein v.a. Karl Kautsky beteiligt ist, befaßt sich mit dem scheinbar bevorstehenden Ende der kapitalistischen Gesellschaft und dem nahenden Übergang zum Sozialismus. Während insbesondere Kautsky den von Marx und Engels als »historische Tendenz« bezeichneten Übergang zum Sozialismus in ein »unvermeidliches Naturgesetz« umwandelt, streitet Bernstein diese Notwendigkeit ab. Aus der Erfahrung des historischen Augenblicks beschreibt er die Möglichkeit zur »Selbstregulierung« des Kapitalismus. Die Einführung von internationalen Kartellen und Trusts, verbesserten Verkehrsbedingungen, Krediten wie auch das Aufstreben der arbeitenden Klasse, sind Bernstein zufolge Entwicklungen, die die inneren Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie mildern. Sie seien Zeichen dafür, daß ein regenerierter Kapitalismus entsteht, der aus den alten Fehlern der Konkurrenzwirtschaft gelernt hat und, nun fähig zur Selbstregulierung, möglicherweise unbegrenzt überdauern kann. Am Ende der »großen Depression« steht mit der einsetzenden Prosperität somit nicht nur ein neuer Typ kapitalistischer Akkumulation, sondern ebenso ein neuer Typ marxistischer Theoriebildung. Die Kritik der politischen Ökonomie, mittels derer Karl Marx nicht nur das »ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft« enthüllte, sondern vielmehr zugleich den Zusammenhang von objektiver Form der Vergesellschaftung und den Formen, in denen wir notwendigerweise darüber reflektieren, den Zusammenhang von Warenform und Denkform aufdeckte, wird nun zu einer Theorie instrumentalisiert, die je nach Standpunkt den Zusammenbruch oder das Überdauern des Kapitalismus erklären soll.

Die Krisen- und Zusammenbruchstheorie greift Anfang des 20. Jahrhunderts und insbesondere während der Weltwirtschaftskrise der 20er und 30er Jahre die hier angesprochenen Fragen erneut auf. Jetzt geschieht dies allerdings auf Grundlage der skizzierten Debatte, also auf der Grundlage einer ins Politische transformierten Theorie kapitalistischer Entwicklung. Streitpunkt der Zusammenbruchstheorie war die Frage nach der Notwendigkeit und Unabwendbarkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus. Rosa Luxemburg, Otto Bauer, Henryk Großmann u.a. versuchten nachzurechnen, ab welchem Punkt der kapitalistischen Entwicklung die Mehrwertmasse nicht mehr ausreichen würde, die Verwertung des Kapitals zu ermöglichen. Am vorläufigen Ende dieser Form von (sozialdemokratischer bzw. revolutionärer) Theoriebildung steht am Ende des 20. Jahrhunderts die Theorie des »globalen Kapitalismus«.

Zurück zur Kritik der politischen Ökonomie

► In den Krisentheorien, so Karl Korsch in den 30er Jahren, spiegelt sich »der jeweils in der objektiven Wirklichkeit der kapitalistischen Produktionsweise eingetretene krisenhafte Gesamtzustand oder auch nur eine vorübergehende Wirtschaftskrise passiv und nachträglich«[2] wider. So auch in den neuen Theorien zum globalen Kapitalismus: Anstatt sich jedoch mit Theorien zufriedenzugeben, die in der Beschreibung dessen, was ist, zu sich widersprechenden Ergebnissen kommen, erscheint ein Rekurs auf jene Form von Kritik der politischen Ökonomie naheliegend, wie sie vor der theoretischen Revision durch Bernstein u. a. vorlag. Dagegen gibt es jedoch Vorbehalte. Da ist zum einen der Einwand, daß es den »authentischen« Marx nicht gebe und es deshalb müßig sei, auf die »blauen Bände« zurückzugreifen. Ist der erste Teil des Einwands richtig, so ist der daraus gemeinhin gefolgerte Verzicht auf Ökonomiekritik wohl eher einem generellen Vorbehalt gegenüber Theorien älteren Datums geschuldet. Auch Theorie unterliegt dem Diktat der Mode.

Dabei setzen sich die von Marx implizit gemachten Voraussetzungen heute erst durch: die Voraussetzung einer kapitalistischen, industriellen Produktion in allen Zweigen, einer voll entwickelten Kommunikations- und Transportindustrie, eines entwickelten Handels- und Kreditsystems und einer Mobilität der Lohnarbeiter über Branchen und Landesgrenzen hinweg; Voraussetzungen, die heute als Strukturmerkmale von Globalisierung angeführt werden. Man kann daher getrost behaupten, daß die Aktualität des Marxschen Werkes zunimmt. Weshalb sollte deshalb gerade heute, wo doch allenthalben auf die Universalität des Kapitalverhältnisses verwiesen wird, den von Marx unter der Annahme universeller Konkurrenz und voller Mobilität des Kapitals entwickelten Begriffen keine Gültigkeit zukommen? Denn genausowenig wie sich das Prinzip kapitalistischer Gesellschaft, die Profitmacherei, geändert hat, genausowenig hat sich die Logik der Vergesellschaftung verändert. So verschieden die historischen Ausformungen auch sein mögen, die Form des gesellschaftlichen Reichtums und die Form der Vergesellschaftung durch den Wert haben nach wie vor Bestand.

Was ist Kritik?

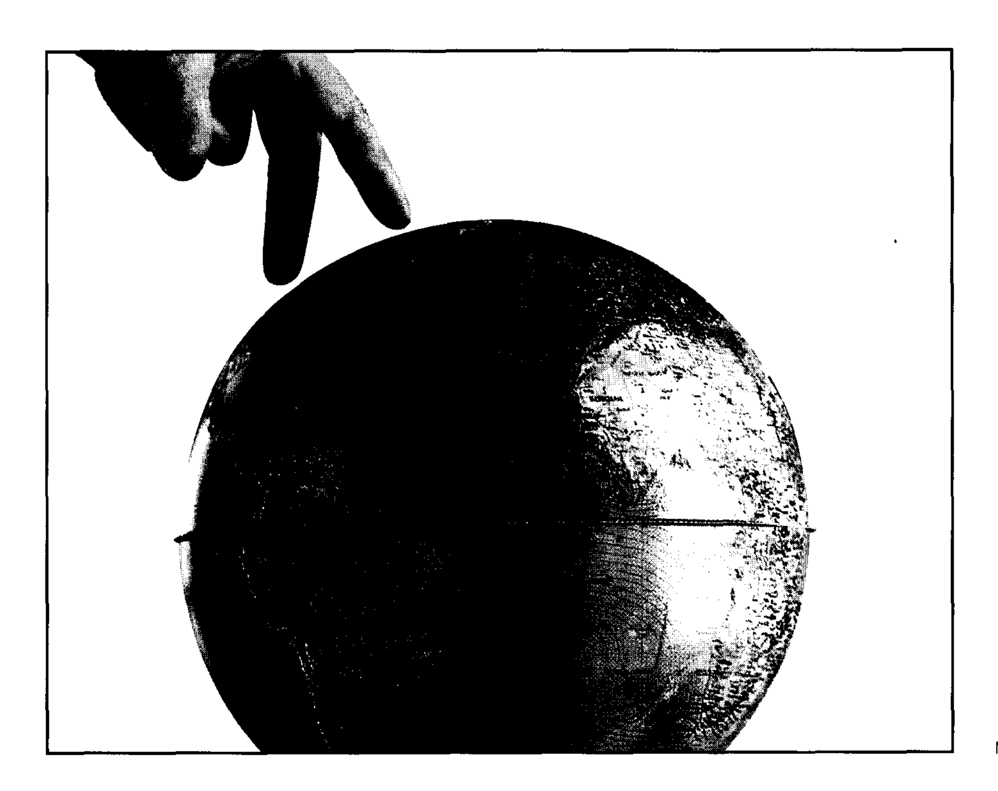
► Ökonomiekritik ist Kritik an den Kategorien bürgerlicher Ökonomie und damit Kritik einer bestimmten Form von Theorie. Konstitutiv für Kritik ist die Einsicht, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit die Art und Weise, wie wir darüber reflektieren hervorbringt, daß es also einen elementaren Zusammenhang gibt zwischen den Formen, in denen wir denken und den Formen, in denen die Gesellschaft sich reproduziert. Kritik setzt deshalb bei den theoretischen Ausdrücken an und nicht »direkt« in der »Realität«, um sich über die Reflexion der theoretische Ausdrücke der Wirklichkeit anzunähern. Sie reflektiert das Verhältnis von Begriff und darunter gefaßter Sache und nicht die Sache selbst, die sich dem direkten Zugriff entzieht.

So »entwickelt« Marx seinen Krisenbegriff in kritischer Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der bürgerlichen Ökonomie zur Krise, die in dieser Zeit und auch heute noch größtenteils von der Idee des allgemeinen Ausgleichs der Einzelinteressen zum Allgemeinwohl durch die »unsichtbare Hand« des Marktes geprägt sind. Die Krisen werden von den Ökonomen als Abweichungen von einer unterstellten Einheit bestimmt, die sich auf lange Sicht herstellen wird, sofern das wirtschaftliche Handeln gemäß der Lehrmeinungen stattfindet. Marx dagegen betont den Gegensatz, der in dieser Einheit liegt. d.h. er diffamiert die Idee der Einheit nicht einfach als falsche Vorstellung, sondern erkennt, daß sich in dieser Idee die gesellschaftliche Einheit ausdrückt: als der in sich widersprüchliche Prozeß des sich verwertenden Werts, also des Kapitals. Dieses bildet das unsichtbare Band, das die kapitalistische Gesellschaft zusammenhält.

Anders die Theorien des globalen Kapitalismus. Gegenstand ihrer Analysen sind nicht die Kategorien der Wirtschafts- oder Sozialwissenschaft, sondern die gesellschaftliche »Wirklichkeit«, wie sie sich dem Betrachter darbietet, wie sie erscheint. Dabei bedienen sie sich jedoch bei Marx. Und hier liegt das Problem. Es werden Theoreme aus dem Kontext der Ökonomiekritik herausgenommen und zur Beschreibung der Wirklichkeit verwendet. So auch das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, auf das in krisentheoretischen Ansätzen meist rekurriert wird.

Tendenzieller Fall der Profitrate

► Ziel kapitalistischer Produktion ist die Erwirtschaftung von Profit. Um dies zu erreichen ist der einzelne Kapitalist gezwungen, durch ständige Innovation im Produktionsbereich (Rationalisierungen) den Mehrwert zu steigern. Dadurch verändert sich die Zusammensetzung des eingesetzten Kapitals. Das variable Kapital (= Arbeitskraft in seiner Wertbestimmung) verringert sich relativ zum konstanten Kapital (= Wertausdruck der Produktionsmittel). Mit diesem von Marx als »steigende organische Zusammensetzung des Kapitals« bezeichneten Prozeß verringert sich die Quelle des Mehrwerts, die zur Produktion aufgewendete Arbeitskraft. Damit sinkt auch das Verhältnis der Mehrwertmasse zum Wert des gesamten angewendeten Kapitals die Profitrate.[3] Dieselben Ursachen, so Marx, die das Fallen der Profitrate verursachen, bringen Gegenwirkungen hervor, die diesen Fall bremsen, das Gesetz jedoch nicht aufheben. Die allgemeinsten »entgegenwirkenden Ursachen« sind: die Erhöhung des Ausbeutungsgrads der Arbeit, das Herunterdrücken des Arbeitslohnes unter seinen Wert, der auswärtige Handel, die



Man kann die Dinge oberflächlich betrachten.

Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals, d.h der Einsatz günstigerer, leistungsfähigerer Maschinen und die Entwertung des vorhandenen Kapitals.

Ein erstes Problem bei der empirischen Anwendung dieses Gesetzes wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich bei Marx um die allgemeine Profitrate handelt, d.h. die Durchschnittsprofitrate über alle Produktionssphären. Diese darf nicht verwechselt werden mit der des einzelnen Kapitals in einem besonderen Betrieb oder in einem bestimmten Produktionsbereich. Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate bezieht sich auf das Gesamtkapital. Die allgemeine Profitrate ist keine Größe, die sich quantitativ bestimmen ließe.[4] Und dies nicht nur deshalb, weil »das Gesamtkapital im Weltmaßstabe sowie dessen organische Zusammensetzung und Mehrwertraten unbekannte Größen sind«, wie Paul Mattick anmerkt, sondern weil es sich um einen qualitativen Begriff handelt, der seine Bedeutung nur im Kontext der Kritik der politischen Ökonomie und der darin entwickelten Wertbestimmungen hat.[5]

Der Begriff der allgemeinen Profitrate setzt begriffliche Entwicklungen voraus, die Marx in der Darstellung im »Kapital« vornimmt: vom einfachen Tauschwert in der Warenanalyse, über den Begriff des Mehrwerts und dessen Verwandlung in Profit, bis hin zur Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit. Das Gesetz vom Profitratenfall läßt sich nicht als separate Krisentheorie aus dem Gesamtkontext der Ökonomiekritik herauslösen, sondern es dient der begrifflichen Konkretisierung dessen, was bereits bei der Analyse der Warenform in abstrakt-allgemeiner Form entwickelt wurde.

Der Krisenbegriff

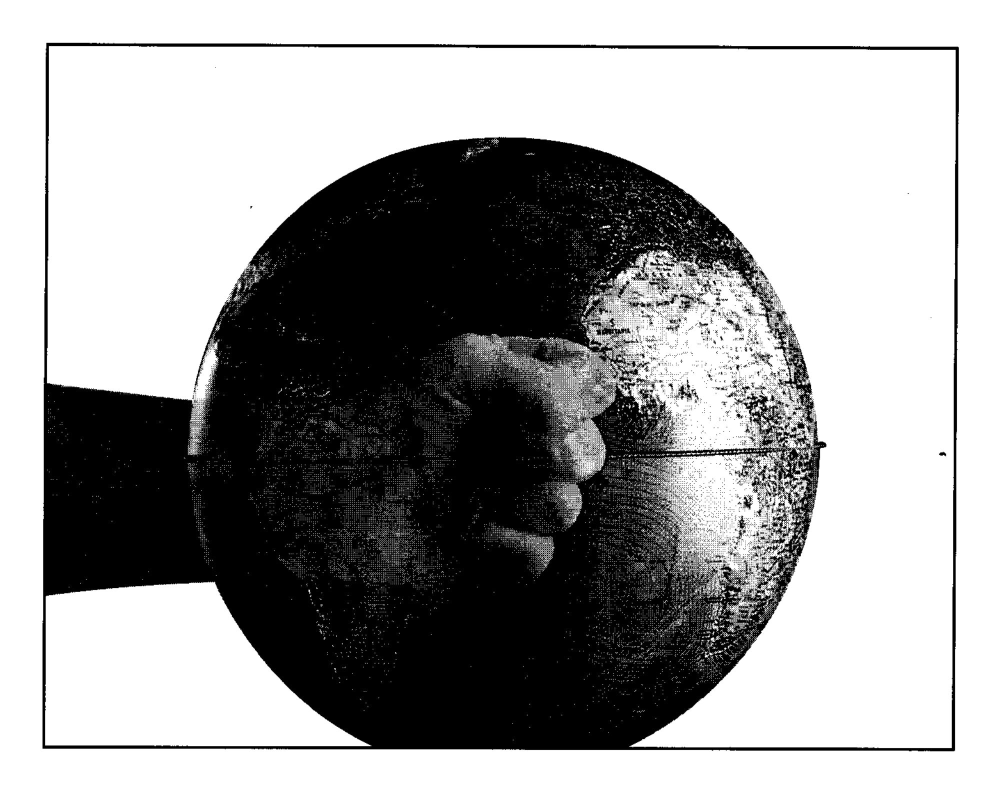
► Wenn der Krisenbegriff nicht einfach auf das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate reduziert werden kann, stellt sich die Frage nach einem Begriff der Krise, der dem Anspruch der Ökonomiekritik gerecht wird, das innere Band der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen. Bereits der Umstand, daß hier für den Markt produziert wird, birgt in sich die Möglichkeit zur Krise: »Die allgemeine Möglichkeit der Krise ist die formelle Metamorphose des Kapitals selbst, das zeitliche und räumliche Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf.« (MEW 26.2, S. 515) Sinn und Zweck der Produktion ist, Profit zu erwirtschaften. Dafür müssen Waren produziert werden. Ob sich die produzierten Waren auch absetzen lassen, stellt sich jedoch erst nach der Produktion heraus. Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, daß die Waren umsonst produziert werden, daß sich das vorgeschossene Kapital nicht rentiert. Die Möglichkeit der Überproduktion ist dem Kapitalverhältnis somit immanent. Für die einzelnen Kapitalisten hat dies zur Folge, daß sie ihren Laden unter Umständen dicht machen müssen. Für den Begriff der Krise, der auf das gesellschaftliche Verhältnis als Ganzes abzielt, heißt das nichts weiter, als daß die Möglichkeit der Krise zur alltäglichen Normalität gehört. Damit drückt sich lediglich aus, daß sich das Verhältnis von Produktion und zahlungskräftiger Nachfrage notfalls »gewaltsam« wiederherstellen muß.

Doch ist mit der Feststellung der Trennung von Kauf und Verkauf die Krise noch nicht erklärt. Es bleibt noch die Frage nach der Ursache der Krise, d.h. die Frage, warum die Möglichkeit der Krise zur Wirklichkeit wird. Denn die Krise aus ihrer Elementarform erklären zu wollen, hieße, die Krise durch die Krise zu erklären. Der Übergang aus der allgemeinen Möglichkeit zur Wirklichkeit wäre dann rein zufällig. Marx jedoch geht es darum, zu zeigen, daß sich das Verhältnis von Produktion und Nachfrage in der Krise wiederherstellen muß. Weshalb? Produktion und Nachfrage, Verkaufen und Kaufen werden als Momente einer übergreifenden Einheit begriffen und nicht wie in der bürgerlichen Ökonomie als zwei getrennte Sphären, die durch das Zirkulationsmittel Geld miteinander verknüpft werden. »Die Krise manifestiert also die Einheit der gegeneinander verselbständigten Momente. Es fände keine Krise statt ohne diese innere Einheit der scheinbar gegeneinander Gleichgültigen.« (MEW 26.2, S. 501)

Krise und Wertform

► Wenn Krise die innere Einheit der voneinander getrennt erscheinenden Momente manifestiert, dann wäre es Aufgabe einer Krisentheorie, eben diese innere Einheit zu reflektieren, das, wovon die bürgerliche Ökonomie abstrahiert: die Wertform. Deshalb erinnert Marx auch im Zusammenhang mit dem Krisenbegriff an den Hauptmangel der bürgerliche Ökonomie: Sie verwandelt »Ware, in der der Gegensatz von Tauschwert und Gebrauchswert existiert, in bloßes Produkt (Gebrauchswert).« (MEW 26.2, S.501) Indem Ware als bloßes Ding gedacht wird, wird gerade vom Wesentlichen abstrahiert: von der gesellschaftlichen Form, die sie erst zur Ware macht, der Wertform.

Auch die politisch motivierte Theorie abstrahiert von der Form der bürgerlichen Produktionsweise. Sie ignoriert das Entscheidende der Wertkritik, die Einsicht nämlich, daß alle Momente der gesellschaftlichen Produk-



Oder ihren Kern erfassen.

tion, wie Geld, Ware, Arbeitskraft, Produktionsmittel, Kredit etc. vermittelt sind. Sie sind Momente einer sie übergreifenden Einheit, die zugleich nur in ihren Momenten »existiert«, bzw. im Prozeß der Metamorphose ihrer Existenzformen erscheint. Oder anders ausgedrückt: Die Erscheinungen an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft sind keine selbständig existierenden Phänomene, sondern durch ein inneres Band verknüpfte Daseinsweisen eines Prozesses, der von Marx als »automatisches Subjekt« bezeichnet wurde. Indem politische Theorie dieses innere Band zugunsten eines der Momente (z.B. Arbeitskraft in der politischen Bestimmung als Arbeiterklasse) auflöst, abstrahiert sie gerade vom Wesentlichen der von ihr kritisierten Gesellschaft. So auch die Krisentheorie, sofern sie sich auf ein Moment der Ökonomiekritik, den Fall der Profitrate, bezieht und dabei dessen Stellenwert im Gesamtprozeß der Darstellung der Wertkritik ignoriert.

Mit dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate werden die bereits auf der Ebene von Ware und Geld entwickelten Widersprüche auf der des Kapitals fortentwickelt. Um die »reale Krise« darzustellen, so Marx, müssen die Formbestimmungen des Kapitals berücksichtigt werden, »die ihm als Kapital eigentümlich und nicht in seinem bloßen Dasein als Ware und Geld eingeschlossen sind.« (MEW 26.2, S. 513) Um einen Krisenbegriff zu entwickeln, muß also der Gesamtprozeß kapitalistischer Produktion, die Einheit von Produktion und Zirkulation reflektiert werden. Bei dem Gesetz vom Profitratenfall geht es dabei um die logische Bestimmung der Möglichkeit der Krise und nicht um eine Vorhersage über den zu erwartenden Geschichtsverlauf. Aus ihm kann weder abgeleitet werden, daß der Kapitalismus notwendigerweise zusammenbrechen wird, noch daß er durch politisch-rationale Regulierung der »entgegenwirkenden Ursachen« beherrschbar ist.

Daß der Bann sich löse

► Krise meint also weder, daß der Kapitalismus kurz vor dem Kollaps steht, noch daß die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende Form der Vergesellschaftung auf ewige Zeiten fortbestehen muß, wie in der Wendung »Krise als Normalzustand« suggeriert wird. Krise ist nichts weiter als die immer wieder notwendige Wiederherstellung von Akkumulationsbedingungen, die die Verwertung garantieren. In ihr manifestiert sich, daß die mannigfaltigen Erscheinungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit Momente einer Einheit sind, die es in ihrer Widersprüchlichkeit zuallererst zu begreifen gilt. Krisentheorie, die auf diese Einheit zu reflektieren verzichtet, verfehlt ihren Gegenstand.

Wird Krise unter der Perspektive der Wertbewegung thematisiert, dann besteht die Möglichkeit, den Bann objektiver Ideologie zu durchbrechen, den Umstand, »daß alles gesellschaftlich Daseiende heute so vollständig in sich vermittelt ist, daß eben das Moment der Vermittlung durch seine Totalität verstellt wird.«[6] Sollte die Debatte über Globalisierung und den Charakter der Krise also in eine kritische Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung münden, »ist es an ihr, mit Mitteln, die nicht selber dem universalen Fetischcharakter erliegen das Ihre, sei´s noch so Bescheidene, beizutragen, daß der Bann sich löse.«[7]

► **Martin Janz** ist Mitarbeiter des iz3w

Anmerkungen:

1 Friedrich Engels, Einleitung zu Karl Marx »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«, in: K. Marx, F. Engels Werke Bd. 22, S. 509527 (im folgenden MEW); Engels letzter, kurz vor seinem Tode geschriebener Text.

2 Karl Korsch, Über einige grundsätzliche Voraussetzungen für eine materialistische Diskussion der Krisentheorie, in: K. Korsch, P. Mattick, A. Pannekoek, Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder Revolutionäres Subjekt, Berlin 1973, S.93

3 Zum Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate siehe MEW 25, 3. Abschnitt, 13. 15. Kapitel S. 221277, sowie den Aufsatz von F.W. Pohl, Krisentheorie und Krisenbewußtsein, in: Krise und Kritik. Zur Aktualität der Marxschen Theorie, Lüneburg 1987

4 Siehe hierzu den Aufsatz von Paul Mattick, Werttheorie und Kapitalakkumulation, in: Kritik der Neomarxisten, 1974. Der Aufsatz wurde in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift 'Spezial' 103 abgedruckt (»Fällt sie, oder Fällt sie nicht?«, S. 3033)

5 Daß auch Ebermann/Trampert in ihrem Buch »Die Offenbarung der Propheten« die allgemeine Profitrate mit der einfachen Profitrate, wie sie in Firmenbilanzen auftaucht, verwechseln und mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Profitbegriff arbeiten, »der die Gesamtheit der Austauschbeziehungen auf bloße Marktbeziehungen reduziert«, von der Produktion also begrifflich abstrahiert, darauf verweist G. Jacob in dem Aufsatz: Self-Fulfilling Prophecy. Popmoderne Linke, Retro-Moden und radikale Linke, in Spezial 103, S. 18

6 Theodor W. Adorno, Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, in: Soziologische Schriften I, Ffm 1979, S. 369

7 ebd, S. 370



Libertäre Schimäre

Die neue zivilgesellschaftliche Internationale

Photo: R. Maro/version

von **Christine Parsdorfer**

Mit der Globalisierung der Ökonomie engt sich der Handlungsspielraum nationalstaatlicher Politik ein. Es entsteht Raum für alternative Akteure auf der politischen Bühne. Die aufkeimende Hoffnung, über ein Netzwerk von Nicht-Regierungsorganisationen ließe sich eine »internationale Zivilgesellschaft« und damit »wahre Demokratie« verwirklichen, erweist sich jedoch als Wunschvorstellung linksliberaler Theoretiker.

▶ Der Begriff Zivilgesellschaft hat in den letzten Jahren viele konjunkturelle Hochs und Tiefs durchlaufen. Wohlklingend, da semantisch am Pol von zivilisierend angesiedelt, dem militärischen entgegengesetzt, konnten sich die Benutzer zumindest über eines sicher sein: wer auf die Zivilgesellschaft setzt, steht potentiell auf der richtigen Seite. Ob der Bezugspunkt die positiv besetzte, räsonnierende Öffentlichkeit Habermas'scher Provenienz oder aber die kritischen Überlegungen eines Antonio Gramsci war, blieb oftmals nebensächlich.
Historisch lassen sich zwei Ausgangspunkte für die Diskussion ausmachen: zum einen amerikanische Libertäre, die unter der Sammelbezeichnung »Kommunitaristen« firmieren und mit dem Begriff der Zivilgesellschaft versuchen, die normativen und ethischen Prinzipien eines demokratischen Gemeinwesens neu zu begründen. Zum anderen geht die Diskussion um die Zivilgesellschaft auf die Auseinandersetzung der osteuropäischen Dissidenten mit den poststalinistischen Regimen zurück, die die tendenziell totalitäre Herrschaft der Staatspartei kritisierten und einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus begründen wollten.

Deutsche Intellektuelle sprangen auf den Zug auf. Sie verteidigten die westlichen »zivilgesellschaftlichen Werte« und plädierten im Rahmen des Golfkriegs für deren - auch militärische - Umsetzung. Obwohl gerade in Deutschland rechtsradikale Schläger immer wieder die dunklen Seiten der zivilisierten Moderne ins Gedächtnis riefen, erlagen viele Intellektuelle der neuen universalistischen Ideologie und schufen neue Begründungszusammenhänge für militärische wie nichtmilitärische Interventionen.

So räsonniert Ulrich Menzel, während er sich von der Dritten Welt verabschiedet: »Sicherlich hat die Forderung, von Europa zu lernen, heute größere Aktualität als je zuvor. Zu lernen in dem Sinne, daß hier die Entwicklungsproblematik gelöst und gleichzeitig eine Zivilgesellschaft aufgebaut wurde, die als einzige die Menschenrechte auf Dauer zu garantieren vermochte.«[1] »Die Bürde des weißen Mannes« wurde mit der Zivilgesellschaftsdebatte wieder aufgemöbelt und der Westen als Ort struktureller Hegemonie neu präsentiert.

Gegen diese Tendenz wurde von der weiterhin internationalistisch orientierten Linken angeschrieben. Sie beharrte darauf, daß sich die Konzeption der Zivilgesellschaft von ihren europäischen bzw. nordamerikanischen Bezügen lösen müsse. So versuchen Reinhart Kößler und Henning Melber mit dem Konzept einer »internationalen Zivilgesellschaft« eben jenen eurozentristischen Auswüchsen entgegenzutreten und einen neuen Internationalismus zu begründen.[2] Ob die »internationale Zivilgesellschaft« jedoch geeignet ist, die Mankos der bisherigen Debatte aufzuheben und den eurozentrischen Fallstricken zu entgehen, soll im folgenden geklärt werden.

Nationalstaat und gesellschaftliche Netzwerke

▶ Im Zusammenhang mit dem Globalisierungsdiskurs erlebt die Zivilgesellschaftsdebatte konjunkturellen Aufschwung. Ausgangspunkt der Globalisierungsthese ist - trotz unterschiedlichster theoretischer Bezugsrahmen - die Annahme, daß sowohl die ökonomischen wie auch die kulturellen Entwicklungen der vergangenen Jahre, wenn nicht zu einem Souveränitätsverlust, so doch zumindest zu Einschränkungen in der Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten führten.

Somit ließen sich mit den traditionellen Theoremen zur Bestimmung staatlicher Souveränität wie beispielsweise der Ausübung legitimer Gewaltsamkeit nach innen und außen (Weber) keine Blumentöpfe mehr gewinnen. Der heutige Staat wird, folgt man der neueren Diskussion, mindestens von drei Seiten in seiner Handlungsfähigkeit untergraben:[3] Zum einen treten zunehmend gesellschaftliche Akteure auf, die nicht mehr den Nationalstaat als Bezugsrahmen haben, sondern international agieren. Transnationale Konzerne (TNK) beispielsweise hätten sich von ihrer technischen und organisatorischen Struktur her so internationalisiert, daß an einen einseitigen Abbruch

von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern nicht mehr gedacht werden kann. Die Internationalisierung sei damit so in die Unternehmensstruktur eingelagert, daß die TNK als »global players« auf einen Heimatstandort verzichten könnten. Hinzu kommt das Argument, daß weder Ozonloch noch andere ökologische Risiken an den nationalstaatlichen Grenzen halt machen, sondern die »Weltrisikogesellschaft« weitreichendere, über den nationalen Rahmen hinausgreifende politische Strategien notwendig macht.

Zum zweiten reagiert der Nationalstaat auf diese Entwicklungen, indem er spezifische Funktionen wie auch Kompetenzen an internationale Institutionen abtritt. Angefangen bei der UNO, die jenseits nationaler Sicherheitskonzepte für den Weltfrieden sorgen soll, bis hin zum GATT, das für die Liberalisierung des Welthandels als Quasi-Schiedsstelle fungiert, etablieren sich auf internationaler Ebene immer mehr »Regime«, d.h. gemeinsame Regeln, Normen, Institutionen. Diese sind zwar nicht mit denselben Kompetenzen ausgestattet wie der Nationalstaat, können aber immerhin bestimmte Regulierungsaufgaben zwischen Nationalstaaten, internationalen Organisationen und transnational agierenden Konzernen übernehmen.

Zum dritten machen sich aber auch im Nationalstaat selbst Tendenzen der Desintegration bemerkbar. Wurden diese in den 70ern mit Begriffen wie »Unregierbarkeit« oder »Krise der Demokratie« abgehandelt und waren die damit prognostizierten Krisentendenzen scheinbar noch durch besseres Politikmanagement in den Griff zu bekommen, traut man dem Staat heute weniger zu. Die Dekonstruktion einer hierarchisch gedachten Staatsgewalt ist mit großen Schritten vorangeschritten. Oder systemtheoretisch ausgedrückt: Der Staat als autonomes, an der Spitze der Gesellschaft stehendes Subjekt, wird durch Subsysteme (Wirtschaft, Politik, Recht etc.), die beständig auseinandertreiben und ihrer Eigenlogik folgen, ersetzt. Dabei hätten sich jenseits von Staat und Markt Formen »gesellschaftlicher Selbstorganisation« etabliert, die dazu führen, daß der Nationalstaat durch die Internationalisierung nicht nur »überwölbt«, sondern durch die gesellschaftliche Selbstorganisation auch teilweise »ersetzt« wird.

In der Einschätzung dieser neuen Handlungsspielräume besteht in gewisser Weise Einigkeit zwischen etablierter Politikwissenschaft und linker bzw. linksliberaler Theorie. Erstere sieht in den neuen »Netzwerken« aus privaten und staatlichen Akteuren Möglichkeiten, in formeller oder informeller Kooperation Politikinhalte und Strategien auszuhandeln - d.h. auf allen gesellschaftlichen Ebenen bilden sich »Runde Tische«, die, sei es nun im Bereich der Gesundheitsreform oder bei der Städtebaupolitik, nach neuen Lösungen für bestehende Probleme suchen. Dem Staat kommt dabei weiterhin eine zentrale Rolle zu: Das neokorporatistische Krisenlösungsmodell braucht die Mitarbeit engagierter gesellschaftlicher Gruppen, um durch die konsensuale Entscheidungsfindung möglichst effizient zu sein. Und so kommt die bürgerliche Politikwissenschaft zu dem Schluß, daß die »vielfältigen nichtmarktförmigen Verhandlungssysteme in Wirtschaft und Gesellschaft eher als Entlastung denn als Konkurrenz der staatlichen Steuerungspotentiale« zu betrachten sind.[4]

Von der »Selbststeuerung« zur »Zivilgesellschaft«

► Gerade linksorientierte Theoretiker gehen jedoch noch einen Schritt weiter: Sie verbinden mit den neuen Entwicklungen Hoffnungen auf gesellschaftliche Selbstorganisation, vergrösserte Partizipation und damit eine Stärkung von Basisbewegungen. Um den neuen Handlungsspielraum zu umreißen, wird oftmals der Begriff der Zivilgesellschaft herangezogen. Der Unterschied zu den bisherigen Debatten liegt aber darin, daß diese nun scheinbar nicht mehr nur theoretisch beschworen, sondern deren Entstehen und Wirkungsweise nun handgreiflich sogar im globalen Maßstab sichtbar wird. In diesem Sinn formulieren dann Kößler und Melber: »Zivilgesellschaft verstehen wir zunächst als ein Netzwerk von Organisationen und informellen Zusammenhängen, das geeignet ist, als Widerlager und Widerpart gegenüber dem jeweiligen Staatsapparat aufzutreten.«[5]

Die »Zivilgesellschaft« wird so in der linken Diskussion zu einem Ort jenseits des Staates, an dem sich Freiheit und Autonomie verwirklichen lassen. Elmar Altvater weist beispielsweise dem Nationalstaat noch bestimmte Aufgaben in bezug auf Legitimationsbeschaffung oder auch in der Währungspolitik zu. Für die Lösung der globalen ökologischen und ökonomischen Krise sei er jedoch nicht gewappnet, und gerade in diesen Bereichen sieht Altvater die Stunde einer »wenn nicht globalisierten, so doch transnationalisierten Zivilgesellschaft« schlagen. Nicht-Regierungsorganisationen werden »unverzichtbare Vermittler und Multiplikatoren des Konsenses innerhalb nationaler (oder regionaler) Gesellschaften, um radikale und daher zunächst unpopuläre Maßnahmen ... überhaupt im gesellschaftlichen Bewußtsein abzusenken und von den politischen Instanzen erzwingen zu können.«[6] Ferner übernehmen sie »anwaltliche Aufgaben«, indem sie »Menschheitsinteressen« artikulieren, die ansonsten nur allzu leicht diplomatischen Erwägungen der Nationalstaaten zum Opfer fallen würden. NGOs haben bei Altvater die Funktion, die dem Nationalstaat in der klassischen Demokratietheorie zufallen sollte: Jenseits besonderer Partikularinteressen, die ihren Ursprung in spezifischen Klassenlagen oder Gruppeninteressen haben, artikulieren international agierende NGOs das (welt-) gesellschaftlich Allgemeine.

Befestigungsanlage oder Gegenmacht?

► Die globale »Zivilgesellschaft« wird in der gegenwärtigen Diskussion letztlich zu einem Ort für die Artikulation widerständiger Meinungen jenseits des Staates und verharrt damit wiederum im Horizont des traditionellen Diskurses der »Zivilgesellschaft«: Auch dort wurde sie zu einem Hort des Widerstands und reproduzierte somit die traditionelle Trennung zwischen Staat und Gesellschaft.

Noch bei Hegel und Marx war der frühbürgerliche Begriff »civil society« als »bürgerliche Gesellschaft« übersetzt worden und implizierte eine Kritik der Trennungen zwischen Staat, Ökonomie und Gesellschaft. Bei Marx ging damit die Gleichsetzung zwischen »bürgerlicher« und »kapitalistischer« Gesellschaft einher, denn die Grundlage der Trennungen liegen in den Formen der kapitalistischen Produktion und Reproduktion, durch die sich die Gesellschaftlichkeit der privaten Warenbesitzer erst nachträglich über den Markt herstellte. Der Staat war damit notwendigerweise eine vom Kapital getrennte Instanz, die den friedlichen Austausch notfalls auch mittels Gewaltmonopol - nach innen durch die Polizei, nach außen mittels Militär - gegenüber der Gesellschaft garantierte.

Für Gramsci stellte sich die Frage, inwiefern sich bürgerliche Hegemonie jenseits des staatlichen Gewaltapparats konstituiert, und er entdeckt dabei die »Zivilgesellschaft«, die keineswegs eine machtfreie Sphäre jenseits des Staates sei, die gestärkt werden müßte. Für ihn ist sie die stärkste Bastion des Kapitalismus, und ihre Existenz ist auch die Erklärung dafür, warum die Revolution in Rußland und nicht etwa im Westen stattgefunden hat, dort wo die Arbeiterbewegung am stärksten organisiert war. »Im Westen herrschte zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis und, erzitterte der Staat, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. Der Staat war wie ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Befestigungsanlagen und Kasematten lag.«[7] Damit ist der zivilgesellschaftliche Bereich eben jener Ort, an dem sich die (polit-ökonomischen) Klassenverhältnisse in Form von kultureller Hegemonie ausdrücken und an dem sie stabilisiert werden.

Heutige »Zivilgesellschaftler« gehen demgegenüber von der Grundannahme aus, daß sich gerade im Rahmen der ökonomischen Globalisierungsprozesse staatliche Macht »verflüssigt« (Altvater) habe und damit eine international organisierte Zivilgesellschaft ihren Einfluß geltend machen bzw. sogar die durch den staatlichen Funktionsverlust entstandene Leerstelle der Macht ausfüllen könne.

Auch wenn der Staat bestimmte Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann und deshalb gesellschaftliche Gruppen einbindet - sei es auf lokaler Ebene in runden Tischen, auf nationaler in »Bündnissen für Arbeit« sowie auf internationaler in UN-Konferenz-Marathons: Diese Phänomene sagen nichts über eine neu entstandene »Leerstelle der Macht« aus, in die NGOs schnell mal einspringen könnten. Es handelt sich deshalb - und da ist der bürgerlichen Politikwissenschaft zuzustimmen - eher um eine Ausdifferenzierung und Erweiterung,



Ein ausgewogenes Verhältnis... Photo: H.G. Schiele/zero

denn um einen Verfall nationalstaatlichen Instrumentariums. Analog zu den nationalstaatlich organisierten Wohlfahrtsverbänden Anfang des Jahrhunderts übernehmen NGOs eine Art »Ventilfunktion«. Im Rahmen globalisierter gesellschaftlicher Krisenphänomene springen sie dort ein, wo Not am Mann bzw. an der Frau ist. Sie mildern die sozialen Spannungen und Verwerfungen, die ein globalisierter Weltmarkt mit sich bringt.

Aufbruch einer »neuen Internationalen«

► Die in der linken Zivilitätsdebatte so hochgehaltenen neuen Hoffnungsträger, die NGOs, unterscheiden sich wesentlich von den Neuen Sozialen Bewegungen der 80er Jahre. Obwohl auch letztere oftmals mit ihrer Ausrichtung als »Ein-Punkt-Bewegung« kritisiert wurden, blieben gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zumindest in der Diskussion. Die »Dritte Welt-Bewegung« kritisierte noch Strukturanpassungsprogramme und die herrschende Weltwirtschaftsordnung, während heute bereits die Verhinderung eines Staudamms als Erfolg gefeiert wird. Basisbezug und Demos wichen Professionalisierung und Fundraising.

Dabei besteht in der gängigen Literatur kaum Einigkeit, was unter NGOs zu verstehen ist. Stattdessen überwiegen normative Mutmaßungen darüber, was sie sein sollten - Mutmaßungen, die einer empirischen Prüfung kaum standhalten. So mutmaßt Karl Bruckmeier: »Anders als staatliche Organisationen und wirtschaftliche Unternehmen, die sich durch vorherige Funktions- und Zieldefinition bilden und daran identifizierbar sind, folgen NRO kaum Zielen oder Handlungsprogrammen und sind nicht von gesellschaftlichen Funktionsdifferenzierungen, Subsystemen und Ordnungen beeinflußt. Ihre Handlungsweise ist nicht durch systemische Imperative (die z.B. den 'generalisierten Medien' Geld und Macht innewohnen) geprägt, sondern durch den Versuch, sich deren Zwängen weitgehend zu entziehen. So beruht etwa der Erfolg von NRO in der Entwicklungspolitik zum guten Teil darauf, daß sie ihre Abhängigkeit von Geld stark reduziert haben.«[8]

Von welchen NGOs hier die Rede sein soll, bleibt wohl das Geheimnis des Autors. Der hart umkämpfte Spendenmarkt ist jedenfalls ebenso ein Indikator für die Abhängigkeit der NGOs vom »generalisierten Medium« Geld wie die (Finanz-)Krise in zahlreichen Projekte, denen aufgrund staatlicher Zuschußkürzungen das Überleben schwer gemacht wird.

Gerade die Kennzeichnung der NGOs als »nichtstaatliche« Organisationen, die jenseits von Staat und Markt bar jeglichem Eigennutz und ohne jegliche Gewinnorientierung arbeiten, verschafft diesen in der Öffentlichkeit eine hohe Legitimität.

Unklar bleibt, woher diese kommt: Gerade große und erfolgreiche NGOs wie Greenpeace glänzen nicht gerade durch innerorganisatorische Demokratie, sondern rühmen sich auch noch damit, effizient »wie ein Unternehmen« (Greenpeace-Chef Bode) organisiert zu sein.

Daß diese Zuschreibungen auch von linken Theoretikern übernommen werden, ist erstaunlich. So hält zum Beispiel Joachim Hirsch die »autonome Selbstorganisation«[9] hoch, obwohl er gleichzeitig die »internationale Zivilgesellschaft« als »ideologisches Hegemonieprojekt«[10] kritisiert. Mit seiner Konzeption der internationalen Öffentlichkeit beschreibt er jedoch genau das, was andere (zum Beispiel E. Altvater) »Zivilgesellschaft« nennen. Auch für Hirsch steht fest, daß es eine Sphäre jenseits des Staates gibt, in der »autonome Selbstorganisation und Kooperation außerhalb und gegen staatliche Strukturen auf nationaler wie internationaler Ebene einen entscheidenden und unverzichtbaren Ansatz für demokratische Politik » bilden. Damit wird wie im Diskurs der Zivilgesellschaft die Möglichkeit der Ausbildung einer umfassenden Gegenmacht, »die Herstellung einer eigenen internationalen Öffentlichkeit, die Erzeugung eines von Staaten und multinationalen Unternehmen unabhängigen Wissens« und die »Möglichkeit, Menschenrechte aus ihren etatistischen Beschränkungen und Instrumentalisierungen herauszulösen, d.h. den historischen Zwangszusammenhang von 'Nationalstaat' und Staatsbürgertum' zu lockern«, erhofft.[11]

Wie aus einer Werbebroschüre von Greenpeace liest sich das Hirschsche Hohelied auf die NGOs. Unabhängig, autonom, antietatistisch - die linken Utopie-Essentials der 70er feiern ihre Revivals und machen vor den krudesten Idealismen nicht mehr halt: Menschenrechte ohne nationalstaatliche Garantien sind jedenfalls ebensowenig vorstellbar wie Greenpeace ohne Rainbow Warrior.

In jedem Fall sollen NGOs - jenseits schnöder Eigeninteressen, jenseits von Macht und Profit - das gesellschaftlich Gute, wenn nicht gar das Überleben der gesamten Menschheit durch den Aufbau (»zivil«)gesellschaftlicher »Gegenstrukturen« sichern. Weit davon entfernt ein Gegenmodell zu staatlicher Herrschaft auszubilden, liegt die besondere Bedeutung von NGOs - besonders im Süden - vielmehr im Abfedern innerstaatlicher Polarisierungstendenzen. Indem dabei aber Politik scheinbar von allen egoistischen Interessen gereinigt betrieben wird, kann sich unter dem Banner der Gleichheit Metropolendominanz umso ungehinderter durchsetzen.

Metropolendominanz

▶ Im Süden sind die NGOs oftmals die einzig legalen Alternativen zu einer nicht-existenten parlamentarischen Opposition. In den sogenannten Basisorganisationen wird gegen die Rücksichtslosigkeit und Korruption der regierenden Eliten gearbeitet, aber auch das Überleben in Zeiten zunehmender ökonomischer Verwerfungen organisiert. Nicht selten bieten diese Basisorganisationen Ersatz für nichtexistente bzw. lückenhafte Sozialsysteme und damit Leistungen, die weder »Staat« noch »Markt« erbringen wollen oder können. Gerade was den Bereich Wohnungsbau, Erziehung oder Gesundheitsversorgung betrifft sind die NGOs für die politischen Eliten willkommene Helfer, um den eigenen - sowieso schon hochverschuldeten - Staatshaushalt zu entlasten.

Gerade die Frauenbewegung wird vor diesem Hintergrund zu einer »weiblichen Wohlfahrtsbewegung« (Wichterich), indem sie zunehmend vom Staat instrumentalisiert und zur Erfüllung der Strukturanpassungsprogramme eingesetzt wird. So kann dann begeistert von »5000 NGOs in Bangladesh, die quasi das gesamte Alphabetisierungsprogramm des Landes, insbesondere der Frauen, in ihre Hände genommen haben«, berichtet werden.[12] Süd-NGOs fungieren damit - oftmals im Verein mit Nord-NGOs als »weitgehend rechtlose, inoffizielle Statthalter für fehlende offizielle demokratisch kontrollierte Institutionen«.[13]

Neun bis zehn Milliarden Dollar im Jahr, die von den Nord-Entwicklungs-NGOs gesammelt werden, fließen jährlich in den Süden - aber nicht nur für die Hilfe an den Armen, sondern auch für die Verwaltungsapparate der NGOs in Süd und Nord. Gelder von internationalen Institutionen wie Weltbank, EU oder auch Nord-NGOs bilden so einerseits die Grundlage für soziale Grundversorgung in den Ländern des Südens, reproduzieren aber auch die früher in der Dritten-Welt-Bewegung so geschmähten Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Nord und Süd, gleichgültig ob die Mittelvergabe paternalistisch oder solidarisch daherkommt.

Die Finanzierungspraxis trimmt Süd wie Nord auf Konsens mit den bestehenden Verhältnissen. Gerade weil das Überleben der NGOs vom heißumkämpften Spendenmarkt abhängt oder aber bei staatlichen bzw. supranationalen Organisationen locker gemacht werden muß, kann es sich keine leisten, mit ihren Positionen allzu sehr aus dem Rahmen zu fallen. Gemäß dem afrikanischen Sprichwort »If you have your hand in another man's pocket, you have to move, when he moves« kommt es ganz automatisch zu einem »Verlust von Inhalten« und einem Einschwenken auf möglichst eingängige, wenig radikale dafür aber öffentlichkeitswirksame In-Themen.

Während im Süden die NGOs sich vorwiegend um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, zeichnen sich viele NGOs im Norden dadurch aus, den Rest der Welt »bekehren« oder in NGO-Sprache »vernetzen« zu wollen. Die Anwälte für die Flora und Fauna des Südens geben sich nicht mehr mit nationalen Verteilungsungerechtigkeiten ab, sondern haben gleich das »Überleben der Menschheit« im Visier. Dieses scheint auf der Grundlage allumfassender Globalisierungsprozesse nur noch global gesichert werden zu können, obwohl die Rahmenbedingungen dafür sowohl im sozialen wie auch im umweltpolitischen Bereich immer noch weitgehend nationalstaatlich organisiert werden.[14]

Der Problemlösungsmechanismus wird auf die internationale Bühne verlegt, wo dann Umwelt- und Entwicklungsprobleme global diskutiert, diskursiv kleingearbeitet und zu einer »Wir sitzen alle in einem Boot«-Ideologie transnationalisiert werden.

Derweil rackert sich der südliche Teil der »internationalen Zivilgesellschaft« - sofern er nicht auch zur Elite des internationalen UN-Jet-Sets gehört - ab, um die Grundversorgung sicherzustellen. Noch immer gilt, was Kößler und Melber zu Beginn der Debatte um die internationale Zivilgesellschaft eingefordert haben: Es müssen zuerst die materiellen Bedingungen geschaffen werden, die Demokratie und Partizipation im globalen Maßstab ermöglichen. Voraussetzung hierfür wäre jedoch die Überwindung der globalen Hegemoniestruktur. Solange daran nicht gearbeitet wird, bleibt Zivilgesellschaft, auch wenn sie sich international nennt, eine Schimäre.

Anmerkungen:

1 Ulrich Menzel: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt 1992, S.12f

2 Vgl: Reinhart Kößler/Henning Melber: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt 1993

3 Vgl. Michael Zürn: Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung, in Leviathan 4/92, S.490-513

4 F.W. Scharpf, zit. nach Jörg-Michael Vogel, Paradigmenwechsel in der Staatsdiskussion, in: Argument 206, S.612.

5 Kößler/Melber, S.93

6 Elmar Altvater: Die Ordnung rationaler Weltbeherrschung oder: Ein Wettbewerb von Zauberlehrlingen, in: Prokla 95, 1994, S. 220
Daß dieser emphatischen Beschwörung einer internationalen NGO-Gemeinde natürlich strukturelle Grenzen gesetzt sind, weiß auch Altvater. Warum jedoch jede kritische Bemerkung, z.B. darüber, daß viele NGOs am staatlichen Tropf hängen und somit keineswegs die ihnen unterstellte Unabhängigkeit an den Tag legen können, in die Fußnoten verbannt wird, ist wohl weniger Frage des Stils. Vielmehr drückt sich darin mehr der Wunsch aus, nach dem Ende von Sozialismus und dem damit einhergehenden Utopieverlust in der Linken doch noch einen Ort für gesellschaftliche Emanzipation ausmachen zu können.

7 Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis, 1967, S. 347

8 Karl Bruckmeier: Nichtstaatliche Umweltorganisationen und die Diskussion über eine neue Weltordnung, in: Prokla 95, 1994, S. 229

9 Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin 1995, S.191

10 ebd., S. 164

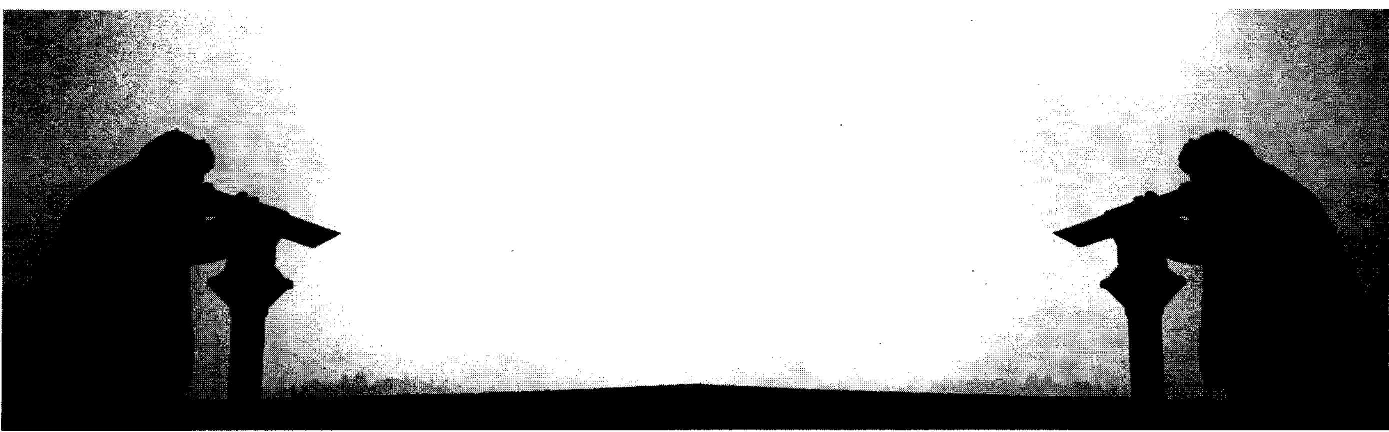
11 ebd., S. 191

12 Caroline Fetscher: Der Mythos Greenpeace und das Lob der privaten Helfer, in Kommune 6/96, S.44

13 ebd., S. 39

14 Vgl. Christian Hey/Uwe Brendle: Umweltverbände und EG, 1994

▶ **Christine Parsdorfer** ist Mitarbeiterin des iz3w.



...zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft

Photo: H.G. Schiele/zero

Wer wartet, verzweifelt
Die kubanische Literatur in der Stunde Null

von **Martin Franzbach**

Seitdem die kubanische Staatsführung die Sonderperiode eingeläutet hat, ist auch die inselkubanische Literatur in einen Ausnahmezustand getreten. Sie ist dennoch vielfältiger und lebendiger als sie aus der Ferne aussieht. Die jungen Generationen drängen mächtig nach, stellen unangenehme Fragen, experimentieren mit alten und neuen Werten und geben sich nicht mit vorgestanzten Antworten zufrieden.

► Von der wirtschaftlichen Liberalisierung schien seit Anfang 1994 auch die Literatur zu profitieren. Zum ersten Mal tolerierte das Regime in Havanna Veranstaltungen über kubanische ExilschriftstellerInnen, sofern sie nicht zur schlimmsten Kategorie der »traidores« und »flojos«, der Verräter und politisch-ideologischen Diversionisten gehörten.

So wurde beispielsweise im Zusammenhang mit den 50-Jahr-Feiern zum Gedenken an die bedeutende avantgardistische Zeitschrift *Orígines* (1944-1956, herausgegeben von José Lezama Lima), auch das Werk von Gastón Baquero gewürdigt, der derzeit in Madrid im Exil lebt.



Freiheit oder Kosmetik? Photo: U. Rzadkowski

Im Februar 1994 ehrte man in der *Casa de las Américas* den im Juni 1993 in Paris verstorbenen Exilschriftsteller Severo Sarduy. In Nachrufen hieß es, Sarduy sei wie eine Schlange, die sich in den Schwanz beißt, in seine Heimat zurückgekehrt, die er innerlich nie verlassen habe. Tatsächlich hatte es Sarduy vor allem aufgrund der Erfahrungen seiner kubanischen Freunde aus Angst vor Repressalien immer abgelehnt, nach 1960 auf die Insel zurückzukehren. *»Die Gefahr ist zu groß«*, pflegte er mit der ihm eigenen Ironie zu sagen, *»daß ich mich schon auf dem Flughafen José Martí in den ersten besten Polizisten verliebe«*.

Gastón Baquero ordnete in einem Interview in Madrid (El País, 30.1.1994) die Feigenblattfunktion dieser Gedenkakte richtig ein: *»Diese scheinbare Freiheit bei Kulturveranstaltungen ist offensichtlich nur Kosmetik so wie die Liberalisierung des Dollars. Es ist eine angebliche Öffnung, um ein besseres Bild in der Weltöffentlichkeit abzugeben.«*

Als Antwort auf das Helms-Burton-Gesetz und die Verschärfung der Blockade durch die US-Regierung zog dann auch Raúl Castro auf dem 5. Plenum des Zentralkomitees im Havanna Ende März dieses Jahres gegen schädliche Tendenzen in Kulturinstitutionen, akademischen Zentren und Kulturzeitschriften zu Felde.

Anpassung, Exil oder »insilio«?

► Dennoch: Gefragt ist der Dialog mit Andersdenkenden nach innen und nach außen. Senel Paz (geb. 1950) hat mit einer 1990 im Ausland preisgekrönten Erzählung, die verfilmt als *Erdbeer und Schokolade* internationalen Ruhm eingeheimst hat, dieses Problem berührt. Der Inhalt, der in seiner Struktur an Manuel Puigs *Kuß der Spinnenfrau* erinnert, ist schnell erzählt: David Alvarez vom Verband der Jungkommunisten macht im Eispark Coppelia in Havanna die Bekanntschaft mit dem Homosexuellen Diego und geht nach anfänglichem Sträuben mit ihm nach Hause. Aus der Einsicht, daß Dialog zum besseren Verständnis lebensnotwendig ist, wird eine Freundschaft. Auch das ist Sozialutopie, denn die Realitäten verdeutlichen den Intellektuellen als unsicheren Kantonisten und Spielverderbern tagtäglich ihre gesellschaftliche Ohnmacht. Noch 1992 wurden die UnterzeichnerInnen des sogenannten »Briefs der Zehn«, die mehr innenpolitischen Dialog gefordert hatten, von den schnellen Eingreifbrigaden im Zusammenspiel mit Kulturinstitutionen und der Staatssicherheit mundtot gemacht. Ihre Anführer, die Lyrikerin María Elena Cruz Varela und der Übersetzer Jorge Pomar Montalvo, brachte man hinter Gitter, fast alle UnterzeichnerInnen leben inzwischen im Exil.

Der kubanische »Prozeß der Berichtigung von Irrtümern« ab 1986 hatte die Strukturen und Gruppen des Machtapparats nicht angetastet. Die Kulturschaffenden auf der Insel reagierten unterschiedlich: Es gab Schriftsteller wie Miguel Barnet, die sich nun stärker um die politischen Symbolgestalten scharten, sich ins Parlament wählen ließen und auch in Interviews ihr Glaubensbekenntnis ablegten. Für ihre Gegner waren sie Hofnarren, Prostituierte der Revolution (Bryce Echenique) und nützliche Idioten, für ihre Verteidiger ein moralisches Gegengewicht gegen das Trommelfeuer der Feindpropaganda.

Andere emigrierten in intimistische Nischen, versuchten als freiberufliche Intellektuelle mit Hilfe ihrer internationalen Kontakte, losgelöst von kulturellen Institutionen, über die Runden zu kommen oder den Traum von einer eigenen »Fundación« zu verwirklichen. Unter dem Begriff der »inneren Emigration« - im kubanischen Spanisch euphemistisch als »insilio« bezeichnet - verbergen sich die Weigerung, über brisante Themen zu schreiben und andere Fluchttendenzen. Ein großer Teil der SchriftstellerInnen, und hierbei sind natürlich die bekanntesten die privilegiertesten, versucht über sein Freundesnetz im Ausland, durch Stipendien, Literaturpreise, Vorträge, Dozenturen oder andere kleine Jobs, Sauerstoff zu tanken, zu überwintern und abzuwarten. Entscheidend ist neben wirtschaftlichen Verbesserungen vor allem die größere Wahrscheinlichkeit, Texte in ausländischen Literaturzeitschriften oder gar in einem Verlag zu publizieren. Die Erfahrung zeigt aber, daß die ausländischen Verleger vor allem auf der Jagd nach erklärter Dissidentenliteratur sind. Diese SchriftstellerInnen überleben und arbeiten im Ausland, haben aber weiter ihren festen Wohnsitz auf der Insel, wofür der Volksmund den Ausdruck »gusanero« geprägt hat, eine Mischung aus »gusano« (Wurm) und »compañero« (Genosse).

Handgemaltes auf Papierfetzen

► Nach dieser etwas summarischen Typologie inselkubanischer Schriftsteller in der Sonderperiode nun zu anderen Aspekten.

Das Inselnetz der etwa 320 Buchhandlungen, 300 öffentlichen Bibliotheken sowie 400 Schulbibliotheken ist arg geschrumpft, zumal sehr viele Privatpersonen ihre Bücher zu Markte tragen, am besten gegen Dollar. Die Plaza de Armas in der Altstadt von Havanna ist ein gutes Beispiel für den schon nach Mafiamethoden strukturierten ambulanten Buchhandel, in den auch aus öffentlichen Bibliotheken geklaute Bestände Eingang finden. Hier schlägt ein in seinen Folgen noch nicht absehbarer Wertewandel in der Gesellschaft durch. Einerseits besteht ein durch die Ghettosituation und das Embargo verstärkter Lesehunger, andererseits führt die »Rette sich, wer kann«-Mentalität in diesen Zeiten wirtschaftlicher Depression einen bedenklichen Antiintellektualismus im Gefolge.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes fand im Februar 1994 die 6. Internationale Buchmesse als Verkaufsausstellung gegen Dollar in Havanna statt, die rund 65.000 lesehungrige BesucherInnen anlockte. Etwa die Hälfte der ca. 40 kubanischen Verlage bemühte sich um internationale Kooperationen, denn von früher etwa 1500 Titeln pro Jahr konnten 1993 nur etwa 400 veröffentlicht werden, davon 84 in Kooperation mit dem Ausland, vor allem mit Mexiko. In der von argentinischen Verlegern, Solidaritätsgruppen und Unternehmern gesponserten Reihe *Pinos Nuevos* erschienen 100 Titel kubanischer, meist junger, international allerdings größtenteils völlig unbekannter AutorInnen.

Literatur auf Kuba zu schreiben und gar zu veröffentlichen, ist also kein leichtes Geschäft. Was im Kapitalismus die Marktgesetze von Profit und Nachfrage diktieren, ist auf Kuba von anderen außerliterarischen Faktoren abhängig. Wo der Konkurrenzkapitalismus aber wenigstens Nischen offenläßt, sind in einem Land mit Medien, Meinungs- und Publikationsmonopol von Staat und Partei die Möglichkeiten sehr eingeschränkt.

Vor allem aus ökonomischen Gründen ist der Inselliteratur der Gegenwart das Essential der technischen Reproduzierbarkeit entzogen. Gerade die Jüngeren sind die Leidtragenden. Wenn sie noch Papier ergattern können, lesen sie sich ihre Produkte in kleinen Cliquen vor, aber die Bewährungsprobe der Publikation fehlt. Diese Texte - so schwer zugänglich sie auch sind - verdienen dennoch Beachtung. In den *Ediciones Vigía* in Matanzas werden kleine Texte in Handarbeit, handgemalt und geklebt hergestellt, Gedichte und Kurzerzählungen meist jüngerer AutorInnen. 28 Titel mit im Durchschnitt 200 Exemplaren Auflage waren es im letzten Jahr. Es sind bibliophile Kostbarkeiten, die jedoch nicht über das lokale Distributionsnetz hinauskommen. Am bekanntesten sind die »Plaquettes«, Loseblattdrucke auf braunem Karton, auf denen allerdings auch nur kleinere Texte Platz finden.

Todessuite

Soeben sagt man mir, ich sei gestorben.
Zwischen den Zeilen gab die offizielle Presse es bekannt.

Ich dachte nicht, in diesem schönen Fin-de-siècle-Sommer
schon zu sterben
doch die Zeitungen in diesem Land lügen nie.
Also ist das Klopfen meines Herzens falsch
der Pulsschlag und die Luft, die ich einatme.
Die Erinnerungen, die ich habe, sind, sie müssen sein
der letzte Fiebertraum, der Staat kann sich nicht irren
nicht auf so flagrante Art.

Tot bin ich. Ich selbst, mit meinem Durst und aller Wehmut
fange an, es zu begreifen.
Ich, der ich noch liebe, staune, fürchte
lerne diszipliniert, nach Erlaß zu sterben.
Langsam, gehorsam diskret, ohne wütende Gebärde
beginne ich, meinem Leichnam ähnlich zu sehen.
(...)

Mutter weiß es schon
sie kommt gleich und schneidet mir die Nägel
tupft mich mit Kölnischwasser ab,
sagt Humberto, er soll mir die Haare stutzen
viel zu lang, viel zu weiß
viel zu ruhig.

Ich hab Cristina weinen sehen
sah die Liebe schaudern
und Mariakarla glücklich
weil sie dachte, alter Schwindler.

Ich bin Zeuge meines eigenen Begräbnisses.

Bei der Totenfeier war ich wach
habe jede Miene, jedes Wort notiert.

Ich habe alles gesehen vom Tod aus.

Ich warte.

Raul Rivero

Angesichts der Schwierigkeiten in der »período especial« haben sich auch die bescheidenen Kirchenblätter auf der Insel der Literatur geöffnet. In *Hosanna*, dem Monatsorgan der reformierten presbyterianischen Kirche, erscheinen Gedichte der verfemten Lyriker Julio Martínez und Raúl Rivero, die weniger wegen ihres Inhalts als wegen der politischen Fehltritte ihrer Verfasser woanders keinen Platz fanden.

Auch in der Zeitschrift *Vivarium*, dem unregelmäßig erscheinenden Blatt des Erzbistums Havanna, nimmt die Literatur einen großen Raum ein. Die Unterschiede zu den offiziellen Literaturzeitschriften sind offenkundig, wirft man zum Beispiel einen Blick in das neueste Heft der *Casa de las Américas* Ende 1995. Es wird mit der Rede Fidel Castros auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 22.10.1995 eingeleitet, enthält Grußadressen zum runden Jubiläum der Zeitschrift und endet mit Berichten und Sympathieerklärungen lateinamerikanischer Intellektueller zur kubanischen Revolution.

In Jahresanthologien versucht der kubanische Schriftsteller und Künstlerverband, bei dem gegenwärtig über 2000 angenommene Buchmanuskripte auf Halde liegen, »poesía« und »narrativa« zusammenzufassen. Die interessanteste Anthologie unter dem Titel *Los últimos serán los primeros* erschien mit Unterstützung der spanischen Botschaft in Havanna. Sie enthält Kurzgeschichten von »autores novísimos«, die nach dem Sieg der Revolution geboren wurden und sich nicht mehr an emblematischen Vaterfiguren und politischen Slogans abarbeiten.

Unversöhnliche Texte junger Frauen

► Aufsehen erregen die Erzählungen junger Kubanerinnen, wie die Textfragmente von Ena Lucía Portela (geb. 1972), die als Philologiestudentin in den »talleres literarios« großgeworden ist.

In der Erzählung *La urna y el nombre* parodiert sie eine Szene aus Dantes *Divina Commedia* (Inferno, 33): Der Graf *Ugolino della Gherardesca* wurde vom Erzbischof von Pisa wegen Verrats und des Versuchs der Errichtung einer Tyrannenherrschaft 1288 mit drei Söhnen und zwei Enkeln in einen Turm geworfen, in dem er verhungerte. Ena Lucía Portela spielt dieses dramatische Ereignis zwischen zwei jungen Männern und einem jungen Mädchen in der Isolation und Abgeschlossenheit einer Wohnung in Havanna nach. Die Verweigerung gegenüber der Umwelt, die Wohnung als Inselgefängnis und das Spiel mit den Alltagsrealitäten, deuten auf einen Paradigmenwechsel in jener zornigen jungen Generation hin.

Auch der neue Roman von Zoé Valdés (geb.1959), *La nada cotidiana* (1995, Das tägliche Nichts, 1996) ist noch auf Kuba verfaßt, hätte dort aber wegen der bitteren Darstellung des Alltagslebens in seiner geistigen und materiellen Armut nie eine Publikationschance gehabt. »*Diese Insel, die das Paradies aufbauen wollte und eine Hölle geschaffen hat.*«

Was Ena Lucía Portela noch in Dantes *Inferno* verlagerte, kann Zoé Valdés um den bitteren Preis des Exils in die ungeschminkte Realität des *nada cotidiana* einbringen. Beiden gemeinsam ist ihre unversöhnliche, zornige Schreibweise. Das mag damit zusammenhängen, daß diese Generation mit wesentlich größeren Illusionen heranwuchs als die ältere Opfergeneration, und daß die Enttäuschungen heute um so herber wiegen.

Zoé Valdés ist auch Herausgeberin der wohl erschütterndsten Texte, die gegenwärtig auf der Insel und doch nicht auf der Insel geschrieben wurden: *Cartas de los balseros cubanos* (Palma de Mallorca 1995). Es handelt sich um eine Auswahl von 59 Briefen jener unglücklichen boat people, welche die Insel seit 1994 über das Meer zu verlassen versuchten und meist auf der US Marine-Basis von Guantánamo interniert wurden. Sie sprechen

nicht von der großen Politik, sondern von Trauer, Verbundenheit mit ihren Lieben und verzweifeltem Warten. Diese Texte bilden als Zeugen bzw. Zeugnisse einen Teil der kubanischen Literatur zwischen zwei Welten.

Frühmemoiren Frühvollendeter

▶ Und wie steht es mit den bekannteren Autoren der älteren Generation? Wenn es stimmt, daß in revolutionären Prozessen die Menschen schneller altern und die Revolution ihre Kinder verschlingt, dann rechtfertigt sich vielleicht das frühe Einbringen der Ernte. Einige schreiben an ihrer eigenen Geschichte, an der Aufarbeitung der eigenen Identität im Zusammenhang mit den vielen Identitäten ihres Volkes, oder einer Universalkultur.

Miguel Barnet publizierte mit Hilfe einer Papierspende des Ammann Verlags in Zürich seine gesammelte Lyrik: *Con pies de gato* und einen halbautobiographischen Text: *Oficio de ángel,* (Handwerk des Engels) in dem sich neben Fragmenten der Trauer und Abschiedsszenen auch ein Hymnus auf die Revolution findet: »*Revolution, du hast in mir jede Möglichkeit des Vergessens zunichte gemacht. Du hast mich zu handeln gelehrt, als wenn jeder Akt meines Lebens der bedeutendste, der letzte wäre.*« Klingt diese Bilanz eines 49jährigen Romanciers nicht schon nach epigonaler Resignation?

Der Romancier Lisandro Otero (geb. 1932) lebt den größten Teil des Jahres als Journalist für den »Excelsior« in Mexico. In seinem Roman *El árbol de la vida* läßt er wie im Zeitraffer die kubanische Geschichte der letzten 100 Jahre, mit der eigenen Erfahrung verknüpft, Revue passieren. Leonardo Padura Fuentes (geb. 1955) veröffentlichte in Mexiko zwei Kriminalromane: *Pasado perfecto* und *Vientos de cuaresma.* In ihnen versucht er, das Schwarzweißschema des kubanischen Kriminalromans zu durchbrechen, behandelt Drogenproblematik, Prostitution sowie Korruption und Werteverluste im höheren Funktionärsapparat, bis hoch zum Ministerrang.

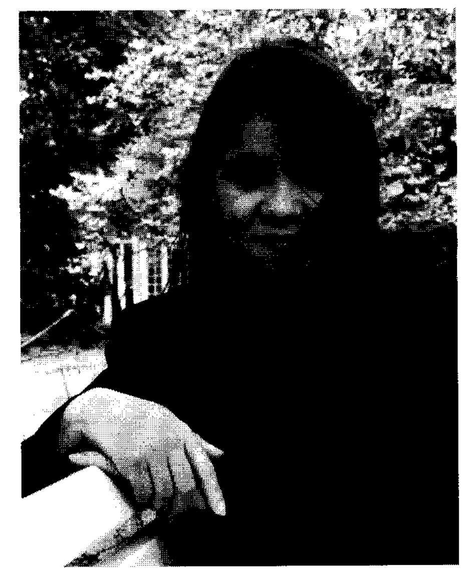
In der gegenwärtig besten Anthologie insel- und exilkubanischer Literatur, die 1995 in Berlin in der Edition diá erschien, »Der Morgen ist die letzte Flucht« steht die »Todessuite« Raúl Riveros, des wohl bekanntesten Lyrikers des Landes, der in Anlehnung an Paul Celans berühmte Todesfuge seinen eigenen Tod in politischer Anklage vorwegnahm. Er fiel 1992 in Ungnade, als er den »Brief der Zehn« unterzeichnete.

Quien espera, desespera. Wer wartet, verzweifelt, sagt ein spanisches Sprichwort. Das scheint auch auf die insel- und exilkubanische Literatur im Wartestand zuzutreffen.

▶ **Prof. Dr. Martin Franzbach**, Lehrstuhl für Literatur und Sozialgeschichte Spaniens und Lateinamerikas an der Universität Bremen. Er arbeitet zur Zeit an einer Sozialgeschichte kubanischer Literatur.




Überwintern in Bibliotheken Photo: U. Rzadkowski



Zoé Valdés Photo: E. v. Schwichow

Auswahl kubanischer Literatur in deutschsprachigen Verlagen:

Reinaldo Arenas: Reise nach Havanna. Roman in drei Reisen. edition diá 1994 (Originalausgabe spanisch 1990)

Reinaldo Arenas: Rosa. Roman in zwei Erzählungen. edition diá 1996 (Originalausgabe spanisch 1981)

Reinaldo Arenas: Bevor es Nacht wird. Autobiographie. edition diá 1993 (Originalausgabe spanisch 1992)

Miguel Barnet: Ein Kubaner in New York. Suhrkamp Taschenbuch 1992

Miguel Barnet: Die stummen Hunde. Kubanische Fabeln. edition diá 1986 (Originalausgabe spanisch 1976)

Miguel Barnet: Das Handwerk des Engels. Ammann Verlag 1993 (Originalausgabe spanisch 1989)

Thomas Brovot/Peter B. Schuhmann: Der Morgen ist die letzte Flucht. Kubanische Literatur zwischen den Zeiten. edition diá 1995

Guillermo Cabrera Infante: Drei traurige Tiger. Suhrkamp Taschenbuch 1995 (Originalausgabe spanisch 1967)

Guillermo Cabrera Infante: Ansicht der Tropen im Morgengrauen. Suhrkamp Taschenbuch 1996 (Originalausgabe spanisch 1974)

José Lezama Lima: Paradiso. Roman. Suhrkamp Taschenbuch 1994 (Originalausgabe spanisch 1966)

Francisco de Oraá: Die dunkle Seite. Ammann Verlag 1995

Senel Paz: Erdbeer und Schokolade. Erzählung. Ammann Verlag 1995

Severo Sarduy: Woher die Sänger sind. Roman. edition diá 1993 (Originalausgabe spanisch 1967)

Severo Sarduy: Kolibri. Roman. edition diá 1991 (Originalausgabe spanisch 1984)

Im Suhrkamp Verlag sind darüber hinaus weitere Werke von Alejo Carpentier und Guillermo Cabrera Infante erschienen.

Von der Verwandlung der Tollwut in Sprache

»Das tägliche Nichts«: Ein Roman der Kubanerin Zoé Valdés

von **Lazara Izquierdo**

Zoé Valdés, die seit anderthalb Jahren in Paris im Exil lebt, erzählt uns im autobiographischen Stil die Geschichte einer Frau, die zwischen Vergangenheit und Gegenwart umherwandert, gegen Enttäuschungen und Verzweiflung anschreibt und zwischen den Liebesbeziehungen zu zwei Männern hin und her schwankt. Sie beklagt die Sinnlosigkeit ihres alltäglichen Tuns - »das tägliche Nichts«, das sie mit kraftvollen Worten zu umzingeln beginnt, um es schließlich auch für den Leser faßbar zu machen.

► Protagonistin des Buches ist eine junge Kubanerin, die - zusammen mit der Revolution im Jahre 1959 geboren - von ihrem Vater in einem Anfall euphorischen Patriotismus Patria (Vaterland) genannt wurde. In einem abgeklärten Rückblick »Ich bin erstickt geboren und immer noch fehlt es mir an Luft« läßt sie ihr bisheriges Leben auferstehen. Dieses entspinnt sich in Darstellung und Dialogen weniger ausgewählter Beziehungen vor allem, aber nicht zentral, amourösen Charakters. Da betritt anfangs ihre erste große Liebe, der »traidor« (Verräter) die Bühne. Er veranlaßt die Antiheldin nicht nur, sich von einem zufällig aufgegabelten Hippie entjungfern zu lassen, da eine Jungfrau dem »Verräter« Angst macht, sondern auch ihren Namen zu ändern - denn wer geht schon gerne mit dem Vaterland ins Bett! Erst später, längst mit ihm ehrbahr verheiratet und im Ausland lebend, erkennt sie seine wahre Persönlichkeit. (Es handelt sich um den kubanischen Schriftsteller Manuel Pereira.) In einer harschen Abrechnung geiselt sie seinen Egoismus, seine Mittelmäßigkeit und seine verlorengegangene Kreativität - anscheinend stellvertretend für die ganze Schriftstellerzunft seines Landes. Nicht grundlos benutzt Zoé Valdés die Bezeichnung »Verräter« nicht im Sinne des offiziellen kubanischen Sprachgebrauchs, in dem Kritik an der Revolution oft allzu voreilig als Staatsverrat betitelt wird. Der von ihr beklagte Verrat ist nicht der am eigenen Lande, sondern der an sich selbst, an eigenen Idealen, Überzeugungen und Lebensmut.

Auch die Bedeutung einer anderen Sprachschöpfung, mit der im Tropensozialismus diejenigen beschimpft werden, die das Land verlassen haben oder es noch wollen - die Rede ist von den »gusanos« (Würmern) - , dreht die Autorin einfach um: Was in Kuba verbal an Ekel erinnert und zum Zertreten aufmuntert, entpuppt sich bei Zoé Valdés alias ihrer Erzählerin als die »gusana«, eine nach Spanien ausgewanderte Freundin, die mit ihren großen Wünschen und kleinen Ängsten nicht nur menschlich, sondern kubanisch geblieben ist und in einem Brief eingesteht: »In meinem Herzen bin ich kubanischer als die Palmen«. Hier wird ein zweiter kubanischer Archetyp vorgestellt, der noch Ideale und Lebenslust hat, diese aber nicht verrät, sondern ihnen nachreist.

Erst in ihrer zweiten Beziehung mit einem Filmregisseur gelingt es der Erzählerin, den kleinen Fluchten des Verrats, der Ausreise von FreundInnen und dem deprimierenden Alltag Kubas, trotzig eine euphorische Privatssphäre entgegenzustellen: Die genüßlich erzählten sexuellen Ausschweifungen machen aus dem »Nichts« einen sehr erotischen Roman. Das Buch gipfelt in einer Gegenüberstellung der Antiheldin mit beiden Männern - dem Verräter und dem Nihilisten (so nennt sie diesen letzten Partner) - und damit in einer Konfrontation mit dem eigenen Leben. Im deutschsprachigen Raum zeigen sich die Rezensenten meistens von der im Buch geschilderten ungezügelten Erotik beeindruckt. Hierbei beziehen sie sich besonders auf das achte Kapitel des Romans, in dem die Autorin mit malerischem Realismus ein erotisches Bild voller Lebenslust projiziert. Es entging ihnen dabei, daß es der Autorin gerade in diesem Kapitel gelang, einen beeindruckenden Ausgleich zwischen entfesselter erotischer Phantasie und einer Beschreibung genau der Eigenarten zu schaffen, die die KubanerInnen auszeichnet und die in die Literatur als das typisch kubanische, als »lo cubano« eingegangen sind. Als wolle sie der Beschreibung das literarisch Anrüchige nehmen, stellt Zoé Valdés ihr Buch damit in eine Reihe mit dem kubanischen Schrifsteller Jose Lezama Lima, der in seinem Meisterwerk »Paradiso« ebenfalls ein achtes Kapitel vorstellte, das durch seine erotischen Beschreibungen Aufmerksamkeit erregte. Ihre Grußadresse an kubanische Zensoren, in der Zoé Valdés schon im Vorfeld des achten Kapitels prophezeit, daß diese ihren Wiederbelebungsversuch des »lo cubano« nicht verstehen werden und ihn darum als Pornographie einstufen, kann - Ironie des Schicksals - auch auf nicht wenige ihrer Rezensenten ausgeweitet werden.

Die wahre Stärke des Romans liegt in seiner Sprache, die zugleich frech und erfrischend ist. Valdés setzt dabei ihren populären Vulgarismus nicht als gekünsteltes Stilmittel ein, es gelingt ihr vielmehr, den kubanischen Straßenjargon zu erfassen und ihn authentisch wiederzugeben. Sie hat einem Volk aufs Maul geschaut, das für seinen scharfen Humor und originellen Witz bekannt ist. »Das tägliche Nichts« ist gleichzeitig die Rebellion einer Frau gegen die vorgefertigte Akzeptanz von gutem Benehmen und unangetasteten Normen. So fährt die Protagonistin schon mit dem Fahrrad durch Havanna, bevor der Drahtesel das Hauptverkehrsmittel der Inselmetropole war und seine Benutzung kubanischen Frauen unmoralischen Verdächtigungen aussetzte. Anekdoten wie diese geben nicht nur versteckte Hinweise auf den moralischen Wandel einer krisengeplagten Insel, sondern sind gleichzeitig ein persönlicher Befreiungsschlag und ein Plädoyer gegen gesellschaftliche Verlogenheit und Doppelmoral.

Systemkritik wird in diesem Roman mit ohnmächtiger Wut vorgetragen - Valdés beschreibt ein politisches Klima, aus dem es kaum ein Entrinnen gibt. Das Buch ist so gleichzeitig eine Kritik wie auch eine widerspenstige Liebeserklärung an ihre Insel.

In der spanischen Ausgabe des »täglichen Nichts« wird Zoé Valdés als die »originellste und ausdrucksstärkste Stimme Lateinamerikas der letzten Jahre« gepriesen. Demnächst wird ihr Buch auch in den Vereinigten Staaten erscheinen. Hat in Europa besonders die erotische Dimension ihres Romans Beachtung gefunden, wird das eher prüde kubanische Exil in Miami mehr Wert auf ihre systemkritischen Untertöne legen. Es bleibt zu hoffen, daß Zoé Valdés sich nicht schon bald als Exilliteratin hofieren läßt, die die Vielschichtigkeit ihrer Themen und die Stärke ihrer Sprache gegen eine nur allzubekannte Dissidentenkarriere eintauscht und sich eines Tages für die gleiche anticastristische Theatralik entscheidet, mit der einst der bekannte kubanische Exilschriftsteller Reinaldo Arenas sein literarisches Werk beendete.

► Zoé Valdés: »Das tägliche Nichts« Aus dem Spanischen von Klaus Laabs. Amman Verlag, Zürich, 1996. 159 Seiten, 32,- DM.

► **Lazara Izquierdo** ist kubanische Literaturwissenschaftlerin, die sich zur Zeit in einem Studienprojekt an der Universität Bremen mit kubanischer Exilliteratur beschäftigt.

Uncle Toms Haken

Sport und Stereotyp: Schwarze Boxer in den USA – (Teil II)

von **Mike Marqusee**



Mit Muhammad Ali betrat erstmals ein schwarzer Boxer den Ring, der sich weder in die stereotype Rollenvorgabe des »Uncle Tom« noch in die des »bösen Niggers« pressen ließ. Vor allem sein Beitritt zur Nation of Islam brachte nicht nur das weiße, sondern auch Teile des schwarzen Establishments in Rage.

► Man mag es heute kaum glauben, aber zunächst erschien Cassius Clay vielen Liston-Hassern als eine »große weiße Hoffnung«. Bereitwillig unterwarf er sich den konventionellen Rollenvorgaben und bediente die an ihn gehegten Erwartungen. Am Kampf Liston gegen Patterson nahm er als Zuschauer teil, schüttelte Patterson die Hand, sah dann zu Liston hinüber, hob im gespielten Erschrecken die Hände und lief davon. Als er bei den Olympischen Spielen 1960 in Rom von einem sowjetischen Reporter zur Lage der Schwarzen in den USA befragt wurde, erklärte er: »Für mich sind die USA immer noch das beste Land auf der Welt, einschließlich Ihres Landes.« Aber als er nach Hause kam, klagte er: »Nicht einmal, wenn ich mir meine Goldmedaille um den Hals hängen würde, würde man mir in einem Restaurant im Stadtzentrum von Louisville einen Cheeseburger servieren.«

Immerhin wurde er von einem Konsortium reicher Geschäftsleute aus Louisville gesponsert, und wegen seiner großen Klappe und seinem Sinn für Showbusiness avancierte er schnell zum bekanntesten Boxer schlechthin. Viele sahen in ihm nichts weiter als eine Varieténummer und trauten ihm kaum mehr als Boxen zu. Niemand wäre zu dieser Zeit auf die Idee gekommen, daß dieser grobe Komödiant eines Tages zu einem weltweiten Symbol für die Würde der Schwarzen werden würde. Ein Jahr vor seinem Meisterschaftskampf gegen Liston fragte er Journalisten: »Wo glauben Sie, daß ich nächste Woche wäre, wenn ich nicht wüßte, wie man schreit und brüllt und die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam macht? Ich wäre arm, säße wahrscheinlich noch in meiner Heimatstadt, würde Fenster putzen oder einen Aufzug bedienen, 'Yes Sir' und 'No Sir' sagen und wissen, was sich für mich gehört. Statt dessen bin ich einer der bestbezahlten Sportler der Welt. Denken Sie mal darüber nach. Ein farbiger Junge aus dem Süden hat eine Million Dollar verdient.« Mit anderen Worten: Die Clownerei war seine Art, sich dem Würgegriff des Rassismus zu entziehen.

1959 hörte Clay zum ersten Mal Elijah Muhammad reden. Die Annäherung an die Nation of Islam ging von Anfang an von Clay aus; nie bemühten sich die Muslims um ihn. Nur ganz allmählich dämmerte ihnen, welcher Juwel ihnen in den Schoß gefallen war. Die schwarze Zeitschrift Ebony erkannte als erste die Bedeutung des sich entwickelnden Phänomens Clay: »Er hat einen Stolz, der niemals zulassen würde, seine Haut mit Aufhellern zu behandeln und seine Locken zu glätten, ein Stolz, der von tausend kleinen Brandnarben gezeichnet ist.«

Begegnung mit Malcolm X

► Allerdings war es Liston und nicht Clay, der durchsetzte, daß Kinos, in denen Rassentrennung herrschte, den Kampf der beiden nicht zeigen durften. Und trotz seines »Rassenstolzes« scheute sich Clay nicht, mit der menschenverachtenden Sprache der Unterdrücker die Werbetrommel für den Kampf gegen den Mann zu rühren, den er als »großen häßlichen Bären« bezeichnete. »Sonny Liston ist gar nichts. Der Mann kann nicht reden. Der Mann kann nicht kämpfen, der Mann braucht Sprechunterricht. Der Mann braucht Boxunterricht. Und weil er jetzt gegen mich antritt, braucht er auch Unterricht im Fallen... Ich bin jung, ich sehe gut aus, ich bin schnell, ich bin unschlagbar... Er ist zu häßlich, um Weltmeister zu sein. Der Weltmeister sollte gut aussehen, so wie ich.«

Clay reproduzierte hier das übelste rassistische Stereotyp des schwarzen Boxers als kulturlosem Tier, aber er tat das mit einer Großspurigkeit, die dem Bild der traditionellen Rollenmuster für schwarze Boxer völlig widersprach. Clay brach mit der Bescheidenheit und dem Understatement, das was man von allen professionellen Sportlern und besonders von schwarzen erwartete. Deshalb wollten ihn viele Medienleute in seine Schranken gewiesen sehen, notfalls sogar vom »bösen Nigger« Sonny Liston. Ein paar Wochen vor dem Kampf wurden dann Clay und Malcom X in New York zusammen photographiert, was die New York Herald Tribune zu der Frage veranlaßte, ob der Herausforderer des Schwergewichtsweltmeisters ein »eingeschriebenes Mitglied der Black Muslims« sei. Clay begriff sofort, daß sich ihm hier die Gelegenheit bot, die Rolle zu wechseln und erklärte Liston: »Ich werde dich groß rausbringen. Die Fans lieben dich, weil jetzt ich der Böse bin.«

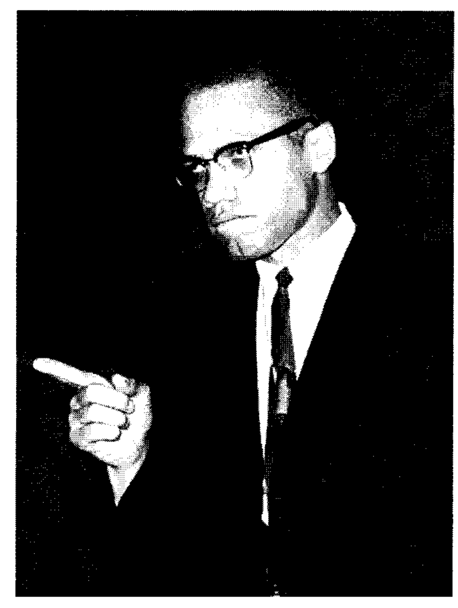
Malcolms kurze Begegnung mit Clay kommt in Spike Lees Film über Malcolm nicht

vor, trotz der Bedeutung, die sie für das Leben beider Männer hatte. Bevor sie 1962 in Detroit einander vorgestellt wurden, hatte Malcolm noch nicht einmal von Clay gehört; Elijah Muhammad predigte gegen Sport, vor allem gegen entwürdigende Schauspiele wie Boxkämpfe. Aber Malcolm war beeindruckt von der Ernsthaftgkeit, mit der sich der junge Boxer der Nation of Islam näherte. In seiner Autobiographie erinnert er sich: »Er gefiel mir. Er hatte etwas Ansteckendes an sich, deswegen war er einer der wenigen Menschen, die ich je zu mir nach Hause eingeladen habe. Betty mochte ihn. Unsere Kinder waren von ihm begeistert. Cassius war einfach ein sympathischer, freundlicher, gutaussehender, realistischer junger Mann. Mir fiel auf, daß er auch auf Details aufmerksam achtete. Ich hatte den Verdacht, daß er einen ganz bestimmten Plan verfolgte, wenn er in der Öffentlichkeit den Clown spielte.«

Ein moderner Kreuzzug

▶ Als Malcolm von Elijah Muhammad für neunzig Tage von seinen Ämtern entbunden wurde, weil er sich über die Ermordung von John F. Kennedy lustig gemacht hatte, verbrachte er eine Zeit im Trainingscamp von Clay vor dessen Kampf gegen Liston. Elijah Muhammad und seinen Gefolgsleuten paßte das nicht. Ebenso wie die weißen Sportjournalisten waren sie überzeugt, daß Clay verlieren würde, und sie befürchteten, ihre Verbindung zu ihm könnte sich negativ auf sie auswirken. Aber Malcolm blieb in Clays Nähe und stärkte ihm den Rücken, denn »es war Allahs Wille, daß ich Cassius helfen sollte, vor der Welt die Überlegenheit des Islam unter Beweis zu stellen ...« Begriff Malcolm Listons Leben und Karriere als einen Beweis dafür, daß die Bemühungen um Integration nutzlos sind und schwächen, so fühlte er, daß Clay etwas anderes repräsentieren könnte. »Clay ... ist der vollkommenste schwarze Sportler, den ich je kennengelernt habe, ein Mann der seinen Leuten mehr bedeuten wird als Jacky Robinson, denn Robinson ist der Held des weißen Mannes.«

Malcolm sah Clays Symbolkraft deutlicher als irgendjemand sonst zu dieser Zeit, und er half Clay dabei, diese Kraft im Ring wirksam werden zu lassen: »Dieser Kampf ist die Wahrheit.« erklärte er Cassius. »Das Kreuz und der Halbmond stehen sich in einem Meisterschaftskampf zum ersten Mal gegenüber. Ein moderner Kreuzzug - ein Christ und ein Moslem begegnen sich vor Fernsehkameras, die die Bilder in die ganze Welt ausstrahlen, so daß jeder sehen kann, was vorgeht! (...) Glaubst du denn, daß Allah dies alles herbeigeführt hat, damit du am Ende nicht als Champion den Ring verläßt?« Nur wenige erlebten den Kampf direkt, aber mehr als eine Million Menschen sahen den Kampf im Privatfernsehen. Die New York Times berichtete: »Die Unterstützung für Clay schien über das übliche Wettfieber und sogar über die normale Sympathie für den Unterlegenen hinauszuweisen.« In Miami tänzelte Clay um den schwerfälligen Liston herum.



»Cassius gefiel mir.« (Malcolm X)

Seine Geschwindigkeit, seine Beinarbeit und die Tatsache, daß er den gesamten Ring im Auge behalten konnte, neutralisierten die größere Kraft und Reichweite seines Gegners. Als Liston verwirrt und deprimiert darauf verzichtete, in der siebten Runde wieder anzutreten, jubelte Clay: »Ich will, daß jeder es weitersagt« schrie er. »Ich bin der Größte. Ich habe die Welt erschüttert.« Viele Sportjournalisten hielten seinen Sieg für einen Glückstreffer. Malcolm sah klarer: »Das Geheimnis dieser großen Niederlage war, daß schon Monate vor diesem Abend Clay Liston gedanklich überlegen war.« Im Gegensatz zu den stereotypisierenden Sportjournalisten sah Malcolm in Clay einen höchst intelligenten und kreativen Boxer, der von etwas Höherem als bloßer Geldgier inspiriert war.

Politisches Bekenntnis

▶ Nach dem Kampf erklärte Clay in einer Pressekonferenz: »Ich glaube an Allah und an den Frieden. Ich mache keinen Versuch, in ein weißes Viertel zu ziehen. Ich will keine weiße Frau heiraten. Ich bin mit 12 getauft worden, aber ich wußte nicht, was ich da tat. Ich bin kein Christ mehr, ich weiß, wo ich hingehe, ich kenne die Wahrheit, und ich brauche nicht zu sein, was ihr wollt, daß ich bin. Ich habe die Freiheit, zu sein, was ich will.«

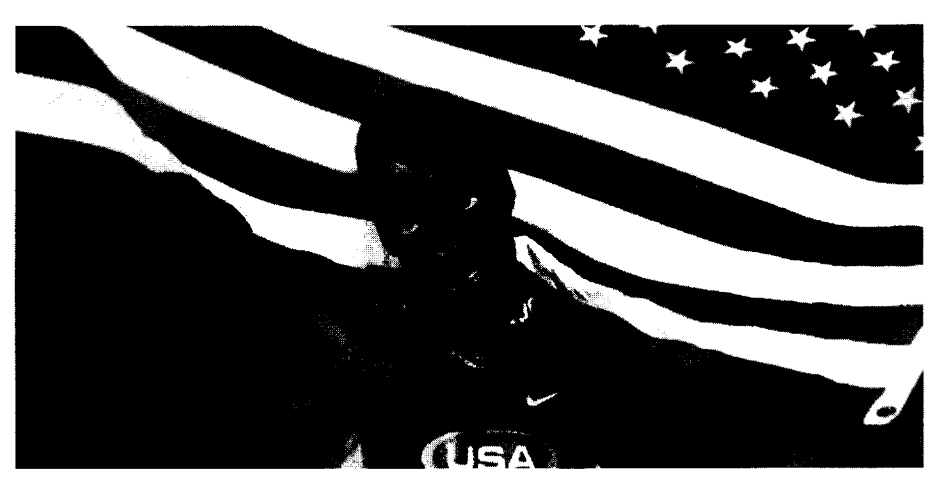
Kein Boxer und kein schwarzer Sportler hatte jemals eine solch klare Unabhängigkeitserklärung formuliert. Seine übliche Aufschneiderei wich einer kühlen triumphierenden Herausforderung: »Black Muslims ist ein Wort aus der Zeitung. Der richtige Name ist Islam. Das bedeutet Frieden. Islam ist eine Religion, und es gibt 750 Millionen Menschen in der Welt, die daran glauben, und ich bin einer davon. Ich bin kein Christ. Ich kann keiner sein, wenn ich sehe, wie mit den vielen Farbigen umgegangen wird, die für eine erzwungene Integration kämpfen. Sie werden mit Steinen beworfen, Hunde werden auf sie gehetzt, ihre Kirchen werden in die Luft gejagt, und dann findet man die Mörder nicht... Ich bin Schwergewichtsweltmeister, aber trotzdem gibt es Viertel, in die ich mich nicht hineintrauen darf, in denen ich nicht wohnen kann. Ich weiß, wie ich Fallen und Hunden aus dem Weg gehen muß. Ich gehe ihnen aus dem Weg, indem ich in meinen eigenen Vierteln bleibe. Ich bin kein Störenfried..., ich bin ein guter Junge. Ich habe nie etwas Böses getan. Ich war nie im Gefängnis. Ich stand nie vor Gericht. Ich nehme auch nicht an Demonstrationen für die Integration teil. Ich achte nicht auf die vielen weißen Frauen, die mir zuzwinkern. Ich halte keine Transparente hoch... Ein Hahn kräht nur, wenn er das Licht sieht. Setzt ihn in die Dunkelheit, und er wird niemals krähen. Ich habe das Licht gesehen und ich krähe.«

Clay stellte damit das oberste Gebot des weißen Establishments für alle schwarzen Spitzensportler in Frage: »Bringt keine Unordnung in unsere Stereotypen!« Indem er der Presse erklärte, daß er nie im Gefängnis gewesen sei oder vor Gericht gestanden habe, gab er zu verstehen: »Ich bin kein Sonny Liston.« Indem er auf weiße Frauen verzichtete, bedeutete er: »Ich bin kein Jack Johnson.« Indem er sich gegen die Integration wandte, sagte er: »Ich bin kein Floyd Patterson.« Auf eine bizarre Weise hielt er sich an den Rahmen der Rollenvorgaben, die der weißen Presse am Herzen lagen. Es schien, als wolle er zum Ausdruck bringen, daß es keinen Grund gab, warum sich die weiße Presse von ihm bedroht fühlen müsse. Tatsächlich hatte er aber den Inhalt der weißen Rollenvorgabe gründlich verändert - und das war eine ernsthafte Bedrohung für alles, was der weißen Presse heilig war, innerhalb und außerhalb des Sports.

Clays Beitritt zur Nation of Islam mag ausgesehen haben wie eine religiös motivierte Entscheidung, aber ihre Ursprünge waren politischer Natur. Jahre später sagte der 'wiedergeborene' Christ George Foreman: »Ich glaube nicht, daß Muhammads Konversion eine religiöse Erfahrung war. Ich werde bis zum Tag meines Todes überzeugt sein, daß es ein sozialer Bewußtwerdungprozeß war... Es war etwas, was er zu dieser Zeit brauchte, etwas was das ganze Land brauchte...«

Sieg über weiße Stereotypen

▶ Am 6. März 1962 gab Elijah Muhammad bekannt, daß der Schwergewichtsweltmeister seinen Namen ändern würde: »Ich werde ihn Muhammad Ali nennen, solang er an Allah glaubt und mir folgt.« Es dauerte viele Jahre, bis Ali die Medien dazu gebracht hatte, seinen neuen Namen zu akzeptieren - die New York Times beharrte bis zum Ende der 60er Jahre auf »Cassius Clay«. In der Änderung seines Namens brachte Ali jedoch zum Ausdruck, was er damit meinte, wenn er sagte: »Ich muß nicht das sein, was ihr wollt, daß ich bin.« Zum ersten Mal ließ ein schwarzer amerikanischer Spitzensportler nicht mehr zu, daß man ihn nach weißen rassistischen Kategorien definierte. Die öffentliche Identität von Johnson und



Michael Johnson: Role Model der 90er Jahre

Ali war begeistert, als die Nation of Islam ihre antiweißen Parolen aufgab und sich in den siebziger Jahren der islamischen Orthodoxie zuwandte. Er hatte immer weiße Freunde und Bekannte gehabt und seine Reisen hatten ihm gezeigt, daß die Unterdrückung auf der Welt in unterschiedlichen Formen daherkommt. Schließlich vertrat Ali mehr als bloßes schwarzes Selbstbewußtsein. Seine Loyalität gegenüber den Moslems und sein aufkeimender Panafrikanismus führten ihn wie Malcolm allmählich zu einem breiteren, umfassenderen Verständnis seiner Rolle. Dazu gehörte auch seine Weigerung, in Vietnam zu kämpfen. Diese Haltung machte ihn zu einem Helden auch bei Leuten, die nichts vom Boxen verstanden. Mohammad Ali wurde zu einer Ikone des Internationalismus.

Louis, Patterson und Liston war von der weißen Presse definiert worden. Clay hingegen schuf seine eigene Identität und zwang die weiße Presse, diese zu schlucken. »Den meisten Journalisten, vor allem den älteren, waren die Gangster lieber, die Liston umwarben als die Muslims in Clays Umgebung« sagte Robert Lipside. Der Boxspezialist Jimmy Cannon nannte Alis Verbindungen zur Nation of Islam »das Schmutzigste, seit die Nazis versucht haben, Max Schmeling als Repräsentanten ihrer üblen Rassentheorien zu mißbrauchen«.

Dennoch nahm Alis Popularität auch international zu - vor allem durch eine Reise 1964 nach Afrika, die ihm Malcolm nach seinem Kampf in Miami vorgeschlagen hatte. Er traf Nkrumah in Ghana und Nasser in Ägypten. Überall wurde er von Menschenmassen begrüßt, die mit Begeisterung seinen neuen Namen riefen - Cassius Clay wurde begraben, an seine Stelle trat endgültig Muhammad Ali. Der Kampf gegen Liston wurde monatelang in vollbesetzten Kinos überall im Nahen Osten gezeigt. Ali wurde weltberühmt und hatte Millionen von Fans im Ausland.

Nach dem Kampf in Miami hatte Floyd Patterson erklärt: »Als Katholik« fühle er sich verpflichtet, »den Titel des Moslems Ali für Amerika zurückzuverlangen«. Drei Wochen später sah er sich gezwungen, sein Haus in Yonkers mit einem Verlust von 20.000 Dollar zu verkaufen. Weiße Nachbarn hatten mit ihrem Rassismus gegen seine Familie seinen Integrationsversuch scheitern lassen. Dennoch blieb er dabei: »Die Vorstellung, daß ein Black Muslim Schwergewichtsweltmeister ist, ist eine Beleidigung für den Sport und die Nation. Cassius Clay muß geschlagen werden und die Pest der Black Muslims muß aus dem Boxsport verschwinden.« Patterson hatte den Kampf der Rollenmuster vom Zaun gebrochen, aber Ali nahm die Herausforderung bereitwillig an und beleidigte ihn wochenlang: »Patterson sagt, er wird den Titel nach Amerika zurückbringen. Wenn sie nicht glauben, daß er schon in Amerika ist, wo zahle ich denn meine Steuern? Ich bin Amerikaner. Aber er ist ein taubstummer sogenannter Neger, der eine Tracht Prügel verdient hat. Ich werde ihn bestrafen für das, was er gesagt hat, ich werde ihm wehtun.« In dem Kampf selbst war Patterson hoffnungslos unterlegen. Unbeeindruckt von der Wut der anwesenden Sportreporter zog Ali den Kampf bis in die zwölfte Runde hin. Erst ließ er Patterson seine Fäuste spüren, dann legte er eine Pause ein und erlaubte ihm, sich zu erholen, während er sich über ihn lustig machte: »Come on America, come on white America!«

In den nächsten drei Jahren wurden Alis Angriffe auf die »Onkel Toms« und ihre weißen Sponsoren immer schärfer. »Die Leute sagen mir immer, was ich für ein gutes Beispiel sein könnte, wenn ich kein Moslem wäre« stellte Ali fest. »Immer wieder habe ich gehört, warum ich denn nicht so sein könne wie Joe Louis und Sugar Ray. Ihre Zeit ist jetzt vorbei, und die Lage der Schwarzen ist noch genau so beschissen wie früher.«

Mehr als schwarzes Selbstbewußtsein

► Noch vor Alis Reise nach Afrika war bekannt geworden, daß Malcolm mit Elijah Muhammad gebrochen hatte, worauf sich auch Ali von ihm distanzierte. Laut Alex Haley traf dies Malcolm hart und mehr, als daß andere sich von ihm abwandten. Jim Brown ist der Ansicht, daß Ali schon vor dem Kampf in Miami klar war, daß er sich gegen Malcolm und für Elijah entscheiden müsse. Vielleicht wollte er seine Loyalität unter Beweis stellen, vielleicht fühlte er auch, daß Malcolm zu große Ansprüche an ihn stellen und ihn zu großen Gefahren aussetzen würde. Vielleicht wurde ihm klar, daß es für ihn noch gefährlicher sein könnte, sich von Elijah loszusagen, als sich auf Malcolms Seite zu stellen. »Als Malcolm mit Elijah brach, blieb ich bei Elijah« erklärte Ali viele Jahre später. »Ich glaubte, daß Malcolm Unrecht hatte und Elijah der Bote Gottes war. Ich war gerade in Miami beim Training, als ich hörte, daß Malcolm erschossen worden war... Es war traurig und ein großes Unglück, daß er auf diese Weise starb, denn was Malcolm sah, war richtig und nachdem er uns verlassen hatte, sind wir ohne ihn in seine Richtung gegangen. Die Hautfarbe macht einen Mann nicht zum Teufel. Es ist das Herz und die Seele und der Geist, worauf es ankommt.«

Gekürzte Fassung des englischen Originalbeitrags »Sport and stereotype: from role model to Muhammad Ali« aus Race and Class 36,4 (1995), übersetzt von Christian Neven en-du Mont. Der dritte Teil des Beitrags befaßt sich mit der Weigerung Alis, am Vietnamkrieg teilzunehmen und der Protestwelle, die er damit unter schwarzen Spitzensportlern auslöste. Der gesamte Artikel ist über das iz3w für 6.- DM zu beziehen.

Blaupause für nachhaltige Herrschaft

► Als das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie Ende letzten Jahres die vielbeachtete Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« vorlegte, wurde Kritik vornehmlich von konservativer und wirtschaftsliberaler Seite geübt. Lediglich der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der Dachverband der unabhängigen Dritte Welt-Gruppen, kritisierte die Studie und die momentane Diskussion über das Leitbild »nachhaltige Entwicklung« fundamental und begnügte sich nicht mit Verbesserungsvorschlägen. In »*Nachhaltigkeit und Macht*« wird diese Debatte in wesentlichen Teilen dokumentiert. Der Hauptteil besteht aber aus einer gemeinsamen Arbeit von Eblinghaus und Stickler, die eine Einführung in die global geführte und sich äußerst vage gebende Diskussion um nachhaltige Entwicklung mit einer überzeugenden grundsätzlichen Kritik kombiniert.

Neben einer ausführlichen Darstellung der Entstehungskontexte und Inhalte der Debatte wird belegt, wieso das Konzept Sustainable Development als eine Strategie modernisierter Herrschaftssicherung gesehen werden kann. Bei nachhaltiger Entwicklung handele es sich demnach nicht um eine Debatte, die an »realen Problemlösungen« interessiert sei. Im Gegenteil: Die Rhetorik, inhaltliche Ausgestaltung und Organisation des Diskurses, insbesondere die Fixierung auf Expertenwissen und marktwirtschaftliche Dynamiken, ziele eher auf die Verschärfung der damit angesprochenen Praktiken, als auf deren Änderung. Ein entstehender Ökokorporatismus behindere dabei die notwendige Kritik des sozialen Herrschaftssystems und trage lediglich zur ökologisch verpackten Renovierung weltkapitalistischer Vergesellschaftung bei.

Dies wird überzeugend aus einer umfassenden Literatursichtung und mit Hilfe eines komplexen modernisierungskritischen Theorierahmens hergeleitet, der Aspekte des Weltsystemansatzes, der feministischen Theorie und der Diskurstheorie Foucaults, aber auch der Regulationstheorie zueinander in Beziehung setzt. Hierbei ist die im akademischen Kontext entstandene Arbeit erfreulich gut lesbar und dürfte auch für Interessierte aus der Umwelt- und Internationalismusbewegung eine informative und debattenanregende Quelle darstellen, die zudem Perspektiven jenseits beschrittener Wege andeutet.

Annette Massmann

► *Helga Eblinghaus/Armin Stickler: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt a.M., IKOVerlag, 1996, 240 Seiten, DM 29,80, ISBN 3889391966*

Dschungelbuch

► Neu im Dietzverlag erschienen ist das Handbuch der Menschenrechtsarbeit, ein Führer durch den Dschungel der Menschenrechtsorganisationen und -institutionen.

Während im ersten Teil die deutschen Mitgliedsorganisationen des Forum Menschenrechte vorgestellt werden, behandeln die folgenden Teile die Institutionen und Instrumentarien sowohl auf der deutschen als auch auf der europäischen und der UN-Ebene. Im letzten Teil folgen Tips zur Nutzung von Computernetzwerken für die MenschenrechtsarbeiterInnen. Doch an welche Zielgruppe richtet sich das Handbuch? Dies halten die Herausgeberinnen Pia Bungarten (Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung) und Ute Koczy (Landtagsabgeordnete der Grünen) offen. Das einführende Vorwort zur Menschenrechtsdiskussion bietet für Ehrenamtliche nicht genug Hintergrundinformation, Professionelle haben dagegen schon genug über die Themen Universalität, Unteilbarkeit usw. gelesen (und geschrieben). Die Liste der politischen Gremien ist umfangreich und bietet eine gute Adressensammlung, folgt jedoch bei der Beschreibung der Arbeitsbereiche und Arbeitsweise eher einer offiziellen Darstellung der Organe und gibt wenig Hinweise zu den heimlichen Spielregeln. Wer diese Ebenen nutzen will, kommt um persönliche Kontakte zu politischen VertreterInnen und Insiderwissen nicht herum. Die Unklarheit im Hinblick auf die Adressaten setzt sich im Computer-Kapitel fort. Die auf zwei Seiten erläuterten »Schritte für neue Benutzer« (keine Frauen?) zeigen nur, daß weitere Handbücher und ExpertInnen zu Rate gezogen werden müssen, bevor man von der unglaublichen Vielfalt der Computernetzwerke und Datenbanken Gebrauch machen kann. Das Handbuch führt klar vor Augen, was Werner Lottje in seinem Aufsatz »Menschenrechtlich ein Entwicklungsland? Stärken und Schwächen der Menschenrechtsarbeit nichtstaatlicher Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland« als Strukturmangel benennt: Der Menschenrechtsdschungel wird größer, ohne professionell arbeitende Organisationen sowie erfahrene und spezialisierte MitarbeiterInnen wird eine schnell reagierende Menschenrechtsarbeit immer schwieriger. Bleibt noch hinzuzufügen: Die NRO-Szene ist zersplittert und Ehrenamtliche und Professionelle in kleineren Organisationen kommen mit der Vernetzung rein zeitlich nicht mehr nach und werden abgehängt. Für dieses Entwicklungsproblem hilft auch kein Handbuch.

Sabine Jecht

► *Pia Bungarten/Ute Koczy (Hrsg.): Handbuch der Menschenrechtsarbeit, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, 1996, 24 DM, 200 S.*

Weltwärts!

► Im Mai diesen Jahres ist ein Buch erschienen, das die internationalen Politikprozesse rund um die Weltfrauenkonferenz reflektiert. Die Autorin läßt dabei ihre eigenen Beobachtungen und Erfahrungen Revue passieren, die die Basis bilden für die Analyse der über Peking hinausweisenden Fragestellungen. Die Weltfrauenkonferenz hat das Bild der Frauenbewegung verändert. Sie wird nicht mehr von den weißen Mittelschichtsfrauen getragen, sondern von den Frauen des Südens, den indigenen Frauen, den schwarzen Frauen. So spiegelt der Feminismus eine vielfältige Bewegung wider. Diskutiert wurden neben den negativen Folgen der immer schärfer werdenden Mechanismen des Welthandels für die Lebensrealitäten von Frauen auch deren mögliche Chancen. Das Buch ist von großem Nutzen für diejenigen, die selbst dabeigewesen sind, Außenstehende erhalten einen Einblick in zukunftsweisende Fragestellungen.

Susanne Reichinger

► *Anja Ruf: Weltwärts Schwestern! Von der Weltfrauenkonferenz in die globale Zukunft, Dietz Verlag, 1996, 160 S.*

SPEZIAL 103 / Juni - September 1996

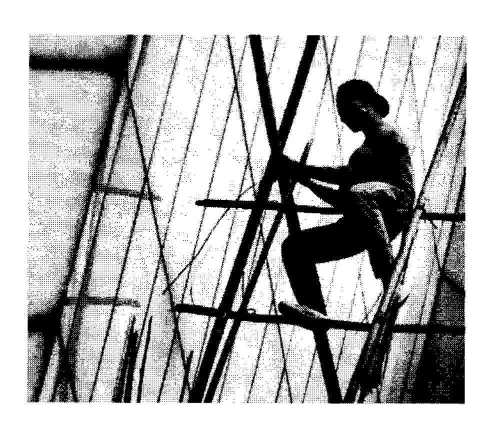
► Die *Zeitschrift gegen Kultur und Politik* setzt sich in ihrer neuesten Ausgabe mit dem »Mythos Globalisierung« auseinander. Günther Jacob geht in seinem Beitrag »Self-Fulfilling Prophecy« der Frage nach, wie T. Ebermann und R. Trampert mit radikaler Kapitalismuskritik (vorgetragen in ihrem Buch »Die Offenbarung der Propheten«) in die Talk Show kamen und offenbart deren Ökonomiekritik als bürgerliche Wirtschaftswissenschaft.

Daß mit dem Begriff der allgemeinen Profitrate etwas anderes gemeint ist, als Profit im unternehmerischen Sinn, und daß sich aus dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate keine Aussagen über den Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Kapitalismus ableiten lassen kann in dem Text von Paul Mattick »Fällt sie, oder fällt sie nicht?« nachgelesen werden. »Reflection«, ein Text von Karl Marx aus dem Jahre 1851 zum Geldsystem, Thesen von Zygmunt Bauman »Warum man sein Geld ausgeben soll - Kapitalistische Individualisierung, Konsumterror und Krisentheorie« und ein Artikel über »Standort Deutschland« von der SPEZIAL-Redaktion runden den thematischen Schwerpunkt ab.

Cyberspace-Technologie und Weltmarkt, die Sexualitätsdebatte der neuen Frauenbewegung, die Subkulturindustrie und eine Diskussion über die Situation linksradikaler Medien sind weitere Themen auf den 128 Seiten.

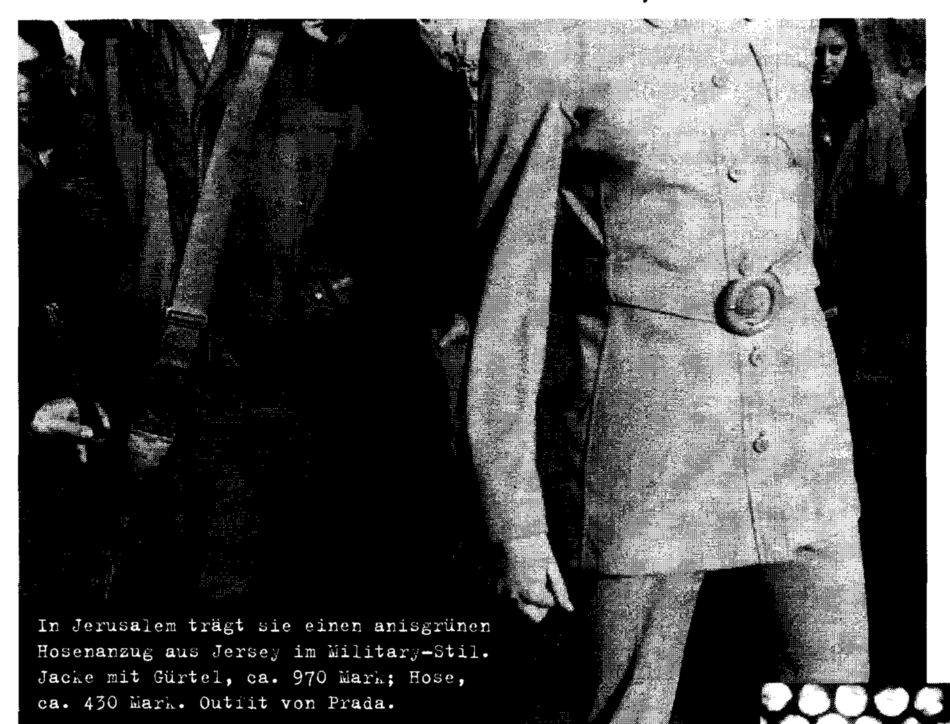
Martin Janz

► *Bezug: Verlag Andere Seiten, Hintere Schöneworth 11, 30167 Hannover oder im linken Buchhandel,* 16 DM (Abo: 14,50)



Darf man Mode in einem akuten Kriegsgebiet fotografieren?

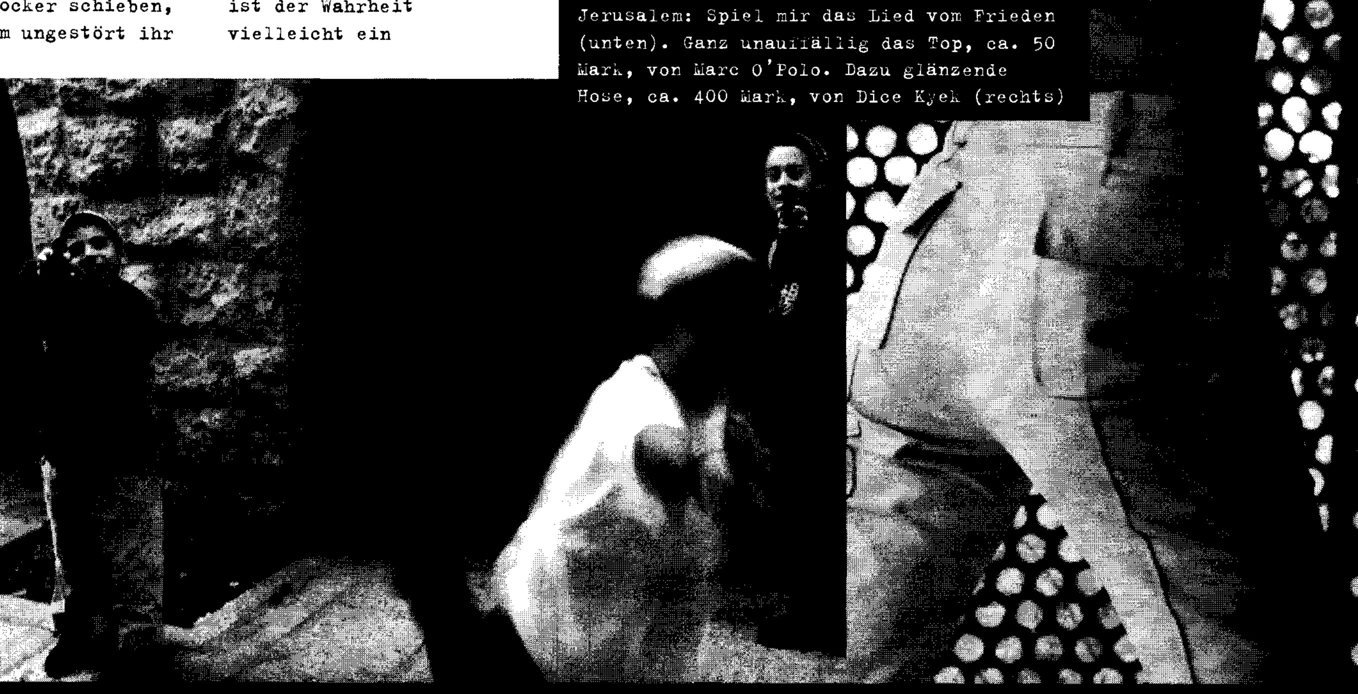
Cosmos Israel / Mode & Militär



In Jerusalem trägt sie einen anisgrünen Hosenanzug aus Jersey im Military-Stil. Jacke mit Gürtel, ca. 970 Mark; Hose, ca. 430 Mark. Outfit von Prada.

Die Frage wurde in unserer Redaktion heftig diskutiert. Wir haben uns dennoch dafür entschieden, denn für uns bedeutet der COSMOS, in den wir unsere Modethemen einbetten, mehr als eine Location, ein Hintergrund für die Trends, die wir vorstellen. Wir wollen immer auch eine Welt eröffnen, einen Zusammenhang herstellen, der dokumentiert, wie sehr unser Kleidungsstil von unserem jeweiligen Lebensgefühl abhängt und umgekehrt.
Kein Flecken der Erde ist seit jeher so umkämpft, geschunden von Krieg und Terror. Und nirgendwo fällt das Wort Frieden öfter als hier.
Nur scheinbar ein Widerspruch. Genauso wie Mode und Militär nur auf den ersten Blick unvereinbar wirken. Deshalb hat COSMO den neuen Military-Look in Israel fotografiert - eine starke, aber nie kriegerische Mode.

Jeder, der schon einmal dieses faszinierende Land besucht hat, wer erlebt hat, wie junge Soldatinnen in der Milchbar ihre Maschinenpistolen unter den Barhocker schieben, um ungestört ihr Eis löffeln zu können, wer im alltäglichen Straßenbild das Nebeneinander von kriegsspielenden Kindern und friedlich-geschäftigem Treiben erlebt hat, ist der Wahrheit vielleicht ein bißchen näher gerückt. Hat besser verstanden, daß Menschen und Militär untrennbar miteinander verbunden sein können.



Jerusalem: Spiel mir das Lied vom Frieden (unten). Ganz unauffällig das Top, ca. 50 Mark, von Marc O'Polo. Dazu glänzende Hose, ca. 400 Mark, von Dice Kyek (rechts)

Zusammengestellt aus COSMOPOLITAN Nr. 46, Juni 1996

Heimliche Menschen

▶ Illegal - immer mehr wird diese Situation für MigrantInnen zur Realität, nicht nur in Deutschland, sondern - Schengen macht es möglich - bald europaweit. Ein Video-Bericht der Medienwerkstatt Freiburg soll die »heimlichen« Menschen in ihrer Situation näherbringen, soll Anregung für eigenes Handeln und Nachdenken sein. Statistiken sagen nicht viel über die Probleme Illegaler aus, sind eher Waffe im Kampf gegen die Menschen ohne legalen Status. Die Wirtschaft profitiert von ihrer Ausbeutung, die Gewerkschaften sorgen sich hingegen um ihre »deutschen« Arbeitsplätze. Der Staat und die Medien benutzen diese Rechtlosen - neben den Asylsuchenden allgemein - als Blitzableiter für soziale Krisen«bewältigung« und nationalen Bedeutungsverlust.

»Immer hatte ich Angst«, sagen die meisten der hier vorgestellten Flüchtlinge. Eine libanesische Familie, ein Tamile, eine Türkin, ein Kurde, alle berichten über ähnliche Erfahrungen. Von einem Tag auf den nächsten verschwinden zu müssen, sich nicht frei bewegen zu können, keine Krankenversicherung mehr zu kennen, vor allem aber der Polizei nicht in die Hände zu laufen. Diese und andere Probleme prägen den Alltag von abgelehnten Asylsuchenden - warum bleiben sie trotzdem? Was ist ihre Perspektive, wie sieht ihr Leben aus? Beispielhaft werden diese vier Geschichten vorgestellt, zugleich verbunden mit Menschen, die sich speziell dieser MigrantInnen angenommen haben, ihnen Unterkunft und Verpflegung gewährt haben. Dazu werden ein Caritas-Vertreter und ein Rechtsanwalt interviewt, die auffordern, die Verpflichtung zum Schutz vor Abschiebungen ernster zu nehmen, als die gesetzlichen Prozeduren in kalter Schreibtischtätermanier. Weiterhin wird »Aktion Zuflucht« vorgestellt, eine in verschiedenen Städten organisierte Initiative, die ergänzend zum Kampf gegen Abschiebungshaft und scharfer Asylpraxis arbeitet.

Der Video-Bericht erinnert unter anderem an die weltweiten Fluchtursachen, an 500 Jahre Kolonialismus und daraus resultierende internationale Reichtumsverteilung und an westliches Konsumdenken. Die Geschichte des deutschen Faschismus wird - in Gedichten von Brecht und Benjamin - in Erinnerung gerufen; das Schicksal der Geflohenen vermischt sich mit der Gegenwart. »Wir sind geflohen, weil wir Schutz suchen«, sagt ein Afrikaner zum Schluß. Dieser Schutz muß ihnen - auch gegen staatliche Absage - gewährt werden.

Das 30 minütige Video »Heimliche Menschen« ist gegen Ausleihgebühr zu beziehen bei der Medienwerkstatt Freiburg, 79100 Freiburg, Konradstraße 20.

Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen

Literatur von Kitab

▶ Kitab, der 'Buchklub der Freunde orientalischer Literatur', hat sich zum Ziel gesetzt, Übersetzungen bedeutender Werke der klassischen und modernen Literaturen des Vorderen Orients und Nordafrikas, sowie einen aufgeklärten Dialog mit den geistigen Strömungen in diesen Regionen zu fördern. Außerdem unterstützt der Buchklub die Arbeit kleiner Verlage, die auf diesem Gebiet Pionierarbeit leisten und setzt sich für eine Verbesserung der Übersetzungsqualität ein. Mit einem jährlichen Mitgliedschaftsbeitrag von 125,- DM erhält man aktuelle deutsche Neuerscheinungen, Sachbücher, Informationen zu AutorInnen aus dem Repertoire des Buchklubs, Einladungen zu Lesungen, Sonderangebote und weiteres. Nähere Informationen bei:

▶ *Buchklub der Freunde orientalischer Literaturen - Kitab, c/o Dialog Orient Okzident e. V., Ratiborstraße 11, 10999 Berlin, Telefon: 030/6182302, Fax: 030/6113338*

Peru im Pariser Club

▶ Am 11./12. Juli 96 wurden im »Pariser Club« die (öffentlichen) Schulden Perus verhandelt. Im »Pariser Club« versammeln sich die wichtigsten Gläubigerländer, IWF und Weltbank, um gemeinsam mit einzelnen Schuldnerländern über Umschuldungen (Aufschub von Zahlungsverpflichtungen, kurz- und mittelfristige Schuldendiensterleichterungen, neue Kredite...) zu sprechen. Voraussetzung für die Aufnahme solcher Gespräche ist, daß das Schuldnerland ein aktuelles Strukturanpassungsabkommen mit dem IWF hat.

Peru hatte sich in den letzten Jahren als Musterschüler der Schuldenstrategie von IWF und Gläubigerländern erwiesen: Die konsequent neoliberale Politik der Regierung Fujimori hatte dem Land wirtschaftliche Stabilisierung und in den letzten Jahren sogar ein beachtliches Wachstum beschert. Dieser »Aufschwung« führte zwar zu einer verbesserten Zahlungsfähigkeit des Landes, nicht aber zu einer Verbesserung der Einkommenssituation oder zu Schaffung von Arbeitsplätzen. Peru hatte auch seit längerer Zeit keine Opfer gescheut, seinen Schuldendienst aufzubringen. So bezahlte das Land in den letzten Jahren bis zu 30% seiner Exporterlöse und bis zu 40% des Staatshaushaltes an Banken, Regierungen und internationale Finanzorganisationen. Auch innenpolitisch konnten die Gläubiger mit der Politik Fujimoris zufrieden sein: Durch Menschenrechtsverletzungen und Entmachtung des Parlaments in die Kritik geraten, ist Präsident Fujimori jetzt durch inzwischen abgehaltene Wahlen im Amt bestätigt, dadurch »rehabilitiert« und zudem erfolgreich bei der Zerschlagung der Guerillabewegung »Sendero Luminoso«.

Bereits vor Beginn der Verhandlungen Im »Pariser Club« war deshalb von Bereitschaft zu weitgehendem Entgegenkommen von Seiten der Gläubiger zu hören. Schulden wurden zwar nicht gestrichen: Dies war aufgrund der aktuellen Einkommenssituation des Landes und, einem Bericht der peruanischen Zeitschrift »Caretas« zufolge, auch von Seiten der peruanischen Regierung kein Thema. Allerdings wurde der gesamte dafür in Frage kommende Betrag der Schulden umgeschuldet und eine von der peruanischen Regierung geforderte Obergrenze des jährlichen Schuldendienstes (max. 1 Mrd. US-$) für die nächsten Jahre vereinbart. Weitere Details dieser Umschuldung sind mir bisher nicht bekannt. Außerdem wurde festgelegt, daß einzelne Gläubiger-Regierungen Schuldenreduzierungen - bis zu 100% bei Entwicklungshilfe-Schulden und bis zu 20% bei Handels-Schulden - durch SWAPS vereinbaren können. Ein Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums bewertete diese Vereinbarung als großes Entgegenkommen gegenüber Peru.

Seit einigen Jahren versuchen verschiedene (katholische) Organisationen und Peru-Gruppen durch die Kampagne »Peru - Entwicklung braucht Entschuldung«, einen Erlaß der öffentlichen Schulden Perus bei der Bundesregierung (ca. 900 Mio. DM) durch Umwandlung in Gegenwertfonds in einheimischer Währung zu erreichen. Diese Fonds sollen von peruanischen Nichtregierungsorganisationen verwaltet und für ihre Projekte z.B. im Bereich der Armutsbekämpfung und des Umweltschutzes verwandt werden. Die im »Pariser Club« beschlossene Umschuldung bedeutet jedoch keinen substantiellen Abbau, sondern eine (zeitliche) Verschiebung der Schuldenlast. So erhält Peru eine Atempause - nach der dem Land in wenigen Jahren erst recht wieder die Luft ausgehen wird.

Bernhard Merk

Abrakadabra, you are Socialists now!

▶ Der Kongreß zu »World Economy and Nation-State between Globalization and Regionalization« vom 28.-29. Juni, u.a. vom Frankfurter Institut für Sozialforschung organisiert, wurde zu einem Zusammentreffen von großen Namen. Von allen ReferentInnen wurde kontrovers diskutiert, ob Globalisierung etwas qualitativ Neues sei oder doch der »alte Kapitalismus« im neuen Gewand, aber ein Konsens wurde nicht gefunden. Das Bemühen von David Harvey - Geograph aus Baltimore - aus theoretischen Betrachtungen Handlungsoptionen abzuleiten, ging über die Fragestellung des Kongresses hinaus und war deshalb herausragend.

Globalisierung, so David Harvey, ist zutiefst verwurzelt mit der nationalen Kapitalakkumulation. Schon im Kommunistischen Manifest findet man die Erkenntnis, daß es Globalisierungsprozesse gibt. Jedoch hat sich die Macht des Nationalstaates vis á vis der Kapitalakkumulation seit den letzten dreißig Jahren auf Bereiche wie die Kontrolle des Arbeitsmarktes oder die Sicherung der »Standortvorteile« verschoben. Nun, gibt's was Neues unter der Sonne? Oder ist das jener alte Kapitalismus? Qualitativ neu an Globalisierungsprozessen ist zum einen die Deregulation der Finanzmärkte auf dem Weltmarkt; dann die Globalisierung der Information - die Revolution der Medien - und schließlich die Reduktion der Transportkosten

aufgrund neuer Technologien. Die Konsequenzen daraus sind ein enormes Anwachsen des globalen Proletariats und eine damit einhergehende massive Reorganisation der Weltbevölkerung. Konkret bedeutet das: erhöhte Mobilität der Arbeitskraft, die sich in Form von Urbanisierung bzw. weltweiter Migration ausdrückt. Harvey fragt sich frei nach Marx: »Wo bleibt die Revolution?« und beantwortet dies im nächsten Zug: Die Arbeiterklasse war nie globalisiert. Sie hat sich vielmehr aufgrund ihrer kulturellen Heterogenität auf der Basis lokaler Belange organisiert. Die Globalisierung heute hat global - aber nicht eine globale - Gegenbewegung hervorgerufen. Neben den romantischen Stimmen aus Chiapas brauchen wir, laut Harvey, soziale Bewegungen in den Zentren. Antikapitalistische Kämpfe finden zwar überall statt, nur sind es partikulare, lokale Kämpfe.

Harvey setzt auf die »Universalisierung der Politik« und hofft auf die Entstehung einer globalen Opposition. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen emanzipatorischen Gegenbewegungen und z.T. reaktionären, bzw. militanten antikapitalistischen Bewegungen bleibt unbeantwortet und ist doch eine wesentliche. Die Tatsache, daß sich ein großer Teil der Weltbevölkerung nach den Verheißungen des Kapitalismus wie Glück und Wohlstand sehnt, widerspricht dem Optimismus Harveys. Wie soll man sich von etwas emanzipieren, das man nicht kennt, oder das man bislang als relative Emanzipation empfindet?

Sladana Sakac

Frau und Handel

► Über 180 Frauen haben sich Ende Mai auf der WIDE-Jahreskonferenz (Women in development, vgl. iz3w Nr. 213) in Bonn mit den Auswirkungen von Liberalisierung und Globalisierung des Handels auf Frauen beschäftigt. Ist es besser, sich ein- oder sich auszuklinken? Liegt im Handel für Frauen eine Chance oder ist er ein Alptraum?

Die britische Ökonomin Susan Joekes bewertet die wirtschaftliche Liberalisierung für Frauen positiv, da sie ihnen gute Möglichkeiten biete, unabhängig zu werden. Insbesondere junge Frauen hätten von der Globalisierung des Handels profitiert. Dagegen sehen Lisa Maza, Vertreterin des Dachverbandes philippinischer Frauenorganisationen »GABRIELA« sowie Rose Kiggungu, Mitarbeiterin des ugandischen »Centre for Economic Empowerment for Women in Africa«, die Globalisierung des Handels als Fortsetzung der Kolonialisierung mit anderen Mitteln. So hat zum Beispiel die philippinische Regierung bei der Unterzeichnung des Welthandelsabkommens in großem Umfang Reisimporten zugestimmt, die Millionen Kleinbäuerinnen in den nächsten Jahren um ihr Auskommen bringen kann. Deshalb forderten beide Referentinnen das Ausklinken der Frauen aus dem Weltmarkt. Sie sollten ihre wirtschaftliche Chancen und Kapazitäten besser in den Bereichen des informellen Sektors, im direkten Austausch von Produkten und im regionalen Handel entwickeln.

Die Frage ist aber, ob das Ausklinken so einfach funktionieren kann. Institutionen wie Weltbank und WTO beeinflussen mit ihren Maßnahmen internationale, regionale und nationale Waren- und Arbeitsmärkte. Pläne zur Strukturanpassung haben massive Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Bereich. So sind in Uganda die Ausdehnung der Exportproduktion sowie der Anbau des nicht-traditionellen Produkts Vanille für den Weltmarkt nicht das, was sich lokale HändlerInnen wünschen. Sie hätten lieber Kredite für einen Handel, den sie selbst kontrollieren können. Das Ziel eines frauengerechten Welthandels läßt sich nicht nur über die Entwicklung eigener Vorstellungen näherbringen. Wichtig ist in Nord und Süd die Suche nach Alternativen, beispielsweise nach Strukturen, in denen nicht Geld getauscht wird, sondern Produkte oder Dienstleistungen. Dazu ist eine ökonomische Alphabetisierung von Frauen eine wichtige Voraussetzung. Schließlich müssen Frauen Zusammenhänge, Strukturen und Theorien des Weltmarkts verstehen, um auf die internationale Handelspolitik Einfluß nehmen zu können. WIDE wird dies durch die Veröffentlichung einfach verständlicher Informationen über Frauen und Handel unterstützen. In der seit 1992 bestehenden WIDE-Arbeitsgruppe zu alternativer Ökonomie und Handel wird die Suche nach Ideen für ein frauengerechtes Wirtschaftssystem fortgesetzt.

Die amerikanische Frauenorganisation WEDO hat eine internationale Kampagne zur World Trade Organisation (WTO) initiiert. Die WTO, Nachfolgerin von GATT, ist geprägt von Mangel an Transparenz und an Frauen. Unter den 450 Beschäftigten befindet sich eine Frau! Alle beteiligten Frauenorganisationen - im Augenblick WEDO, WIDE und Engender in Singapur - fordern mit dieser internationalen Kampagne u.a. mehr Transparenz und Demokratisierung der Strukturen, so daß Frauen-NGO's ihre Anliegen in die WTO einbringen können.

Susanne Reichinger

Die Arbeiterklasse war nie globalisiert — Photo: Elke Weber



Weltläden »online«

► Der 3.Welt-Laden Köln-Niehl plant, »alle« deutschen e-Mail- und Internetadressen von entwicklungspolitischen Gruppen, schwerpunktmäßig (3.)Welt-Läden, zusammenzutragen und ein Verzeichnis zu erstellen. Läden und Gruppen, die über eine e-Mailadresse (oder vielleicht sogar über eine sogenannte »HomePage«) verfügen, mögen dies mitteilen.

► *3. Welt-Laden Köln-Niehl, Schlenderhaner Straße 34, 50735 Köln, Tel.: 0221/712 23 05, e-Mail: 3wlkoeln@bg.bib.de*

Operation Bondoc

► Zu dem umstrittenen GTZ-Projekt auf der philippinischen Halbinsel Bondoc (s. iz3w Nr. 215) ist jetzt eine Dokumentation erschienen. Unter dem Titel 'Operation Bondoc - Deutsche Entwicklungshilfe zur Aufstandsbekämpfung' umfaßt sie auf 110 Seiten einen Medienspiegel aus Fernsehen und Rundfunk sowie deutscher und philippinischer Presse. Außerdem enthält sie die Anfrage im Bundestag zu dem Projekt. Die Dokumentation wird herausgegeben von der Stiftung für Kinder in Kooperation mit dem Philippinenbüro und dem Rheinischen Journalistenbüro. Zum Selbstkostenpreis von 20,-DM (incl. Versand) ist sie zu beziehen bei:

► *Philippinenbüro im Asienhaus, Bullmannaue 11, 45327 Essen, Telefon: 0201/8303828, Fax: 0201/8303830.*

Berichtigung:

► In unserer letzten Ausgabe ist uns in dem Beitrag zu Kirgisistan ein kleiner aber nicht unerheblicher Fehler unterlaufen: Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der ehemaligen Sowjetrepublik beträgt nicht 450 sondern 850 US-Dollar.

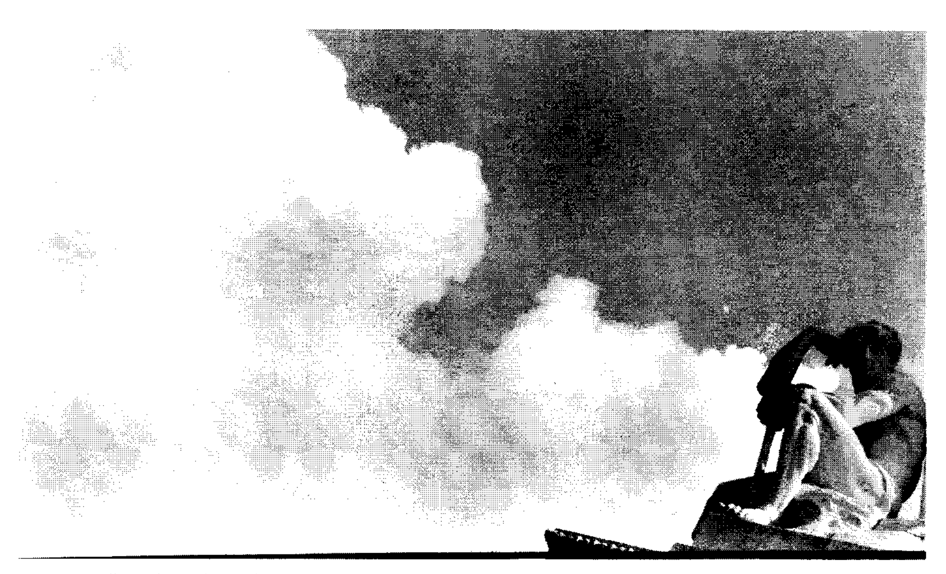
Betr.: Tibet »Häuptling der Gelbmützen«, 'blätter' Nr. 215

► Natürlich kann auch Skurriles in den 'blättern' seinen Platz haben. Debatten anreißen und Widerspruch herauskitzeln ist ja auch die Aufgabe. Aber bei aller Offenheit kann doch die Devise »was reinkommt, wird gedruckt« nicht dazu führen, daß sich die Redaktion dem Vorwurf aussetzt, thematisch unbeleckt oder gar ignorant zu sein. Das allerdings ist geschehen mit dem Vorabdruck von Jutta Ditfurths »Häuptling der Gelbmützen« in der jüngsten Ausgabe. Was einem linken Allerweltsverlag wie Konkret erlaubt sein soll, verbietet sich - glaube ich - einem Blatt, dessen Renommee in vielen Beiträgen fachlicher Kompetenz liegt. Da kehrt unsere Jutta von einem touristischen Kurztrip zum Dach der Welt zurück, und alsbald müssen wir ohne Not mit ihren Ergüssen einer vermeintlich öko-linken political correctness heimgesucht werden. Natürlich soll ihr unbenommen bleiben, der chinesischen Sinierungs- und Unterwerfungspolitik das Wort zu reden, wenn ihr danach ist. Natürlich ist ihr erlaubt, ganze Bibliotheken von Material bestqualifizierter Autorinnen und Autoren nicht zur Kenntnis zu nehmen und sich ihr eigenes Urteilchen zu bilden. Sie muß sich auch nicht der Mühe unterziehen, die Berichte Tausender tibetischer Flüchtlinge zur Kenntnis zu nehmen. Wer sollte ihr verübeln, daß sie keinen blassen Schimmer vom Konzept der Exilregierung des Dalai Lama für eine säkulare tibetische Verfassung hat, in der die Trennung von Religion und Staat sowie demokratische Verhältnisse vorgesehen sind? Warum sollte Jutta denn ihr Köpfchen mit all dieser dummschwätzerischen Propaganda beschweren? Geschenkt. Jutta darf das, und so, wie's aussieht, wird sie auch nicht von der unabdingbaren correctness ihrer Erkenntnisse ablassen. Schließlich hat sie nichts zu verlieren. Aber die 'blätter' haben einiges zu verlieren - und verloren. Jetzt ist es an der Zeit, Schadensbegrenzung zu betreiben. Ein Tibet-Schwerpunkt muß her. Noch in diesem Jahr. Vielleicht jetzt mal von Leuten, die das Thema begriffen haben.

Ulrich Stewen

► Mit Bedauern und Verärgerung haben wir den o.a. Artikel in Ihren »blätter des iz3w« gelesen. Es ist ja weithin bekannt, daß Frau Ditfurth von keinerlei Spiritualität gestreift wurde, doch der Artikel über den Dalai Lama stellt einen absoluten Tiefpunkt dar. Wenn man so überhaupt nichts von tibetischem Buddhismus versteht, sollte man doch um Buddhas Willen nicht mit pseudo-aufklärerischen Methoden eine religiöse Tradition beurteilen.
Wenn man Reinkarnation für Volksverdummung hält, so kann man dies ja klar äußern, nur sollte man es nicht als intellektuelle Großtat verkünden. Hier handelt es sich schlicht um Weltanschauungsfragen. Wir haben inzwischen etliche Bücher des Dalai Lama veröffentlicht und mehrere persönliche Gespräche mit ihm geführt. Seine Lauterkeit und moralische Integrität steht für jeden außer Zweifel, der ihm einmal gegenüber gesessen hat! Eine Frage zum Schluß: Soll der »Häuptling« in der Headline eigentlich die Indianer diskriminieren, oder drückt sich da etwa ein verstecktes Kompliment aus? Ein peinlicher Artikel. Wirklich schade für Ihr engagiertes Blatt!

Dr. Peter Michel


Gewitterwolken über athenischen Sitten

► Den in den 'blättern des iz3w' veröffentlichten Vorabdruck aus Ditfurths neuem Buch könnte man getrost als Entgleisung abtun, wenn er nicht kommentarlos in den 'blättern' erschienen wäre. Man sollte von der Redaktion erwarten, daß sie wenigstens so viel über das Tibet-Problem weiß, um nicht alle Darstellungen widerspruchslos hinzunehmen. Neben Verächtlichmachung des Dalai Lamas (Häuptling der Gelbmützen, Führer repressiver Clique) und religiöser Inhalte des Buddhismus (religiöser Wahn) werden von Ditfurth schlicht Lügen verbreitet. So ist es in jeder Schule des Buddhismus erlaubt, ohne Sanktionen zwischen Mönch- und Laienstatus zu wechseln. Wenn Menschen aus Tibet fliehen, dann wegen chinesischer Verfolgung. Die lamaistische Elite hat keine Macht mehr in Tibet. Der Lamaismus ist kein Fundamentalismus, weil er andere, auch weltliche westliche Vorstellungen gelten läßt. Die Vorstellung, in einem freien Tibet gäbe es nur noch abgeschottete buddhistische Schulen und Unterdrückung abweichender Meinung ist absurd. Vor der Okkupation Tibets hat es feudale Strukturen und Mißstände gegeben, die aber auch vom Dalai Lama als solche bezeichnet wurden. Er selbst hat wiederholt gesagt, daß er bei einer Rückkehr nach Tibet kein politisches Amt mehr bekleiden wolle. Der Buddhismus in Tibet stellt eine wesentliche Identität des tibetischen Volkes dar, ob es einem paßt oder nicht. Ohne dieses geistige Fundament, auch wenn für westliche rationale Vorstellungen manche Inhalte schwer nachzuvollziehen sind, wäre die tibetische Kultur schon ausgelöscht. Die Behauptung, soziale Mißstände interessierten den Buddhismus in Tibet nicht oder gar der Vorwurf, der Dalai Lama unterstütze Rechtsradikale, ist schlicht eine Lüge. Wie kann man von gewaltvoller Clique sprechen, wenn von Nonnen und Mönchen immer nur gewaltloser Widerstand ausging? Ich kann von buddhistischer Seite keine Repression, Gewalt, Unterdrückung, Intoleranz oder was auch immer Ditfurth gesehen haben will in Tibet erkennen. Als aufgeklärte Intellektuelle paßt ihr der Stellenwert der Religion in der tibetischen Kultur nicht. Ferner kann sie nicht verstehen, daß es Menschen im Westen gibt, die dafür Sympathie aufbringen. Sie hat dabei aber vergessen, sich wirklich bei den Menschen umzuhören. Ich werde den Verdacht nicht los, daß Jutta Ditfurth mit chinesischen Parteifunktionären durch Tibet reiste und ihnen als aufrechte Linke alles glaubte.

Roland Platz

► Daß andere Völker andere Sitten und somit eine andere Vorstellung von Religiosität, Freiheit und Unterdrückung haben, ist inzwischen eine alte Weisheit, sogar für den aufgeklärten Laien. An Jutta Ditfurth ist diese Debatte offenbar spurlos vorübergegangen. Mit einem eurozentrischen Weltbild im Handgepäck reist sie nach Tibet und kehrt mit der Erkenntnis zurück, daß das bettelarme Volk von der eigenen buddhistischen Elite nicht weniger brutal in Schuldknechtschaft und Unterdrückung gehalten wird als von den chinesischen Besatzern. Nun schreibt sie auch noch ein Buch darüber und redet damit der Pekinger Propagandamaschinerie das Wort. Was sich als scharfe - und durchaus nicht unberechtigte - Kritik am romantisch-verklärten Euro-Buddhismus der westlichen Soli-Bewegung tarnt, die in Tibet doch nur am »eigenen spirituellen Heil interessiert« ist, ist tatsächlich eine maßlos überzogene Demontage des Dalai Lama, als einziger international geachteter Vertreter der tibetischen Autonomiebewegung und Oberhaupt des Lamaismus die einzige Hoffnung seines Volkes auf ein Ende der chinesischen Herrschaft. Doch daß Frau Ditfurth mit Religion nichts anfangen kann, haben auch die Tibeter einzusehen. Sie haben zu kapieren, daß ihr Glaube auf »Gehirnwäsche« durch die »Clique« des »Häuptlings der Gelbmützen«

basiert, welcher durch ein »okkultes« Ritual an die Macht gekommen ist. Jutta Ditfurth weicht einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Thema aus und geht sogar so weit, Unwahrheiten zu verbreiten: Die da in tagelangen Märschen über den Himalaya nach Nepal kommen und allzu oft dabei erfrieren, sind nicht etwa, wie sie behauptet, von Familie und Gesellschaft verstoßene Klosterflüchtlinge, sondern Tibeter jeglicher Couleur, die die Angst und den Schrecken, den die chinesischen Besatzer im Land verbreiten, nicht mehr ertragen können.

Aber all das will Frau Ditfurth nicht wahrhaben. Und so muß sie sich fragen lassen, ob sie wirklich mehr an den Bedürfnissen des tibetischen Volkes interessiert ist, als die naiven Buddhismus-Romantiker, die sie niedermacht. Und das iz3w wird sich überlegen müssen, ob es der Provokation zuliebe in seiner Zeitschrift weiterhin niveaulosen AgitatorInnen eine Plattform für ihre »dummschwätzerischen« Feldzüge gegen den Mainstream bieten will.

Peter Welk

Stellungnahme der Redaktion:

► Da die Empörung über den Artikel von Jutta Ditfurth gleichzeitig einer »Entgleisung« der Redaktion gilt, den Beitrag überhaupt ins Heft genommen zu haben, hier einige Anmerkungen zu der geäußerten Kritik.

Zuerst: In der Redaktion wurde lange und kontrovers über den Artikel diskutiert - in Teilen auch mit ähnlichen Argumenten, wie sie jetzt in den Leserbriefen auftauchen. Wir haben uns dennoch entschlossen, den Artikel zu veröffentlichen und würden es, trotz der in einigen Punkten berechtigten Kritik, auch wieder tun.

Der Beitrag ist unter der Rubrik 'Nord-Süd-Boulevard' erschienen, die in unseren Heften anzeigt, daß es sich um - meist polemische - Auseinandersetzungen mit hiesigen Erscheinungen handelt. In Jutta Ditfurths Kritik steht die von der Tibet-Solidarität zur personifizierten Hoffnung auf Befreiung auserkorene Person des Dalai Lama und dessen Funktion im Vordergrund. Daß sie mit ihrer Kritik nicht ganz daneben liegt, schlägt sich in der Empörung über die Angriffe auf den Dalai Lama nieder, die nur noch zwei Optionen kennt: Entweder du bist für den Dalai Lama oder du bist Chinesen- bzw. Unterdrückerfreund. Dabei fordert die Autorin ausdrücklich eine Solidarität, die auf das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in Tibet abzielt, jenseits von Religiosität, die sie sich erklärtermaßen nicht als befreiend vorstellen kann, und jenseits von chinesischer Außenpolitik.

Die Frage nach gesellschaftlichen Widersprüchen, die über den Einen zwischen chinesischen Unterdrückern und dem »unterdrückten tibetischen Volk« hinausgeht, die Frage nach Geschichte und Gegenwart der Armut in Tibet, die Frage, ob diese tatsächlich durch den Repräsentanten der traditionellen Elite des Landes bekämpft werden kann, die Frage, ob Religion (egal welche) emanzipatorisch sein kann, die Frage nach der derzeitigen Popularität von religiösen und/oder völkischen Kollektividentitäten und die Frage, warum gerade das sogenannte »tibetische Volk« die Gemüter hierzulande so bewegt - all diese berechtigten Fragen wirft der Artikel auf (ohne sie natürlich ausreichend beantworten zu können), und deshalb haben wir ihn abgedruckt. Ähnlich dachte wohl auch die Redaktion des 'Tibet-Forum', die um eine Nachdruckgenehmigung des Beitrages bat, obwohl die Mehrzahl der LeserInnen wohl nicht mit der Auffassung Jutta Ditfurths übereinstimmen würde.

Darüber, in welcher Form der Artikel gegen religiöse Institutionen und Machtinstrumente - weniger gegen die Religiosität der auf vielerlei Weise unterdrückten Menschen - polemisiert und darüber, daß möglicherweise zu Unrecht den Absichtserklärungen des Dalai Lama keine Beachtung geschenkt und daß die gesellschaftliche Rolle des Buddhismus in Tibet vielleicht falsch wiedergegeben wird, kann diskutiert werden. Über einen ausführlicheren Beitrag, der sich mit der Situation und den Perspektiven in Tibet befaßt, würden wir uns daher freuen.

die redaktion

Betr. »Mit dem Bodyguard auf Reisen«, 'blätter' Nr. 214

► Mit Interesse haben wir die Indien-Berichte in der Juni/Juli-Ausgabe der »blätter des iz3w« gelesen. Als ausschließlich auf Indien spezialisierter Veranstalter »Comtour« können wir die Richtigkeit der darin publizierten Feststellungen weitgehend bestätigen. Nicht ganz korrekt ist die Aussage auf Seite 23, zweite Spalte, zweiter Absatz: »...die zahlreichen Anhänger der kommunistischen Partei wollen nicht einsehen, warum Milliarden von Rupien in gigantische Tourismusprojekte gesteckt werden...«. Ich habe leider die Erfahrung gemacht, daß sich die Politiker gleich welcher Partei in ihrer Geldgier in keiner Weise unterscheiden. Ob Congress oder Kommunisten - wenn es um Tourismus geht, zählen dabei nur Dollar, auch wenn klar ist, daß Massentourismus einem Land eher schadet als nutzt. So hat die jetzt in Kerala angetretene kommunistische Regierung ziemlich schnell klar gemacht, daß sie den Charter-Tourismus im großen Stil fördern will. Im selben Artikel wird auch aus einem Comtour-Prospekt zitiert, der die politische Ruhe Keralas als Verkaufsargument für Reisen in diese Region nutzt. »...Was der Werbetexter dabei verschweigt, ist die Tatsache, daß die massive Tourismusförderung des State Government selbst für politische Unruhe im Musterländle« sorgt. Was der Autor dieses Berichts nicht weiß: In allen Comtour-Publikationen wird folgende Philosophie vertreten: »Tourismus darf kein Selbstbedienungsladen für reiche Ausländer sein, sondern muß vor allem den Menschen im Reiseland nutzen. Er soll Arbeitsplätze schaffen und damit Einkommen sichern, kulturelle Werte achten und zu ihrem Erhalt beitragen.« (...)

Hans-Jörg Hussong, COMTOUR

Tagungen

Jerusalem. Vom Mythos zur Politik.

▶ Die ev. Akademie Arnoldshein veranstaltet in Zusammenarbeit mit Buntstift e.V. und dem dt.-israel. Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten vom 4.-6.10. in Schmitten eine Tagung zum Thema »Jerusalem«. Vom Mythos zur Politik. Das Programm beinhaltet u.a. Diskussionen und Referate zur »Religiösen Bedeutung Jerusalems für Judentum, Christentum und Islam«, »Der Staat Israel von 1947-1996« sowie den Film »Am Ende der Zeit« von David Schütz. Anmeldungen bei der *Ev. Akademie Arnoldshein, Tagungssekretariat Jutta Bletz, Tel.: 06084/944-143.*

»Mit brennender Geduld«

▶ Unter diesem Titel soll vom 25.-27.10.1996 in Münster versucht werden eine Perspektive für zukünftige Chile - Solidaritätsarbeit zu entwickeln. Als Referent ist Fernando Castillo vom Centro Ecumenico Diego de Medellin/ Santiago, Vorsitzender des Kuratoriums der NGO Kairos/ Santiago eingeladen. Nähere Informationen im: *Chile-Informationsbüro, Frauenstraße 3-6, 48143 Münster, Tel: 0251/41300.*

Fundamentalismen – Die Politisierung der Religionen

▶ Zum Thema »Fundamentalismen - Die Politisierung der Religionen« findet im DGB-Bildungszentrum Bad Kreuznach vom 25.-27. 10.1996 eine Tagung statt. Gegenstand ist die intensive Auseinandersetzung mit »dem Fundamentalismus« und die Diskussion über eine demokratische und aufgeklärte Deutung des Islams und anderer Religionen. Weitere Informationen und Anmeldung beim: *Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerkes, Hans-Böcklerstr. 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/ 4301384.*

Menschenrechtspolitik

▶ Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet (in Zusammenarbeit mit amnesty international) ein Seminar zu »Menschenrechtspolitik« in Bergneustadt. Nähere Informationen bei: *Alfred-Nau-Akademie, Pf 1359, 51691 Bergneustadt, Telefon 02261/4641.*

▶ Die Literaturseiten entstanden in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Köln

▶ Die Rubrik Soziokultur wird vom Fonds Soziokultur e.V. gefördert.

Zeitschriften

Das Argument 215

▶ Mit »postkolonialer Kritik« befaßt sich die Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft. Gegenstand der als Antwort auf den Kolonialismus der europäischen und amerikanischen Theorie entstandenen »postkolonialen Studien« sind die Literaturen der »Dritten« und »Vierten« Welt, die sich an den Folgen des Kolonialismus und neokolonialen Herrschaftsformen abarbeiten. Es interessieren dabei vorrangig die nachkolonialen Ungleichheiten und die Frage nach möglichen emanzipativen Strategien. Die Beiträge im einzelnen: Homi K. Bhabba: Postkoloniale Kritik. Vom Überleben der Kultur; E. San Juan Jr.: Über die Grenzen »postkolonialer« Theorie; Gesa Mackethun: Über die Position der USA im postkolonialen Diskurs; Konstanze Streese: Die deutschsprachige Literatur, Landstriche jenseits der Meere betreffend; Friedhelm Rathjen: Salman Rushdies Modell einer Literatur der Migration. *Einzelheft 14 DM (Stud., Schüler, Erwerbslose 11 DM). Bezug: Das Argument, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin.*

Peripherie Nr. 62

▶ Themenschwerpunkt der im August erschienen Ausgabe der *Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der dritten Welt* ist die Frage nach dem »informellen Sektor«. Untersucht werden im einzelnen: Der informelle urbane Sektor in Lateinamerika unter dem Titel: »Kurze Geschichte eines angekündigten - und nie eingetretenen - Todes«, die »Kleinunternehmensförderung durch Mikrofinanzierung« im urbanen Bereich sowie eine empirische Analyse von KleinstunternehmerInnen in Dienstleistung und produktiven Bereichen in Lima (Peru). Abschließend wird über Geldverwendung und -symbolik bei den Turkana (Kenia) berichtet. *Einzelheft DM 13,– Bezug über LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 10961 Berlin.*

Vorschau: blätter des iz3w Nr. 217 Themenschwerpunkt Ökologie

▶ Die kommende Ausgabe der *blätter des informationszentrums 3. welt* beschäftigt sich mit Ökologie im Kontext von Nord-Süd-Fragen. Mensch und Umwelt stehen in einem sich kontinuierlich verändernden Wechselverhältnis, was Folgen für die Forderungen nach Schutz von Natur und Umwelt hat. Neben einem theoretischen und historischen Zugang zum Mensch-Umwelt-Verhältnis und zum Naturverständnis steht daher eine Einführung in das Konzept politischer Ökologie am Anfang des Themenblocks. Beispiele für Umweltzerstörungen im Süden bilden den Hintergrund für die Darstellung von Umwelt-NGOs und für eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Umweltschutzbewegungen im Süden und Norden und ihrem Naturverständnis.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstraße 16 (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
▶ Monika Bierwirth, Tina Goethe, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Babette Moser, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Ute Sikora, Christian Stock, Jörg Später, Beate Susset, Sigrid Weber, Udo Wolter, Monika Würstlin, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ im Inland: DM 60,-. (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Abo im Ausland: Europa plus DM 10,– und andere Länder plus DM 30,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4,
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
▶ Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 1249606 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaber Stadtsparkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 217:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 30.9.1996